
COMÚN
#1/2019
MAGAZIN FÜR STADTPOLITISCHE INTERVENTIONEN

EDITORIAL

C'EST LA VILLE*

Irgendwann kommt immer die Titelfrage. Ideen gibt es dann auch immer genug, Gelegenheiten noch mehr. Kollektive Autobahnfahrt, Party mit lauter Unbekannten, Stammkneipensamstag mit lauter Bekannten, Küchentische, Zugfahrten, nächtliche Messenger-Diskussionen... „Irgendwas Neue Deutsche Welle-mäßiges, so Wörter, die nichts miteinander zu tun haben. Zum Beispiel..." „Och nee, das klingt echt zu 80er." „Mit urban geht auch nicht, es gibt doch schon die sub\urban." „Bitte nix mit Stadt!" „Irgendwas mit Strand?" „Unplanbar ist cool, ob es ein Planungsbüro gibt, dass so heißt?" „Asamblea find ich jetzt gar nicht so ausgelutscht." „Kurze Abstimmung am Tresen ergibt als Favorit: C'est la ville." „Wie war das nochmal mit der Produktion des Gemeinsamen... Común!" „Klingt schön." Nochmal alle Bedeutungen checken und Bedeutungsüberschüsse diskutieren, einmal rumgehen lassen, dann doch nochmal mit anderen Sprachen probieren, rauf und runter diskutieren: „Ok, nehmen wir!"

Die Suche nach der ideellen Klammer, die stadtpolitischen Bewegungen und Initiativen verbindet, bringt uns immer wieder hierhin: zum Gemeinsamen, zum Sich-Zusammentun, zur Forderung nach Gemeinwohl, Gemeineigentum, Commons. »Común – Magazin für stadtpolitische Interventionen« kommt mitten aus der Bewegung, in der auf ganz unterschiedliche Weise das Recht auf Stadt eingefordert wird. Aktivist*innen berichten von Verdrängung, Profitmaximierung, Ausverkauf und dem Widerstand dagegen. Sie teilen Erfahrungen mit Organisierung, mit Strategien und Methoden. Sie beschreiben am praktischen Beispiel, wie eine Kampagne oder Mobilisierung erfolgreich sein kann, reflektieren aber auch die Schwierigkeiten. Und sie zeigen uns das, was gern „Beispiele guter guter Praxis" genannt wird – schaut her, so kann es gehen! Denn letztlich geht es immer auch darum: Utopien zu entwerfen und vorzuleben, wie alles auch ganz anders sein kann.

Die erste Ausgabe von »Común« ist in jeder Hinsicht eine echte Gemeinschaftsproduktion. Die Beiträge kamen zusammen durch unseren offenen Aufruf an die stadtpolitische Community und durch gezielte Anfragen, die alle positiv beantwortet wurden. Unsere Anfrage an Freund*innen und Illustrator*innen ihre Perspektive auf Stadt & Utopie zu visualisieren, wurde von diesen mit einem Universum fantastischer Visionen beantwortet. Und entscheidend für eine Gemeinschaftsproduktion: Ohne die solidarische Finanzierung hätten wir das Magazin so nicht verwirklichen können.

Tausend Dank an die Vielen, die das Magazin ermöglicht und daran mitgearbeitet haben: An alle Autor*innen, Illustrator*innen, Fotograf*innen, Korrekturleser*innen & Mitdenker*innen, natürlich an den Multitude e.V. für die Trägerschaft & Abwicklung, an die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Studienforum Humangeographie der Uni Frankfurt für die Förderung sowie an alle Spender*innen, die mehr als die Hälfte der Kosten solidarisch finanziert haben!

Auf eine neue widerständige
und utopische Koproduktion!

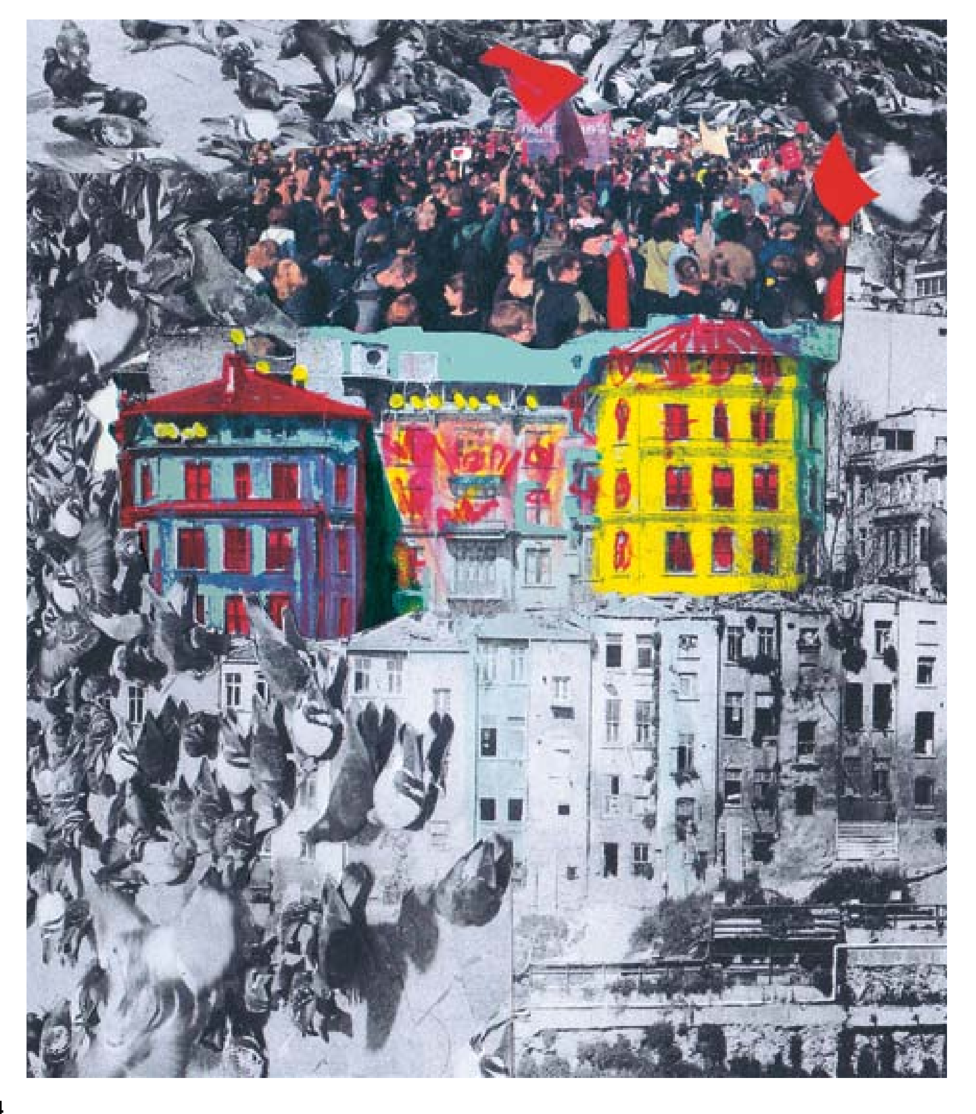
Die Redaktion

*Danke an Niels B. & Co: Das wäre wirklich auch ein guter Titel gewesen!

INHALT

DIE SOZIALE UNRUHE DER STÄDTE

10 Jahre „Recht auf Stadt“ in Hamburg



Als 2008 mit dem Bankrott von Lehman Brothers die Finanzkrise voll ausbricht, rumort es in etlichen Städten bereits aus einem anderen Grund. Das Problem der Gentrifizierung, bis dahin ein Spezialbegriff der Stadtsoziologie, ist in vielen Innenstadtquartieren unübersehbar geworden. Nach London, New York und Paris sind längst auch Städte der zweiten Reihe betroffen. So auch Hamburg, wo das Aktionsnetzwerk »Es regnet Kaviar« mit ersten Aktionen gegen steigende Mieten und Verdrängung mobilisiert. Im Juni 2009 taucht dann in Hamburg ein Plakat mit dem ungewöhnlichen Slogan „Recht auf Stadt“ auf. Es ist die Einladung zu einem Workshop-Wochenende, an dem über 20 Initiativen gegen Gentrifizierung zusammenkommen, sich austauschen und zu neuen Plänen verabreden. Das Recht auf Stadt –1968 von Henri Lefebvre im gleichnamigen Buch als Begriff geprägt – wird zur neuen Parole. Das Recht auf Stadt muss für alle gelten, nicht nur für die Gutbetuchten und Gutvernetzten.

Der erste Plan wird am 22. August 2009 mit einem Paukenschlag umgesetzt: Rund 200 Künstler*innen besetzen die Reste der historischen Gängeviertel – die sich Anfang des 19. Jahrhunderts als innerstädtischer Slum westlich des Zentrums vom Hafen zur Alster hinzogen – und an einen niederländischen Investor verkauft worden sind. Die Hansestadt ist in Aufruhr: Große Besetzungen hat es da seit rund 20 Jahren nicht mehr gegeben. Die Politik wird auf dem falschen Fuß erwischt, weil weite Teile der Öffentlichkeit ihre Sympathie für die Besetzer*innen bekunden. Es kommt nicht zur Räumung, und kurz danach verbünden sich die Initiativen zum »Netzwerk Recht auf Stadt«. Hamburg hat auf einmal eine außerparlamentarische linke Opposition neuer Art – und wird damit in den deutschsprachigen Städten zum Vorreiter für eine neue soziale Bewegung.

Hamburg mag von außen betrachtet nicht der wahrscheinlichste Ort für ein solches Projekt sein. Anders als in Berlin läuft die städtische Wirtschaft mit den Dickschiffen Hafen, Medienbranche, Airbus recht rund. Auf den zweiten Blick kommen dort aber Faktoren zusammen, die schließlich eine kritische Masse bilden. Einerseits ist Hamburg gemessen am Privatvermögen aller Einwohner*innen die reichste Stadt Deutschlands. Andererseits hat der konservative Senat in den Jahren zuvor ein straffes neoliberales Programm verfolgt: Der soziale Wohnungsbau ist de facto zum Erliegen gekommen, städtische Gebäude werden im Höchstgebotsverfahren verkauft, mit Hafencity und Elbphilharmonie setzt die „wachsende Stadt“ (so das CDU-Leitbild) auf elitäre und prestigeträchtige Stadtentwicklungsprojekte. Der Sozialwohnungsbestand

ist längst dramatisch abgeschmolzen, Krankenhäuser und Energienetz werden privatisiert, zahlreiche Business Improvement Districts nach angelsächsischem Vorbild installiert – mehr als in jeder anderen deutschen Stadt.

Ein weiterer Grund, der häufig übersehen wird, liegt in Hamburgs Geschichte: Dass es Jahrhunderte eine Stadtrepublik war, wirkt im Bewusstsein der Bewohner*innen bis heute nach. Bezugspunkt ist immer die Stadt, nicht der übergeordnete Staat. Hamburger*innen antworten auf die Frage, wo sie herkommen, meist: „aus Hamburg" – „aus Deutschland" kommt vielen bis heute nicht in den Sinn. Als Handels- und größte Hafenstadt ist es früher als andere deutsche Städte Teil der „ersten Globalisierung" in der Kolonialzeit gewesen. Und es gibt eine lange Tradition, politische Auseinandersetzungen auch mit harten Bandagen auszutragen. Seit den Besetzungen der Hafenstraße in St. Pauli und der Roten Flora in der Sternschanze in den 1980er Jahren hat sich eine gut vernetzte, in Teilen militante linke Szene verfestigt.

NEU AN DER HAMBURGER RECHT AUF STADT-BEWEGUNG IST, DASS IN IHR UNTERSCHIEDLICHSTE RADIKALE LINKE POSITIONEN ZUSAMMENKOMMEN - UND ZUSAMMENARBEITEN, ÜBER POLITISCHE DIFFERENZEN HINWEG

Neu an der Hamburger Recht auf Stadt-Bewegung ist allerdings, dass in ihr unterschiedlichste radikale linke Positionen zusammenkommen – und zusammenarbeiten, über politische Differenzen hinweg, die in anderen Städten lähmend wirken. Die Besetzung des Gängeviertels wird anfangs fälschlicherweise als „Künstlerprotest" wahrgenommen. Tatsächlich steht sie für eine geänderte Strategie, die Christoph Schäfer treffend die „Verräumlichung der Konflikte" genannt hat. In Anlehnung an situationistische Praktiken schaffen die Aktivist*innen ungewöhnliche Situationen im städtischen Raum, die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und zugleich eine Plattform sind, um das politische Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglicher zu machen, als dies mit direkten Konfrontationen möglich ist. Und es immer auch in den größeren Kontext der neoliberalen Stadtentwicklung zu stellen – das unterscheidet sie von der klassischen Bürgerinitiative.

Im gekaperten Hamburger Stadtmarketing-Magazin mit dem Titel »Unter Geiern« lancieren Aktivist*innen das Manifest »Not in our Name, Marke Hamburg« von Kulturarbeiter*innen. Dies und die Gängeviertel-Besetzung treffen die Stadt Hamburg an einem verwundbaren Punkt: der Konkurrenz zu Berlin als „Kulturstadt". Statt herkömmliche Demos zu organisieren, veranstalten sie Paraden. In einer Walzerparade tanzen sie durch die Straßen, in einem karnevalesken Umzug ziehen Ende 2009 Zehntausende für ein Recht auf Stadt durch die Straßen. Wurde die Kritik an Gentrifizierung zuvor als Ausdruck von „Partikularinteressen" abgetan, ja als Verweigerung jedweder „natürlichen" Veränderung, öffnet die Idee eines Rechts auf Stadt die Köpfe. Auf einen Schlag ist das „Framing" geändert. So schafft es das Netzwerk innerhalb weniger Monate, den Diskurs über Stadtentwicklung zu verändern. Das Leitbild der „wachsenden Stadt" ist diskreditiert, die sozialen Probleme vor allem beim Wohnraum stehen nun auf der Agenda. Die oppositionellen Sozialdemokrat*innen nehmen diese Vorlage auf und gewinnen mit dem Thema Wohnungspolitik 2011 die Wahl zum Stadtparlament, der Bürgerschaft. Was sie daraus machen, hat mit Recht auf Stadt zwar nichts zu tun. Aber es ist nicht übertrieben festzustellen, dass die Wohnungspolitik ohne den Aufruhr von 2009 nicht das entscheidende Wahlkampfthema geworden wäre.

Das Netzwerk hat seit 2009 drei Phasen erlebt. In der ersten, bis etwa 2011, dominieren Mietenwahnsinn und fehlender Wohnraum. Ab 2011 kommt die Frage, wer die Stadt eigentlich plant, verstärkt auf die Agenda. Ein Anspruch wird formuliert: Jede Planung muss bei den Bewohner*innen anfangen – und nicht in Hinterzimmergesprächen von Politik und Investor*innen. Auch die prekäre Situation bei Mieten für Kultur- und Gewerberäume wird Thema. Die Ankunft der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« im Frühjahr 2013 läutet die dritte Phase ein. Flucht und Migration kommen nun als wesentliche Punkte auf die Tagesordnung, vor allem das Bündnis »Recht auf Stadt – Never mind the Papers« ab 2014 und »Refugees Welcome Karoviertel« 2015 prägen die Auseinandersetzungen mit der Politik.

Während des G20-Gipfels im Juli 2017 gibt das Netzwerk schließlich den Prototyp einer Urban Citizenship Card nach Vorbild US-amerikanischer Städte heraus. Damit hat es sich endgültig die von Erol Yildiz so bezeichnete „postmigrantische Stadt" auf die Fahnen geschrieben – die Stadt, in der es um alle geht, die da sind, ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Status.

Natürlich ist Hamburg noch weit entfernt von einer Stadt, in der das Recht auf Stadt für alle gilt, in der Lefebvres urbaner libertärer Kommunismus auch nur ansatzweise Wirklichkeit geworden ist. Bemerkenswert am »Netzwerk Recht auf Stadt« sind allerdings zwei Dinge. Zum einen gab von Anfang an einen Konsens, dass das Konzept eines Rechts auf Stadt nichts mit heimattümelnder Gentrifizierungskritik zu tun haben kann, dass es keine Ältestensrechte der Bewohner*innen gibt, die schon länger dort leben.

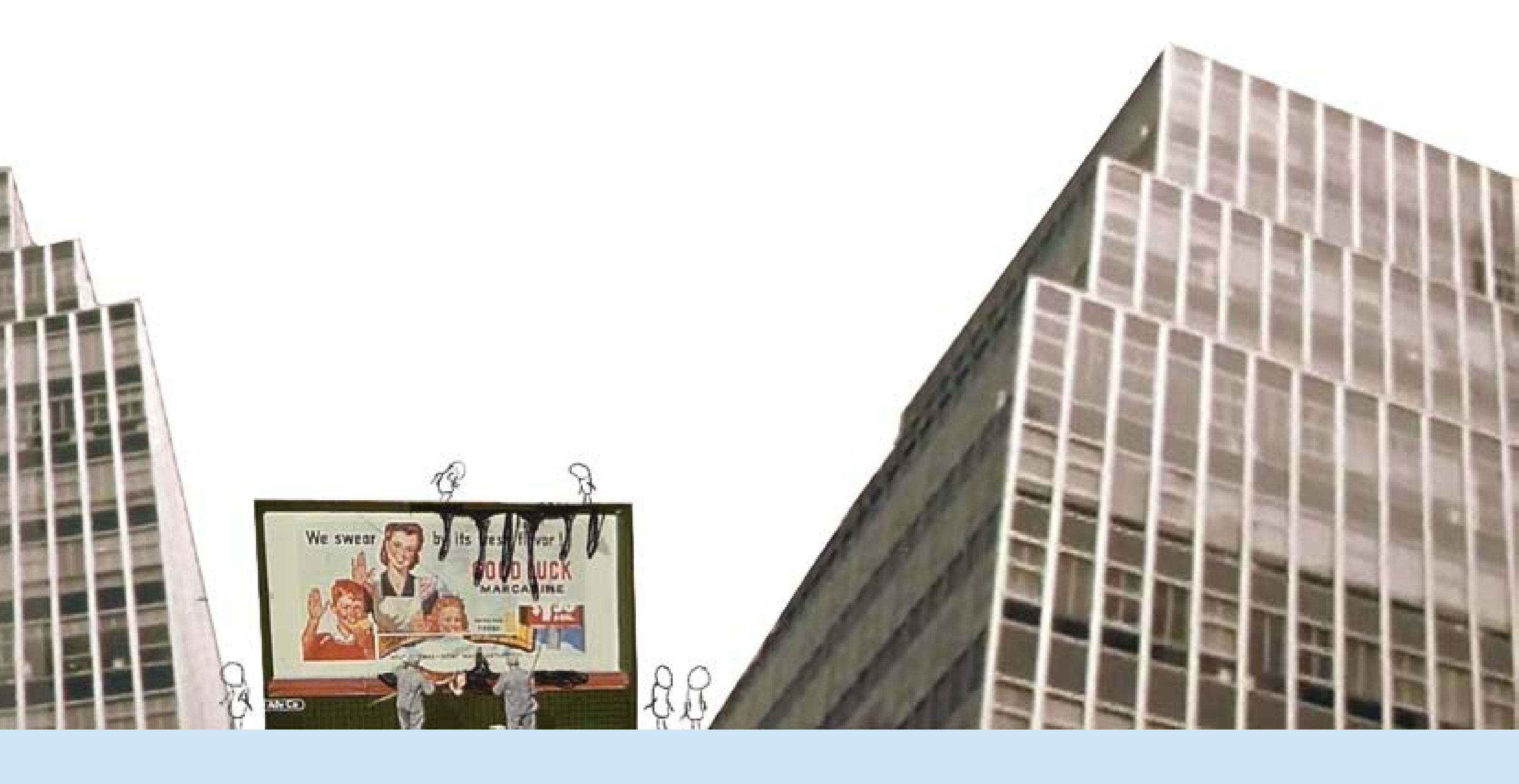
Zum anderen hat es einige Aspekte aus Lefebvres Überlegungen exemplarisch umgesetzt. Es hat mit der PlanBude, bei der ein großes innerstädtisches Neubauprojekt gegen den Willen des Investors von der Nachbarschaft geplant worden ist, eine Aneignung der Stadtentwicklung betrieben. Es hat mit den bislang sieben Stadtteilversammlungen auf St. Pauli, an denen teilweise 1300 Bewohner*innen teilgenommen haben, den Gedanken einer Autogestion, einer Selbstverwaltung, überhaupt im Ansatz erfahrbar gemacht. Es hat mit der vielfältigen Unterstützung von Geflüchteten klar gemacht, dass das Recht auf Stadt für alle gilt und keine Forderung privilegierter Milieus ist.

Dennoch sind die zehn Jahre kein durchgängiger Höhenflug gewesen. Nach einer Phase um 2012/2013, in der auch Initiativen aus äußeren Stadtteilen hinzukamen, schnurrte das Netzwerk danach wieder auf die bekannten inneren Stadtteile zusammen. Das beginnt sich seit dem Mietenmove vom Juni 2018 wieder zu ändern. Es dauerte acht Jahre, bis das Netzwerk sich eine „Programmatische Grundlage" gab. Die Verräumlichung der Konflikte war zwar oft erfolgreich, band aber über die Jahre auch viele Kräfte. Vernachlässigt wurde dabei ein stadtpolitisches Community Organizing, das auch Milieus erreicht und gewinnt, die aus unterschiedlichen Gründen nicht selbstverständlich ihr Recht auf Stadt einfordern. In Ansätzen ist es durchaus vorhanden. Aber das Community Organizing muss deutlich größer und breiter werden, um in den kommenden Jahren eine mächtige Stadtbewegung hervorzubringen, die nicht nur den Diskurs ändert und Orte gewinnt, sondern die postmigrantische, die selbstverwaltete Stadt greifbar werden lässt, auf dass der städtische Neoliberalismus endgültig der Vergangenheit angehört.

▸ **Autor:** Niels Boeing (nbo) ist Journalist, Autor, Reisender und seit der Gründung 2009 aktiv im Hamburger »Netzwerk Recht auf Stadt«. Zu sozialen städtischen Kämpfen und Bewegungen hat er 2015 in der Edition Nautilus die Flugschrift »VON WEGEN. Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft« veröffentlicht. ▸ **E-Mail:** nbo@lomu.net ▸ **Websites:** www.allesaufnull.net, www.rechtaufstadt.net

BODENPOLITIK

Das Berliner Modellprojekt »Selbstverwaltet & Kommunal« erfindet neue Formen gesellschaftlichen Eigentums jenseits von öffentlich und privat



Berlin und viele andere Städte in Deutschland sind Teil einer globalen Dynamik enormer Bodenwert- und Immobilienpreissteigerungen. Die Initiative »Stadt von Unten« in Berlin hat sich 2014 anlässlich der geplanten Privatisierung einer Bundesimmobilie in Berlin-Kreuzberg gegründet und fordert ein Modellprojekt »Selbstverwaltet & Kommunal« auf dem sogenannten Dragonerareal.

Nach dem großen Erfolg, die Privatisierung des Areals gemeinsam mit vielen anderen verhindert zu haben, stellt sich die Frage, wie sich Demokratisierung und Bezahlbarkeit für alle hier realisieren lassen. Es steht außer Frage, dass die Verhinderung von Privatisierung dafür eine notwendige Voraussetzung ist. Die Vergangenheit zeigt aber, dass auch kommunales Eigentum allein nicht dauerhaft abgesichert ist. Neue Formen von gesellschaftlichem Eigentum müssen entwickelt und erprobt werden, um Bezahlbarkeit, Mitbestimmung und Absicherung gegen Privatisierung im Rahmen einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu realisieren. Damit eine langfristige Absicherung, unabhängig von politischen Konjunkturen, überhaupt möglich ist,

DIE PRIVATWIRTSCHAFTLICHE ANEIGNUNG UND VERWERTUNG VON BODEN UND IMMOBILIEN WIRKEN ALS BESCHLEUNIGER EINER ZUNEHMENDEN SOZIALEN UNGLEICHHEIT

soll eine Verzahnung von kommunalem Eigentum und Selbstverwaltung beim Eigentum am Boden ansetzen. »Stadt von Unten« schlägt daher beispielhaft für das Dragonerareal ein Eigentumsmodell vor, das neue Formen der Bodengovernance erproben soll.

Die gegenwärtige Dynamik von Bodenwert- und Immobilienpreissteigerung in vielen Städten ist eine Spirale, die nicht nur Arme und Menschen in weniger wert(ab-)schöpfenden Wirtschaftszweigen aus den Zentren verdrängt, sondern auch zu einer Versklavung führt von Lohnabhängigen und Kleingewerbetreibenden an die Gewinnerwartung von Investor*innen und Anleger*innen – das heißt an hohen Mietzins, an Hypotheken und Verschuldung. Die privatwirtschaftliche Aneignung und Verwertung von Boden und Immobilien wirken als Beschleuniger einer zunehmenden sozialen Ungleichheit. Sie fördern ökonomische Konzentrationsprozesse und das Auseinanderdriften von Zentrum und Peripherie.

Um Städte überhaupt noch lebenswert und bewohnbar zu halten, muss es (realpolitisch) darum gehen, so viel Boden wie möglich aus dieser Spirale herauszulösen. Doch wie ist das zu bewerkstelligen und was passiert mit dem Boden, wenn er erst einmal herausgelöst ist? Welche Formen von Eigentum an Boden stellen eine Alternative zum Markt dar und weisen im Sinne einer realen Utopie über ihn hinaus?

Verstaatlichen, umverteilen oder als Gemeineigentum demokratisieren?

Historisch lassen sich drei verschiedene Antworten auf die Bodenfrage grob umreißen: Sozialdemokratische wie staatssozialistische Strömungen verstanden unter der Vergesellschaftung von Grund und Boden die Verstaatlichung. Einige libertäre Strömungen befürworteten hingegen, den Boden zwischen allen Men-



schen gerecht aufzuteilen und die Arbeiter*innen zu Grundbesitzer*innen zu machen. Eine dritte Antwort ist das Gemeineigentum, das vor allem in den Debatten um Commons in den letzten zwanzig Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Aufgrund der historischen Erfahrungen mit staatssozialistischen Systemen, aber auch dem fordistischen Wohlfahrtsstaat, ist eine Rückkehr zu einer reinen Verstaatlichung nicht wünschenswert. Die Staatssozialismen des zwanzigsten Jahrhunderts krankten daran, dass sie autoritär gelenkt waren und Nutzer*innen kaum Mitsprache über die Gestaltung der Bodennutzung hatten. Staatseigentum in kapitalistischen Gesellschaften unterliegt zusätzlich den Konjunkturen der Wahlurnen und kann einfach wieder privatisiert werden. Die Privatisierungen von Post-, Telekom- und Bahngrundstücken und vielen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften während der letzten 25 Jahre, sowie die Ausrichtung staatlicher Unternehmen an neoliberalen Geschäftslogiken, sind maßgeblich mitverantwortlich für die aktuell wirkende Dynamik.

Die Proudhon'sche Utopie einer Umverteilung des Bodens auf Alle verspricht einen hohen Gestaltungsspielraum für die einzelnen Individuen. Sie ist jedoch stark von agrarisch geprägten Gesellschaften her gedacht und überwindet nicht die Logik des Privateigentums und die daran geknüpften Probleme: Im Gegensatz zu Zahnbürsten und Kleidung ist der Boden ein gesellschaftliches Gut, weil er immobil und nicht produzierbar ist. Solange mit Boden gehandelt werden kann, wird es Monopolbildung und Spekulation geben.

Die dritte Figur, die Idee des Gemeineigentums, versucht Eigentumsformen jenseits von Staat und Markt zu denken. Eine historische Form des Gemeineigentums ist das Genossenschaftswesen. Eine Radikalisierung des Genossenschaftsgedankens verfolgt in Deutschland das Mietshäuser Syndikat. Es versucht die strukturelle Schwäche der Genossenschaft, dass seine Mitglieder immer noch Miteigentümer*innen sind und durch den Kauf von Genossenschaftsanteilen ein „Eintrittsgeld" entrichten müssen, aufzuheben, ohne die Prinzipien der Mitbestimmung aufzugeben: Nutzer*innen haben in ihm starke Mitbestimmungsmöglichkeiten über die von ihnen genutzte Sache (Selbstverwaltung), sind aber weder Eigentümer*innen noch Miteigentümer*innen. Das Eigentum ist im Netzwerk verteilt („neutralisiert"), es gehört den Gesellschaften des Netzwerks, über die die jeweiligen Nutzer*innen im Rahmen ihres Gebrauch bestimmen können. Ein Nachteil des Syndikats ist der hohe persönliche Einsatz und Idealismus, der für die Entstehung der Projekte notwendig ist und der für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen nicht leistbar ist.

Ein weiteres Modell, das die Idee des Gemeineigentums aufgreift, sind sogenannte Community Land Trusts (CLT), die es in den USA und in Großbritannien seit den 1980er Jahren gibt; ein Modell, das sich im stetigen Wachstum befindet. Die drei wichtigen Merkmale von CLTs sind: Eine demokratische Steuerung (meistens sind in ihrem Entscheidungsgremium Nutzer*innen, Mitglieder einer bestimmten Nachbarschaft sowie Personen öffentlichen Lebens vertreten); ein sogenanntes „asset lock", also ein Mechanismus, der die Veräußerung des Trusts oder Teilen davon strukturell ausschließt; und eine Trennung von Boden- und Nutzungseigen-



tum. Der Boden ist im Besitz des Trusts. Einzelne Immobilien auf diesem Boden können entweder in privatem oder genossenschaftlichem Besitz sein oder einer gemeinnützigen Immobiliengesellschaft gehören. Immobilien auf dem Boden des Trusts dürfen nicht mit Gewinn weiterveräußert werden, auch das ist Teil des „asset locks" – der Wert verbleibt im Trust.

Das Modell »Selbstverwaltet & Kommunal«

Inspiriert von diesen Modellen fordert »Stadt von Unten« für das sogenannte Dragonerareal ein Bodenmodell, das kommunales Eigentum mit starken Elementen der Selbstverwaltung verbindet – »Selbstverwaltet & Kommunal«. Der Boden des Dragonerareals soll in einen zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Bodenfonds (Trust) übergehen, der von einem Bodenrat gesteuert wird, in dem je zu einem Drittel die Nutzer*innen des Bodens, verschiedene Vertreter*innen der Stadtgesellschaft sowie der kommunalen Verwaltung repräsentiert sind. Das erlaubt eine demokratische Steuerung und eine gemeinwohlorientierte Entwicklung und sichert den Boden vor privater Verwertung ab. Der Boden wird dabei im Bodenfonds zusammengehalten und eigentumsrechtlich von den Immobilien darauf getrennt. Daher sollen Flächenteile ausschließlich über Erbbaurechtsverträge an kommunale oder nicht-gewinnorientierte private Bauträger*innen vergeben werden. Die Vorteile von Erbbaurechtsverträgen bestehen nicht nur in ihren langen Laufzeiten von mehreren Jahrzehnten, sondern auch in der Möglichkeit, darin weitreichende Festlegungen zu treffen, wie etwa bestimmte Miethöhen, Festlegungen zur Nutzung oder das Recht auf Selbstverwaltung.

Wenn eigenes Nutzungsinteresse und allgemeines Interesse in der Governance des Bodens sinnvoll verzahnt werden, ergibt sich auch der oben genannte „asset lock": Ein organisierter Interessenwiderspruch, der eine Wiederprivatisierung deutlich erschwert bzw. idealerweise gänzlich ausschließt. Selbstverwaltung ist dabei die beste Absicherung gegen eine Privatisierung, denn diese ist meistens schlicht nicht im Interesse der Mieter*innen und die Nutzer*innen des Dragonerareals können ihren Bedürfnissen entsprechend mitgestalten. Zugleich soll sichergestellt werden, dass das Dragonerareal nicht zu einem geschlossenen Club wird. Nicht nur die aktuellen Nutzer*innen sollen profitieren, sondern durch die Einrichtung von Solidar- und Umverteilungsmechanismen können Ressourcen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder die Verbesserung der nachbarschaftlichen Infrastruktur genutzt werden. »Selbstverwaltet & kommunal« in der Bodenpolitik erlaubt also nicht nur Demokratisierung und Bezahlbarkeit an einem Ort, sondern kann als Modellprojekt über sich hinaus wirken und weitere Projekte und Prozesse anstoßen, die Vorteile und Notwendigkeiten von kommunaler Wohnraumversorgung sowie Elemente starker Mitbestimmung von Nutzer*innen und Stadtgesellschaft sinnvoll neu zu integrieren.

▸ **Autor*innen:** Initiative »Stadt von Unten«, Berlin ▸ **Website:** www.stadtvonunten.de



UTOPISCHE REALPOLITIK?

Gibt es Realpolitik die zugleich einen utopischen Überschuss enthält? Gelingt es Menschen in Aushandlungsprozessen mit Perspektiven zu aktivieren, die über das Hier und Jetzt hinausweisen? Wo ist es gelungen tatsächlich etwas durchzusetzen, Legitimationsdruck zu erzeugen oder Diskursverschiebungen zu realisieren? Welche Fallstricke in Form von Vereinnahmung oder Akzeptanzproduktion lauern auf uns in Beteiligungsverfahren? Führen Professionalisierung und Expert*innentum immer zu Ausschlüssen? Wir haben nachgefragt und vier sehr unterschiedliche Antworten erhalten.

ZUSAMMENTUN

Mit Milieuschutz gegen profitorientierte Wohnungsunternehmen in Berlin-Kreuzberg



Am vorläufigen Ende einer fast zweijährigen Auseinandersetzung steht ein Achtungserfolg. »BOSS&U«, das Mieterbündnis aus der Otto-Suhr-Siedlung in Berlin-Kreuzberg, hat sich gegen die »Deutsche Wohnen«, einen der größten Immobilienkonzerne Deutschlands, behauptet. Das Unternehmen sah sich durch entschlossenen Widerstand gezwungen, eine Sanierungsvereinbarung mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu schließen. Die Vereinbarung bietet Schutz vor Verdrängung durch energetische Modernisierung.

Das Bündnis Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung

Die Otto-Suhr-Siedlung in Berlin Kreuzberg gilt als „ärmster Kiez Berlins" (Berliner Zeitung 2016). In der Tat sind viele der ca. 4.000 Menschen die hier leben, nicht auf Rosen gebettet: Rentner*innen, Familien mit und ohne Migrationshintergrund, Hartz IV-Empfänger*innen und Studierende. Die typische Kreuzberger-Mischung.

Bis 2004 waren alle 2.300 Wohnungen im kommunalen Bestand. Nach der Privatisierung von 1.350 Wohnungen durch den damaligen SPD-PDS-Senat sind heute große Teile der Siedlung im Eigentum der »Deutsche Wohnen SE«. Deutschlands zweitgrößter Immobilienkonzern besitzt 170.000 Wohnungen bundesweit, 110.000 allein in Berlin. Im Geschäftsbericht 2015 warb der Konzern gegenüber seinen Aktionär*innen unverhohlen damit, in der Siedlung durch Modernisierungsmaßnahmen die Mieten nach oben treiben zu wollen.

Im Frühjahr 2016 hatten die ersten Mieter*innen eine Modernisierungsankündigung im Briefkasten. Darin wurde die energetische Modernisierung angekündigt. Fenster sollten ausgetauscht und eine Wärmedämmung der Fassaden und Kellerdecken durchgeführt werden. Erklärtes Ziel der Modernisierungsmaßnahmen sei es, „Mietsteigerungspotenziale zu heben". Der Paragraph 559 des Bürgerlichen Gesetzbuches gibt Vermieter*innen dazu eine Steilvorlage. Elf Prozent der Gesamtkosten einer Modernisierung können auf die Miete umgelegt werden. Nach neun Jahren ist die Investition eingespielt. Die Mieten bleiben dann aber so hoch. Alles was dann reinkommt, ist Reingewinn. In der Otto-Suhr-Siedlung hätte dies Mietsteigerungen von bis zu 60 Prozent bedeutet. Diese Nachricht löste einen Schock in der Mieter*innenschaft aus. Doch erste Versuche, selbstorganisiert eine Mieter*inneninitiative zu gründen, versandeten. Ein Grund dafür dürfte die unterschiedliche Betroffenheit der Mieter*innenschaft gewesen sein. Die Deutsche Wohnen hatte die Siedlung in drei Bauabschnitte aufgeteilt, um das große Modernisierungsvorhaben Schritt für Schritt abarbeiten zu können. Zunächst wussten deshalb nur die Mieter*innen im ersten Bauabschnitt von den drohenden Modernisierungen.

Gut organisiert gegen Verdrängung durch energetische Modernisierung

Durch eine Initiative von außen, ergriffen von Aktiven der »Stadt-AG der Interventionistischen Linken«, gelang es

im Spätsommer 2016 schließlich das »Bündnis-Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung« (»BOSS&U«) zu gründen. Eine Initiative in der sich auch Mieter*innen der angrenzenden Spring-Siedlung engagieren, in der die Deutsche Wohnen ebenfalls energetisch modernisiert.

In regelmäßigen Mieter*innenversammlungen verfasste »BOSS&U« einen offenen Brief an die Bezirkspolitik. Darin wurden fünf Forderungen aufgestellt. Zentral war die Forderung, dass sich die Kommunalpolitik gegen die Verdrängung durch Modernisierung einsetzen soll. Bei einem öffentlichen Punsch-Trinken in der Siedlung wurde die Petition erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Der Protest wurde medial begleitet und fand berlinweit Beachtung. In der Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung kamen schnell über 800 Unterschriften unter dem Brief zusammen. Im Februar 2017 wurde er im Rahmen einer Kundgebung der Bezirksverordneten-Versammlung von Friedrichshain-Kreuzberg übergeben. Das Problem der drohenden Verdrängung in der Otto-Suhr-Siedlung konnte nicht länger ignoriert werden.

Der Protest stieß auf offene Ohren im Rathaus beim neuen Bezirksstadtrat für Bauen und Wohnen, Florian Schmidt (DIE GRÜNEN). Nachdem lange Zeit verschlafen wurde, was in der Otto-Suhr-Siedlung passierte, änderte sich das nun. Bereits im September 2016 hatte das Bezirksamt für die Otto-Suhr-Siedlung einen Aufstellungsbeschluss für ein soziales Erhaltungsgebiet, ein sogenanntes Milieuschutzgebiet, gefasst. Das bedeutet, dass künftige Bau- oder Nutzungsänderungen im Kiez durch das Bezirksamt geprüft und genehmigt werden müssen

Zu spät kam das für den ersten Bauabschnitt der Siedlung. Hier waren die Genehmigungen an die »Deutsche Wohnen« bereits erteilt worden. Für den zweiten Bauabschnitt verweigerte der Bezirk der »Deutschen Wohnen« die Genehmigung für die Fassadendämmung und drohte dies auch für den dritten Bauabschnitt zu tun. Ein bis dahin einmaliger Vorgang.

Die »Deutsche Wohnen« hatte nun ein Problem. Im ersten Bauabschnitt hatten die Arbeiten bereits begonnen. Für den übrigen Teil der Siedlung sah sie sich einem Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang und einer entschlossenen Mieter*inneninitiative gegenüber. Was tun? Es gelang, was lange für unmöglich gehalten wurde: die »Deutsche Wohnen« setzte sich mit dem Bezirksstadtbaurat an den Verhandlungstisch, um eine Vereinbarung zur sozialverträglichen Sanierung der Siedlung zu schließen. Aus Sicht der »Deutschen Wohnen« dürfte es das Ziel gewesen sein, den Rechtsstreit beizulegen, um weiter bauen zu können. Bemerkenswert war dieser Vorgang auch, weil die »Deutsche Wohnen« rechtlich dazu überhaupt nicht verpflichtet war. Der § 599 BGB gibt ihr das Recht die Modernisierung durchzuziehen. Doch unkalkulierbare Kosten sind für Börsen-Unternehmen, die von Quartal zu Quartal denken, ein Graus.

DER BEZIRK IST AUF DRUCK VON »BOSS&U« EIN POLITISCHES RISIKO EINGEGANGENEN, UM ETWAS DURCHZUSETZEN. EINE STARKE SELBSTORGANISIERTE MIETERSCHAFT HAT IHM DIE NOTWENDIGE LEGITIMATION VERSCHAFFT

Politischer Mut wird belohnt

Die Initiative »BOSS&U« nahm nicht an den Verhandlungen teil, war aber über die Fortschritte informiert. Die Haltung der Initiative war ganz klar: die Otto-Suhr-Siedlung ist eine Siedlung und deshalb darf es nur eine Vereinbarung für das gesamte Wohngebiet geben. Am Ende steht mit der Sanierungsvereinbarung vom Mai 2018 ein Achtungserfolg. Es wurde eine Kappung der Modernisierungsumlage auf 1,79 Euro pro Quadratmeter vereinbart. Den Mieter*innen aller drei Bauabschnitte wurde es ermöglicht, einen finanziellen Härtefallantrag geltend zu machen. Dazu berechtigt waren alle, deren Bruttowarmmiete nach Modernisierung 30 Prozent des Haushalts-Nettoeinkommens überschreiten würde. Bei Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe darf die Miete nach Modernisierung die zulässige Miethöhe nach Wohnkostenrichtlinie nicht übersteigen. Es wurde ein Mietenstopp für diese Gruppe für weitere Mieterhöhungen, etwa nach Aktualisierung des Mietspiegels, für ein weiteres Jahr vereinbart.

Der Bezirk betrat dabei bewusst eine rechtliche Grauzone. Bislang war es umstritten, ob der Milieuschutz bei energetischer Modernisierung greift. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die »Deutsche Wohnen« bei einem Gerichtsprozess Recht bekommen hätte. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und die Mieter*innen der Otto-Suhr-Siedlung hätten dann nach ein bis zwei Jahren Rechtsstreit als Verlierer*innen dagestanden. Doch man hat es darauf ankommen lassen.

Der Bezirk ist auf Druck von »BOSS&U« ein politisches Risiko eingegangenen, um etwas durchzusetzen. Eine starke selbstorganisierte Mieter*innenschaft hat ihm die notwendige Legitimation verschafft. Die Auseinandersetzung zeigt darüber hinaus, dass Recht nicht in Stein gemeißelt ist. Wenn der politische Wille da ist, kann es auch in einer vermeintlich aussichtslosen Situation einen Ausweg geben. Grundvoraussetzung dafür ist eine gut organisierte Mieter*innenschaft über alle vermeintlichen Grenzen von Klasse, Geschlecht und Herkunft hinweg. Bis heute führt »BOSS&U« einmal monatlich eine große Mieter*innen-Versammlung durch. Zusätzlich trifft sich eine Kerngruppe, um diese Versammlungen vorzubereiten und Strategien zu besprechen.

Ist das schon Munizipalismus?

Was macht diese Vereinbarung so besonders? Sie ist ein Beispiel dafür, was möglich ist, wenn Soziale Bewegungen und eine fortschrittliche Kommunalregierung zusammenarbeiten. Die Auseinandersetzung in der Otto-Suhr-Siedlung ist ein Beispiel für einen neuen Munizipalismus: „Munizipalistische Bewegungen streben an, kommunale Regierungen zu übernehmen oder zu beeinflussen, um lokale Institutionen (wieder) gemeinwohlorientiert auszurichten [und] ein neues Verhältnis zwischen kommunalen Regierungen und sozialen Bewegungen zu schaffen“ (Vollmer 2017: 147).

Das Beispiel Otto-Suhr-Siedlung macht inzwischen Schule. »BOSS&U«, »Kotti & Co« und viele andere Initiativen haben mit dem »Mieter*innenprotest Deutsche Wohnen« ein stadtweites Bündnis geschaffen. Inzwischen sind dort Initiativen von »Deutsche Wohnen«-Mieter*innen aus allen zwölf Berliner Bezirken vertreten. Ein Ziel des Bündnisses ist es, Milieuschutzgebiete in ganz Berlin durchzusetzen. Außerdem trägt das Bündnis die Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«, die Wohnungsunternehmen rekommunalisieren will. Der Mieter*innenbewegung in Berlin ist es gelungen, die Eigentumsfrage auf die politische Agenda zu setzen. Auch dieses Vorhaben wird, nach anfänglicher Skepsis, inzwischen von vielen Politiker*innen aus dem rot-rot-grünen Spektrum unterstützt. Eine neue munizipalistische Bewegung in Berlin rückt in greifbare Nähe.

▸ **Autor:** Hannes Strobel, »BOSS&U – Bündnis-Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung«
▸ **E-Mail:** gemeinsamgegenhohemieten@gmx.de ▸ **Website:** www.facebook.com/OttoSuhrSiedlung
▸ **Literatur:** Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen Ein neuer Munizipalismus, In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 5 (3), S.147–156. www.zeitschrift-suburban.de

GEHT NICHT GIBT'S NICHT

Das Bochumer Netzwerk »Stadt für Alle« zwischen Realpolitik und utopischem Überschuss

Seit Oktober 2016 mischt sich das Netzwerk »Stadt für Alle« in die Bochumer Lokalpolitik ein. Das Thema Wohnen und die Umbrüche einer neoliberalen Stadtentwicklung stehen dabei im Fokus. Changierend zwischen Realpolitik und utopischem Überschuss gelang es dem Netzwerk, lokalpolitische Akzente zu setzen und als politischer Player ernst genommen zu werden.

Im Ruhrgebiet ist vieles anders und doch ähnlich

Auch wenn die Wohnungssituation im Ruhrgebiet mit den überhitzten Wohnungsmärkten in Städten wie Köln oder Hamburg nicht zu vergleichen ist, gibt es dennoch einen größer werdenden Mangel an preiswertem Wohnraum. Das Ruhrgebiet liegt mit einer Armutsquote von über 20 Prozent an der Spitze der Bundesrepublik. Dem fehlenden preiswerten Wohnraum stehen ungenutzte Leerstände gegenüber. Auch in Bochum, mit einer Durchschnittsmiete von 6,60 Euro pro Quadratmeter, wird Wohnraum zum Spekulationsobjekt und Wohnungsneubau entsteht fast ausschließlich im oberen Preissegment.

Radikale Realpolitik auf der Straße und in den Institutionen

Unter dem Motto „Hier könnte … eine Stadt für alle sein" meldete sich das Netzwerk »Stadt für Alle« im Oktober 2016 zum ersten Mal zu Wort. Im Rahmen einer Demonstration zum Thema Wohnen, Leerstand und solidarische Stadt besuchte und markierte das Netzwerk vier leerstehende Gebäude in der Bochumer Innenstadt. Die Aktion erregte viel Aufmerksamkeit, weil sie den Widerspruch zwischen Leerständen auf der einen Seite und Mangel an bezahlbarem Wohnraum auf der anderen sehr plastisch abbildete.

»Stadt für Alle« stellte nicht bloß allgemeine Richtungsforderungen auf sondern entwickelte auch Vorschläge für konkrete Maßnahmen, darunter die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung. Dieser Mix von Realpolitik mit Momenten des Utopischen wurde für die weiteren Interventionen des Netzwerks charakteristisch.

Um der Forderung nach einer Zweckentfremdungssatzung und der Demokratisierung von stadtpolitischen Entscheidungen mehr Nachdruck zu verleihen, organisierte »Stadt für Alle« im Mai 2017 unter dem Motto „Reclaim the City! – Her mit der Stadt!" eine Tanz-Demo. Parallel dazu bereitete die Gruppe »SquatBo« eine Hausbesetzung am Tag der Demo vor. Die Hausbesetzung dauerte über einen Monat und erfuhr viel Zustimmung in der Stadt. »Stadt für Alle« organisierte Support und die Besetzer*innen bezogen sich auf die Forderung zur Nutzbarmachung von Leerständen, indem sie erneut den Fokus auf das Problem der Leerstände richteten. Die Forderung nach Einführung einer Zweckentfremdungssatzung erhielt eine neue Dynamik und konnte nun von den regierenden rot-grünen Ratsfraktionen nicht mehr ignoriert werden. Noch vor der Sommerpause erteilte der Rat der Stadt der Verwaltung den Auftrag, eine Zweckentfremdungssatzung zu erarbeiten.

Unter dem Motto „Leerstand nutzbar machen – Zweckentfremdungssatzung jetzt!" informierte »Stadt für Alle« über die Zweckentfremdungssatzung und warb mit Aktionen dafür. Aktive des Netzwerks besuchten Ausschusssitzungen und Bezirksvertretungen. Sie drangen in die kommunalpolitischen Strukturen ein und meldeten sich auch unaufgefordert zu Wort. Das Bochumer »Bündnis Arbeit und soziale Gerechtigkeit« (DGB, Kulturinstitutionen und Sozialverbände) unterstützte die Forderung und die meisten Bezirksvertretungen stimmten für die Satzung. In der entscheidenden Ratssitzung im September stimmte die SPD dann zusammen mit der CDU-Opposition und ohne die Stimmen ihres grünen Koalitionspartners gegen die Zweckentfremdungssatzung. Mit der Arroganz der Macht entzog sich die SPD-Fraktion dem Handlungsdruck, der mit der Einführung der Zweckentfremdungssatzung für die Stadt entstanden wäre.

DIESER MIX VON REALPOLITIK MIT MOMENTEN DES UTOPISCHEN WURDE FÜR DIE WEITEREN INTERVENTIONEN DES NETZWERKS CHARAKTERISTISCH

Sich einmischen und die Demokratiefrage stellen

Zeitgleich zur Kampagne für die Zweckentfremdungssatzung startete der Erstellungsprozess für ein „Handlungskonzept Wohnen", in dem die zukünftigen wohnungspolitischen Strategien der Stadt Bochum festgelegt werden sollten. »Stadt für Alle« lud sich selbst zum Erstellungsprozess ein und nahm fortan, neben der Immobilienwirtschaft und den Parteien, an den Beratungen teil. Erwartungsgemäß fand die Kritik des Netzwerks am Handlungskonzept, das in erster Linie auf private Investor*innen setzte, wenig Resonanz. Auch die Forderung nach einem gemeinwohlorientierten kommunalen Wohnungsbau wurde nicht aufgegriffen. Der Rat der Stadt verabschiedete das „Handlungskonzept Wohnen" im November in seiner unverändert neoliberalen Ausrichtung. Obwohl sich die »Stadt für Alle«-Aktiven darüber bewusst waren, wie wenig Einflussmöglichkeiten sie hatten, gelang es dennoch, alternative wohnungspolitische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und grundsätzliche Kritik am undemokratischen Verfahren zu äußern.

Auch wenn sich das Netzwerk »Stadt für Alle« mit seinen Forderungen und Vorschlägen nicht durchsetzen konnte, hat es die teilweise turbulente wohnungspolitische Debatte in Bochum 2017 wesentlich mitbestimmt. Dass die Auseinandersetzung um ein verwaltungstechnisches Regulationsinstrument wie die Zweckentfremdungssatzung politisch so aufgeladen war, zeigt, dass Aushandlungsprozesse auch kleiner Strukturveränderungen grundsätzliche Fragen aufwerfen: Versteht



sich die Stadt als Unternehmen oder Gemeinwesen? Wie ist das Verhältnis zwischen privat und öffentlich? Wofür werden Ressourcen eingesetzt? Wie können Demokratie und Partizipation funktionieren?

Alternativen aufzeigen und Commons zurückerobern

Seit Anfang 2018 konzentriert sich »Stadt für Alle« auf die Planungen zur Neugestaltung der Bochumer Innenstadt. Politik und Verwaltung wollen ein großes Grundstück in bester Innenstadtlage an einen privaten Investor verkaufen, der dort „hochwertigen Wohnraum" errichten soll. Ein historisches Schulgebäude soll dafür möglicherweise abgerissen werden. »Stadt für Alle« will die Privatisierung verhindern und fordert eine gemeinwohlorientierte Wohnbebauung auf der Basis von Erbbaurecht sowie den Erhalt und die Umnutzung des Schulgebäudes.

Das Netzwerk informierte in Form von Rundgängen über die städtischen Pläne, experimentierte mit offenen Stadtversammlungen und organisierte eine Unterschriftenkampagne sowie begleitende Veranstaltungen. Dabei wurden insbesondere Menschen außerhalb des unmittelbaren Umfeldes von »Stadt für Alle« erreicht, von denen einige nun kontinuierlich im Netzwerk mitarbeiten. Nicht nur die Empörung über die städtischen Privatisierungs- und Abrisspläne aktivierte die Menschen, sondern auch die utopischen Möglichkeitsräume, die auf den Stadtversammlungen gemeinsam entwickelt wurden. Hierbei spielte unter anderem der Gedanke der Gemeingüter und der Eigentumsverhältnisse jenseits von öffentlich und privat eine Rolle.

Gut vernetzt und produktiv durch Vielfalt

Aus dem Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteur*innen innerhalb des Netzwerks ergeben sich fruchtbare Synergien: Die Ratsfraktion der Linkspartei organisiert Informationen aus Rat und Verwaltung, der Mieterverein stellt Expertise und Räume zur Verfügung, Architekt*innen und Stadtplaner*innen bringen ihr Wissen ein. Für die öffentliche Sichtbarkeit spielen die lokalen Medien eine wichtige Rolle. Textarbeit in Form von Stellungnahmen und Presseerklärungen wird deshalb oft mit aktionistischen Elementen zur Produktion von Bildern und Aufmerksamkeit kombiniert.

Der Informationsaustausch, die gegenseitige Bezugnahme und die unterschiedlichen Handlungsformate von »Stadt für Alle« erzeugen Auftritte, die in der Öffentlichkeit oft überraschen: Hausbesetzer*innen, die kompetent mit Zahlen und Fakten argumentieren, oder ein Mieterverein, der sein Büro verlässt und bei Aktionen auf der Straße präsent ist.

Nicht nur die heterogene Zusammensetzung von »Stadt für Alle« und die sich daraus ergebende produktive Vielfalt von Positionen und Erfahrungen sind ungewöhnlich, sondern auch die Verknüpfung mit der Stadtgesellschaft. Bochum ist mit 370.000 Einwohner*innen zwar eine Großstadt, die politischen Strukturen sind jedoch eher kleinstädtisch. Die Wege sind kurz, persönliche Kontakte und gewachsene Verbindungen über politische Grenzen hinweg spielen eine wichtige Rolle und ermöglichen z. B. Kooperationen mit Institutionen wie der Volkshochschule oder den Hochschulen.

Das Miteinander von Expert*innen, Aktivist*innen und Interessierten innerhalb des Netzwerks ist nicht immer einfach. Unterschiedliche Beweggründe, Erfahrungen und Wissensstände lassen Entscheidungsprozesse oft zeitintensiv werden. Überhaupt ist Zeit eine knappe Ressource der meisten Aktiven. Für einige ist die kontinuierliche Beteiligung an einem politischen Prozess eine ganz neue Erfahrung.

Das »Stadt für Alle« versucht, die unterschiedlichen Bedürfnisse zu integrieren und durch das Teilen von Wissens- und Zeitressourcen einen Ausgleich zu organisieren. Dennoch ergreifen unter Handlungsdruck meist die „Expert*innen" die Initiative beziehungsweise, es wird von ihnen erwartet, dass sie das tun. Der eigene demokratische und partizipative Anspruch des Netzwerks muss in der Praxis des aktiven Miteinanders immer wieder reflektiert und neu hergestellt werden.

In über zwei Jahren kontinuierlicher Arbeit ist es »Stadt für Alle« gelungen, von der politischen Klasse, den Institutionen und den lokalen Medien ernst genommen zu werden und politische Akzente zu setzen. Als neuer Akteur in der Stadt verschiebt »Stadt für Alle« die Spielregeln und zeigt nicht nur Widersprüche auf, sondern gibt auch produktive Antworten auf gesellschaftliche Fragen.



100 %

Die Berliner Initiative »Stadt von Unten« erprobt kooperative Stadtentwicklung und reflektiert die Mühen der Ebene

Die Initiative »Stadt von Unten« gründete sich aus der Erfahrung jahrelanger Abwehrkämpfe gegen Aufwertung, Verdrängung und eine neoliberale Stadtentwicklung in Berlin. In diesen Kämpfen konnten zwar auch Erfolge erzielt werden, allerdings selten über den einzelnen Konflikt hinaus und ohne verbunden zu sein, mit einer Vision, wie Stadt eigentlich stattdessen gestaltet werden sollte. Das sogenannte Dragonerareal, ein knapp 47.000 qm großes Gelände in der geographischen Mitte Berlins, bot die Gelegenheit, den Kampf gegen die vorherrschende Stadtpolitik mit einer utopischen Vision zu verbinden.

In diesem Ziel und in den gewählten Mitteln verbindet sich Realpolitik mit konkreter Utopie. Utopie ist das Ziel selbst: ein Modellprojekt, das einerseits im Hier und Jetzt durchgesetzt werden kann und andererseits über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der Stadt hinausweist. Die Mittel umfassen dabei Gespräche mit Politiker*innen, direkte Interventionen in Parlamente oder Verwaltung, Pressearbeit, die Organisierung mit Nachbar*innen, Gewerbetreibenden und anderen Initiativen vor Ort sowie Aktionen, Demonstrationen und Bündnissen mit anderen stadtpolitischen Initiativen.

Zu den Mitteln gehört außerdem – und das ist das konkret-utopische Moment – ein Modell für eine Stadt von unten zu entwickeln und in die Debatte zu tragen. Im Modellprojekt »Selbstverwaltet & Kommunal« sollen sich die in den Nischen von Haus- und anderen selbstverwalteten Projekten gesammelten Erfahrungen mit den Aufgaben und der Reichweite öffentlicher Infrastruktur – der Kommune – verbinden. Dabei soll alles, was auf dem Areal entsteht, 100 Prozent bezahlbar, zur Miete, selbstverwaltet und in öffentlichem Eigentum dauerhaft abgesichert sein, ohne Verdrängung des dort bestehenden Gewerbes und entwickelt zu 100 Prozent unter Beteiligung von unten.

Für unsere konkrete Utopie eines Modellprojekts »Selbstverwaltet & Kommunal« wollen wir also nicht bei null anfangen. Wir behaupten auch keinen autonomen Raum. Das Modell ist ein Mittel mit dem Zweck, auf vorhandene städtische Institutionen realpolitisch einzuwirken, ihre Strukturen zu demokratisieren und sie so für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung (zurück) zu gewinnen.

Die Ausarbeitung des Modells begann im Frühjahr 2014 mit dem Abwehrkampf gegen die Privatisierung des Dragonerareals durch die Bundesagentur für Immobilienaufgaben (BImA), der nach jahrelanger Auseinandersetzung schließlich gewonnen wurde. Durch Informieren der Nachbarschaft, Zusammenschlüsse mit anderen Initiativen, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit gelang es, den geplanten Verkauf zu skandalisieren, den politischen Druck zu erhöhen und schließlich den SPD-Finanzsenator in Berlin dazu zu bewegen, im Herbst 2015 eine Bundesratsmehrheit der Länderfinanzminister*innen gegen den Deal zu organisieren. Allerdings dauerte es noch mehr als drei weitere Jahre, bis das Gelände in das Eigentum des Landes Berlin überging.



Für einen Teil des Kampfes sind wir also eine strategische Partnerschaft mit Teilen der Politik und der Verwaltung eingegangen. Dieses gemeinsame Ziehen an einem Strang nutzten wir jedoch gleichzeitig, um den Teil unserer Forderungen zu verbreiten, der nicht die Unterstützung der Landespolitiker*innen findet. Denn als die Privatisierung verhindert war, wurden die Differenzen in der Vorstellung zur Entwicklung des Areals zwischen Verwaltung und Initiativen wieder sichtbarer. Unsere Aktionen, Veranstaltungen und der Ausbau einer Garage auf dem Gelände als „Plangarage“ waren Schritte, das Modell »Selbstverwaltet & Kommunal« nach außen zu tragen, im Kleinen vorweg zu nehmen und schrittweise Unterstützung für unsere „100-Prozent-Forderungen“ zu organisieren.

Mit der Entscheidung des Berliner Senats, das Areal ab Sommer 2016 zum Kern eines Sanierungsgebiets zu machen, hat sich unsere Arbeit zum Teil in einen offiziellen Beteiligungsprozess verlagert. Diesen Beteiligungsprozess verstehen wir als Kampffeld und Teil des Modells, indem wir versuchen in jedem Schritt und jeder Zielformulierung eine umfassende Teilhabe und Mitbestimmung durchzusetzen.

Deshalb haben wir einen offiziellen Kooperationsprozess zwischen den beteiligten politisch-institutionellen Akteur*innen und den zivilgesellschaftlichen

angestoßen – dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Senatsverwaltung für Finanzen, dem Berliner Immobilienmanagement sowie dem landeseigenen Wohnungsunternehmen und den im Vernetzungstreffen »Rathausblock« organisierten stadtpolitischen Initiativen. Ziel ist eine Kooperationsvereinbarung, die eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe auch über grundsätzliche Fragen ermöglicht, wie zum Beispiel die Frage des Eigentums am Gelände. Der Weg dorthin ist steinig und von zahlreichen Konflikten gekennzeichnet.

Im Folgenden die Fallstricke, die uns im kooperativen Stadtentwicklungsprozess rund um das sogenannte Dragonerareal in den letzten Jahren begegnet sind.

Transparenz und Öffentlichkeit: Verhandlungs- und Kooperationsprozesse sind schwierig in die Öffentlichkeit zu vermitteln, denn sie erstrecken sich über längere Zeiträume, in denen nichts besonders Aufregendes passiert: Oft geht es um vermeintlich technische Details, deren politische Bedeutung erstmal erzählt werden will.

Trotz dieser schwierigen Umstände bleibt es die wichtigste Aufgabe von stadtpolitischen Initiativen in Kooperationsprozessen immer gleichzeitig zu dieser Kooperation eine eigene Öffentlichkeit herzustellen und dieser die komplexen Inhalte zu vermitteln, um so im Konfliktfall mobilisierungsfähig zu bleiben.

Überforderung und Professionalisierung: Kooperation mit politischen oder Verwaltungsebenen erfordert oft eine Sprache, spezielles Fachwissen und eine Logik, die zu einer Professionalisierung der Initiativen führt. Das schließt potentiell Menschen aus und macht es den Initiativen schwer zu wachsen. Kooperationsprozesse fordern außerdem einen gesteigerten Einsatz von Ressourcen (Zeit, Wissen etc.). Eine Möglichkeit damit umzugehen, ist die Organisation von finanziellen Mitteln, die es erlauben, Mitstreiter*innen ihre Arbeit zu bezahlen. Daran hängt dann wieder eine Reihe von ganz anderen Problemen und Überlegungen.

Geklüngel: Die Kooperation lässt es an vielen Stellen sinnvoll erscheinen, mit Politiker*innen und Verwaltungsangestellten zu „klüngeln", also in exklusiven, nicht öffentlichen Treffen für die eigenen Ziele zu werben. So wichtig diese Strategie ist, so sehr trägt sie wiederum zur Intransparenz und nicht zur Verallgemeinerung der eigenen „guten Kontakte" bei. Auf einer solche Kooperationsebene zu agieren und gleichzeitig eine radikale Haltung und die dafür nötige Unabhängigkeit zu bewahren, ist eine schwierige Aufgabe.

MIT WELCHER RECHTFERTIGUNG, IN WESSEN NAMEN UND MIT WEM STELLT MAN FORDERUNGEN AUF?

Legitimität: In einem Kooperationsprozess mit gewählten Politiker*innen stellt sich die Frage nach der eigenen Legitimität: Mit welcher Rechtfertigung, in wessen Namen und mit wem stellt man Forderungen auf? Die eigene Legitimität herzustellen und – angesichts der gesteigerten Komplexität und schwieriger werdenden Öffentlichkeitsarbeit – aufrechtzuerhalten, ist eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Antagonistische und kooperative Strategien: In unserem Kampf um das Dragonerareal waren wir lange Zeit vor allem gegen etwas: die Privatisierung des Geländes. Eine in diesem Sinne „antagonistische Strategie" war ein gemeinsamer Nenner, auf den wir uns innerhalb der Gruppe und mit allen anderen beteiligten Initiativen einigen konnten. Mit dem erfolgreichen Privatisierungsstopp ist dieses einigende Moment weggefallen. Die Frage, ob unsere Forderungen nach einer ganz anderen, kommunal-selbstverwalteten Stadtentwicklung wirklich innerhalb eines Kooperationsprozesses durchgesetzt werden können und wieviel „antagonistische" Momente es dabei braucht, stellt sich seitdem immer wieder neu – und führt innerhalb der Gruppe und mit anderen Initiativen auch zu Konflikten.

Sprecher*innenposition und Stellvertretung: Sich in einem derart aufwendigen Kooperationsprozess zu beteiligen, wie wir ihn angestoßen haben, erfordert hohe zeitliche und soziale Ressourcen. Nicht jede*r kann oder will die aufbringen. In Beteiligungsverfahren sind oft viele vertreten, die in der ersten Person sprechen, aber wenige, die arm, ausgegrenzt oder marginalisiert sind. Außerdem stehen wir vor der Schwierigkeit, Wohnraum für Sozialmieter*innen zu fordern, diese aber nicht direkt organisieren zu können, weil sie noch nicht dort wohnen. Wie kann also sichergestellt werden, dass auch die Interessen nicht direkt vor Ort Betroffener repräsentiert werden? Wir nehmen es uns heraus, in Abkehr von einer strikten Politik der ersten Person, für diese Interessen einzutreten. Diese Interessen kennen wir aus anderen stadtpolitischen Kämpfen, in denen wir aktiv waren und sind. Trotzdem ist es eine ständige Aufgabe eine legitime Stellvertretung, die nicht nur eine Behauptung ist, zu erarbeiten.

Es sind diese Mühen der Ebene, die Auseinandersetzung mit Politik und Verwaltung, mit deren Logiken und Widersprüchlichkeiten, die unseren politischen Kampf einerseits anstrengend, andererseits aber lohnend machen.
Wer im Konkreten etwas verändern will, muss sich auch mit dieser Wirklichkeit auseinandersetzen. Entscheidend ist es aber, mit den konkreten Veränderungen materielle und politische Räume für das (scheinbar) Utopische zu öffnen.

▸ **Autor*innen:** Initiative »Stadt von Unten«, Berlin
▸ **E-Mail:** info@stadtvonunten.de ▸ **Websites:** www.stadtvonunten.de, www.kommunal-selbstverwaltet-wohnen.de, www.rathausblock.org



REIN IN DIE NACHBARSCHAFT

Die »Rothe Ecke« Kassel umgeht mit transformativem Organizing[1] erfolgreich die Mitmachfalle

2014 eröffneten vier Menschen in Kassel, die in verschiedenen gewerkschaftlichen Initiativen und selbstorganisierten politischen Projekten tätig waren, den Stadtteilladen »Rothe Ecke« im Kasseler Stadtteil Rothenditmold. Angeregt von Erfahrungen mit transformativem Organizing in den USA, wollten wir raus aus den linken Milieus, rein in die Nachbarschaft und unter die Kolleg*innen.

Die »Rothe Ecke« sollte ein Raum sein, der es Menschen erleichtert, sich gemeinsam mit anderen bei Konfrontationen mit Jobcenter, Vermieter*innen, Vorgesetzten oder der Stadt zu organisieren und der Infrastruktur und Wissen zur Verfügung stellt, um gemeinsame Interessen erfolgreicher durchzusetzen. Den ehemaligen Arbeiter*innenstadtteil wählten wir, da wir teilweise bereits dort lebten und hier auch diejenigen wohnen, für die ein gesellschaftlicher Wandel am drängendsten ist: Prekäre, Arbeitslose, Junge, Alleinerziehende, arbeitende Rentner*innen und Migrant*innen.

Was wir tun und was wir lassen entscheiden wir nach dem jeweiligen Nutzen für den Kampf, der uns unserer Utopie näherbringt. Utopie bedeutet für uns nicht einen realitätsfernen Traum zu träumen. Sie ist in unserer Arbeit kein Überschuss, der „on the top" dazu gedichtet wird, sondern sie ist die Basis unserer Hoffnung und Praxis. Dementsprechend dient die »Rothe Ecke« als Treffpunkt für Betriebsgruppen, wöchentlich findet eine Bildungsreihe statt und mit Foodsharing erleichtern wir auch ganz praktisch den Alltag. Wir wollen uns entlang alltäglicher Probleme organisieren und in Konflikten gemeinsam wachsen. Wir möchten das Leben, und damit die Bedingungen zu rebellieren, schon heute verbessern, um dem Traum von einer befreiten Gesellschaft näher zu kommen.

Die Initiative »Nahverkehr für Alle«

Im Sommer 2015 starteten wir eine Initiative für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, für eine fahrscheinfreie Nutzung und für Klimagerechtigkeit. Ausgangspunkt war die Ankündigung in Kassel Kürzungen im Nahverkehr vorzunehmen und ganze Buslinien zu streichen. Auch unser Stadtteil war betroffen und davon ausgehend begannen wir uns zu organisieren.

Wir entwickelten eine Strategie auf zwei Ebenen: Einerseits begannen wir direkt vor der Haustür mit dem Einsatz für eine einzelne Buslinie. Andererseits betrieben wir Bündnisarbeit mit Menschen und Verbänden aus der ganzen Stadt, um die verschiedenen Kritiker*innen der Netzreform zusammen zu führen und über den Erhalt einzelner Buslinien hinaus den Blick auf den gesamten ÖPNV zu lenken.

Die Umstrukturierung des Busnetzes wurde von einem sogenannten „Beteiligungsverfahren" begleitet. Schnell wurde deutlich, dass es darauf abzielte, größere Widerstände abzuwiegeln oder einzubinden. Am Ende versuchte die Stadt sogar den Protest als Beteiligungsprozess zu vereinnahmen. Die Herausforderung lag darin, in unserem Stadtteil das vorherrschende Gefühl der Ohnmacht aufzubrechen und gleichzeitig die ÖPNV-Umstrukturierung grundsätz-

lich zu kritisieren, um nicht in die „Mitmachfalle“ zu tappen und die Entscheidungsstrukturen von Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung zu legitimieren. Denn der Beteiligungsprozess bezog sich lediglich auf die Frage, wo gekürzt werden sollte. Der Abbau des Nahverkehrs selbst stand nicht zur Debatte. „Beteiligung“ wurde hier zu einer perfiden Strategie die Bürger*innen über die Verschlechterung ihrer öffentlichen Infrastruktur mitentscheiden zu lassen.

Wir versuchten bei Aktionen auf der Straße und in den Bussen die Logik des „sinnvollen Kürzens“ zu durchbrechen und den Abbau des ÖPNVs grundsätzlich in Frage zu stellen. Um die in dieser Logik angelegte Spaltung durch konkurrierende Interessen – Stadtteil gegen Stadtteil oder Schule gegen Seniorenwohnanlage – zu verhindern, stellten wir immer wieder die Frage: „Was brauchen wir tatsächlich?“

„Feindliche Umarmungen“

Die wöchentlichen Treffen der Initiative waren wichtig, um das jeweilige Agieren der Gegner*Innen im rot-grünen Milieu der Stadtregierung Kassels zeitnah einschätzen und unsere eigenen Interventionen darauf abstimmen zu können: Welche Taktiken wenden die städtischen Verantwortlichen an, um uns auseinanderzutreiben? Reflektieren unsere Leute die scheinbaren Angebote zur Partizipation und ihre eigene instrumentelle Aktivierung durch die städtischen Institutionen? Sind sie ausreichend dagegen immunisiert?

Nicht zufällig ähneln die Methoden der „feindlichen Umarmung“ durch Einbeziehung und scheinbare Mitbestimmung denen, die uns in den letzten Jahren als „pragmatisches Organizing“ beim Stadtteilmanagement und bei anderen kommunalen Beteiligungsprozessen begegnen – und die wir mit Erschrecken durchaus auch im postautonomen, linken Milieu entdecken können.

Unsere oft guten Beziehungen zu „prominenten“ Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft oder zu Vertreter*innen in Rat und Verwaltung legen es nahe mit ihnen zu „klüngeln“ und scheinbar pragmatische Lösungen zu finden mit denen wir für den Moment mehr erreichen, als es durch Organisierung und Druck von unten möglich erscheint. Solche informellen Verhandlungen lehnten wir ab. Sich darauf

„BETEILIGUNG“ WURDE HIER ZU EINER PERFIDEN STRATEGIE DIE BÜRGER*INNEN ÜBER DIE VERSCHLECHTERUNG IHRER ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR MITENTSCHEIDEN ZU LASSEN

einzulassen, wäre nach unserer Definition „pragmatisches Organizing“. Es dient dazu die herrschenden Verhältnisse zu (re-)stabilisieren, sich widersprechende Interessen scheinbar respektvoll zu behandeln und in einen verlogenen Konsens zu überführen, allgemeine Klasseninteressen jedoch zu verdrängen.

Gute Erfahrungen machten wir damit uns gegen die Techniken der Planungsbüros zu immunisieren und auf das Setting der Verhandlungsformate vorzubereiten. Wir gaben nicht nur scheinbares Insider-Wissen immer weiter, sondern führten vor Gesprächen mit Verantwortlichen auch Rollenspiele durch. Denn die in solchen Gesprächen üblichen Floskeln, das Zeigen von Verständnis, die Kritik an der Art des Auftretens, das Verweisen auf den begrenzten Rahmen, all das kann in Handbüchern der Managementliteratur nachgelesen werden. Ist man in der Realität dann damit konfrontiert, lässt man sich nicht einlullen oder einschüchtern, sondern geht gestärkt aus den Gesprächen hervor – und hat noch viel zu lachen.

Nicht zuletzt dadurch ist es uns gelungen, nicht nur die Buslinie bei uns im Stadtteil zu retten, sondern auch das Ausmaß der Einsparungen zu begrenzen. Vor allem aber gelang es, Menschen zu ermutigen aktiv zu werden und die Vision eines gut ausgebauten Nahverkehrs breiter zu verankern.

Verbreitern und vertiefen

Seit drei Jahren treffen wir uns als Initiative wöchentlich und sind Anlaufpunkt für verschiedene Nutzer*innengruppen des ÖPNV geworden. Durch kurze, regelmäßige Treffen und das gemeinsame Feiern der kleinen und größeren Erfolge sind wir zusammengewachsen. Die Treffen sind möglichst offen gestaltet und werden nicht nur für Absprachen genutzt, sondern auch mit direkten Aktivitäten verknüpft, zum Beispiel Infoständen in der Stadt oder dem Malen von Transparenten.

Nicht alles gelingt beim ersten Mal. Bei unseren begrenzten Ressourcen ist es schwierig die Balance zu finden zwischen einer Verbreiterung – etwa durch Präsenz auf der Straße um neue Menschen zu erreichen – und einer Vertiefung, bei der es darum geht, die Einzelnen kennen-zu-lernen und sich ohne Zeitdruck über transformatives Organizing und die größeren Visionen auszutauschen.

Viele Aktive machen zum ersten Mal die Erfahrung, eine Demo anzumelden oder einen Redebeitrag öffentlich zu halten. Diese Aufgaben sollten nicht allein den Routinierten überlassen bleiben. Die Selbstermächtigung ist ein wichtiger Bestandteil transformativen Organizings und neue Aktive bringen auch neue Ideen ein.

Zuletzt präsentierte die Initiative »Nahverkehr für Alle« auf öffentlichen Plätzen in verschiedenen Stadtteilen Kassels eine auf die Situation im Nahverkehr angepasste Version von „Mackie Messer“.

Unsere Initiative ist an einer überregionalen Vernetzung interessiert und organisierte im Frühjahr 2019 einen bundesweiten Ratschlag für den kostenlosen Nahverkehr.

▸ **1 Transformatives Organizing:** Ein auf Transformation zielendes Organizing ist keine Stellvertreterpolitik. Betroffene sollen sich selbst vertreten und dadurch politisch weiterentwickeln. Transformatives Organizing fördert den nachhaltigen Aufbau einer selbstbewussten und konfliktfähigen Basis. Es nimmt dabei eine kämpferische Position gegenüber Rassismus, Kapitalismus und jeder Form der Unterdrückung ein.

▸ **Autor*innen:** Michael Heldt und Violetta Bock, aktiv im Projekt »Rothe Ecke«, Kassel ▸ **Website:** www.rothe-ecke.de, www.facebook.com/rotheecke

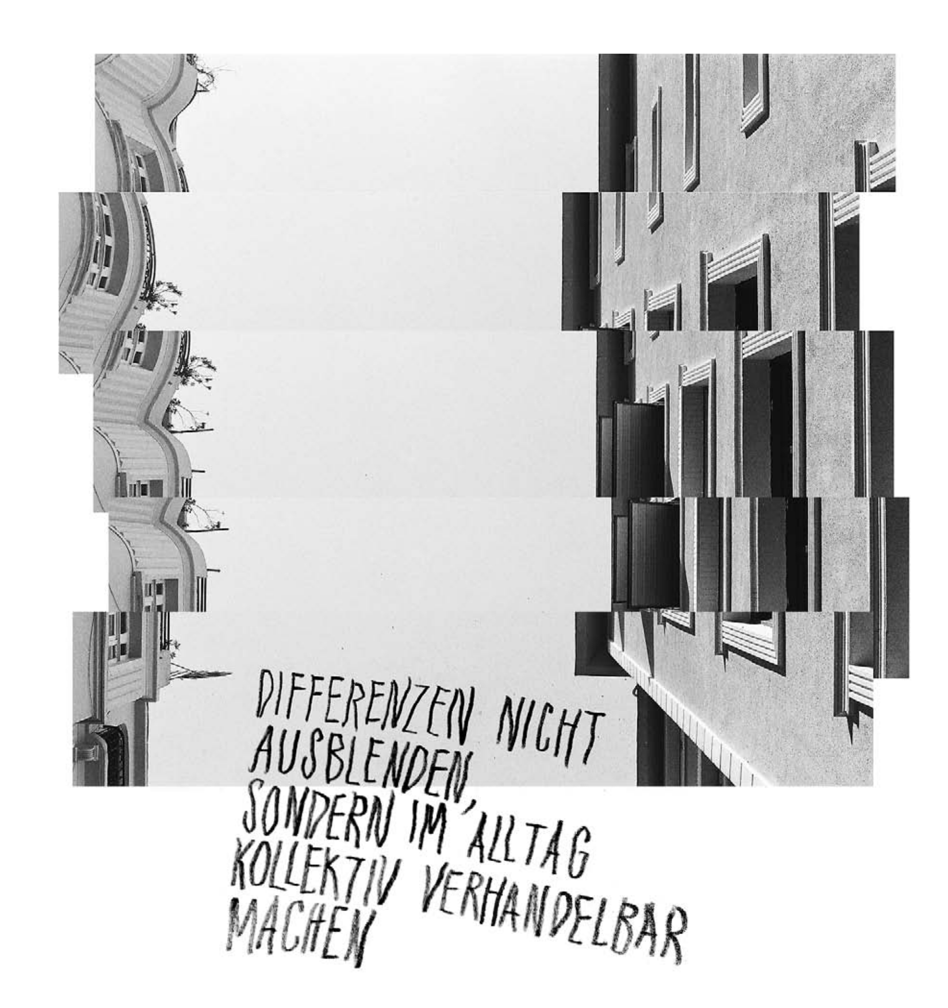
BEZIEHUNGSWEISE RECHT AUF STADT

Feministische Perspektiven auf Formen kollektiver Stadtgestaltung

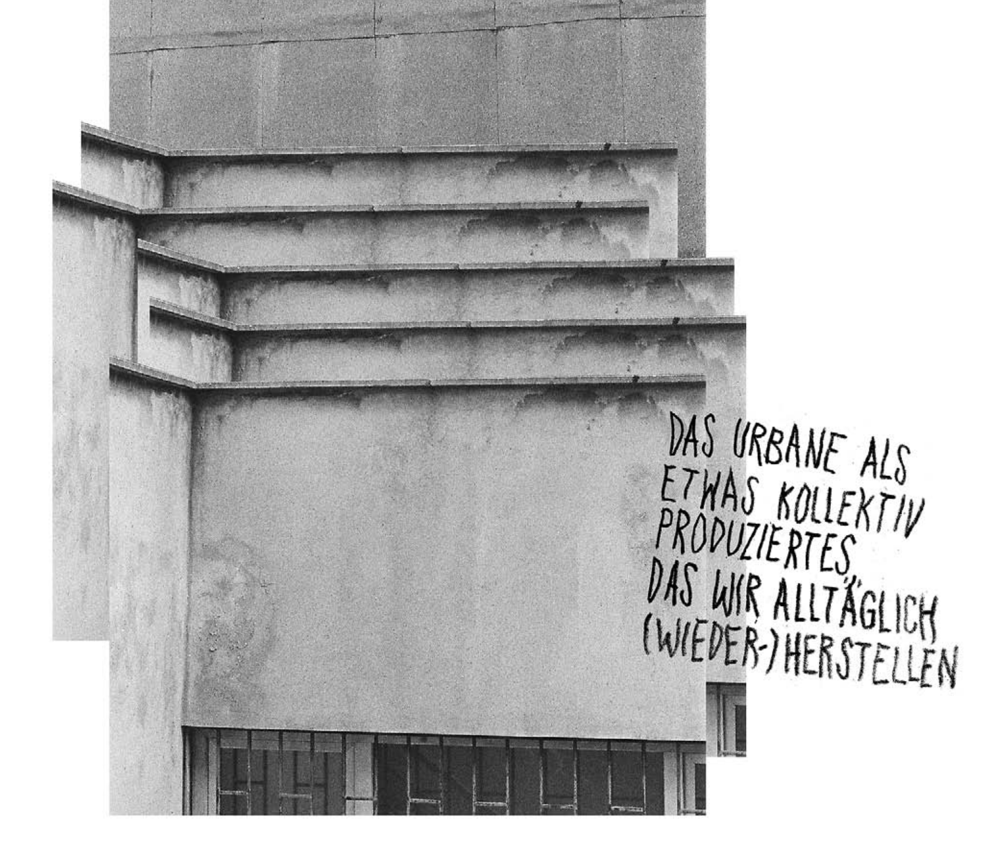
Recht auf Stadt und soziale Kämpfe feministisch anzugehen, bedeutet für uns, Theorie und Praxis sowie Analyse und Alltag miteinander in Beziehung zu setzen. Wir suchen nach Verbindungslinien dieser vermeintlichen Pole, indem wir uns auf Erfahrungswissen und Prozesse (weniger deren Ausgang) konzentrieren. Die eigene Verwicklung in und Betroffenheit von gesellschaftlichen Machtverhältnissen, die gemeinsame Analyse der Gesamtscheiße und das kollektive Erproben solidarischer alltäglicher Praxis stellen für uns solche Linien dar. In diesem Beitrag bieten wir Möglichkeiten an, Recht auf Stadt mit feministischen Positionen zu verknüpfen und dadurch zu erweitern.

Der marxistische Philosoph Henri Lefebvre versteht das Urbane als etwas kollektiv Produziertes, das alle Beteiligten alltäglich (wieder)herstellen. Er erweitert den Blickwinkel auf soziale Kämpfe – bis dahin oft verengt auf die Fabrik und Auseinandersetzungen um Lohnarbeit – um alltägliche und räumliche Prozesse der Re-/Produktion von Stadt und Gesellschaft. Für eine feministische Lesart von Lefebvres Schriften rückt Anne Vogelpohl (2018) seine Konzeption von Differenz in den Mittelpunkt und zwar im Sinne von Unterschiedlichkeit, die nicht isoliert, sondern nur als Verhältnis, also sozial gefasst werden kann. Dadurch heißt ein Recht auf Stadt zu fordern, gleichzeitig Unterschiedlichkeit zu betonen und für gleichen Zugang und Teilhabe zu kämpfen. Vogelpohl schlägt vor, feministische Arbeiten zu Alltag, Differenz und Methodologie stärker mit Lefebvres Theorien zu verknüpfen. Letzteres bedeutet beispielsweise, eigenes Erfahrungswissen und eigene Betroffenheiten als erkenntnisfördernde Ressourcen zu begreifen. Dies führt auch dazu, Unterschiede in alltäglichen Erfahrungen explizit und damit besser sichtbar zu machen.

Auch wir meinen, dass sich durch die Stadt als Raum, in dem widersprüchliche und konflikthafte soziale Beziehungen verhandelbar werden, alltägliche Erfahrungen und gesellschaftliche Prozesse zusammendenken lassen. Stadt kann zu einem Ort werden, an dem solidarische Praktiken auf Basis der gemeinsamen – aber auch unterschiedlichen – Erfahrungen erprobt werden können. Mit Stadt meinen wir nicht nur die sichtbaren politischen Aushandlungen auf öffentlichen Plätzen. Manchmal wird in Recht auf Stadt-Ansätzen Stadt auf das öffentliche politische Terrain reduziert, feministische Kritiken benennen diese Verengung als strukturell weiß und männlichkeitsgeprägt (Fenster 2005). Wenn die gesellschaftlich komplex wirkende, räumliche Trennung und Hierarchisierung der öffentlichen über die private Sphäre nicht benannt wird, wird sie reproduziert. Dadurch werden bestehende vergeschlechtlichte und rassistische Ausschlussmechanismen eher ausgeblendet, statt bekämpft. Durch eine feministische Perspektive lässt sich der Blick weiten auf die alltägliche Praxis innerhalb sogenannter Privaträume, bei un-/bezahlter Arbeit und in Abhängigkeitsverhältnissen von staatlichen Institutionen. Alle vorstellbaren Formen eines praktischen Rechts auf Aneignung und auf Teilhabe sind durchquert von Machtverhältnissen, die sich in zwischenmenschlichen und räumlichen Beziehungen auswirken und damit bestimmen, wer wie und unter welchen Bedingungen die städtischen Ressourcen beanspruchen kann. Benennen wir die Priorisierung der öffentlichen Sphäre – auch in Konzeptionen von Recht auf Stadt – können wir erkennen und einfordern, dass gesellschaftliche Verhältnisse und damit auch die Stadt nicht nur auf den Straßen, sondern auch in den Häusern und Wohnungen verhandelt werden. Also plädieren wir dafür, dass die ganze Stadt „drinnen“ wie „draußen“ und vor allem auch jenseits dieser Unterscheidung ein politisches Terrain ist.



Am Beispiel des so gedachten „Drinnen“ der Wohnung wollen wir das



sogenannte Öffentliche und Private in Beziehung setzen. Trotz der historisch entstandenen Konzeption der Wohnung als privater Raum, ist sie von allerlei Öffentlichkeiten durchdrungen. Zum Beispiel sind staatliche Wohnbauprogramme und Ideologien rund um Familienbilder einerseits öffentlich und werden „klassisch politisch“ verhandelt, während sie sich andererseits ganz praktisch in Wohnungsgrundrisse einschreiben und dadurch auf die Bewohner*innen wirken, sie disziplinieren. Die (individualisierte) Verfügbarkeit von passendem und bezahlbarem Wohnraum wird verhindert durch die gesellschaftlichen Einkommens- und Eigentumsverhältnisse, rassistische Diskriminierung sowie durch die Einbindung der Wohnung als Ware in Kapitalkreisläufen. Der Wohnung als zentralem Ort der Reproduktion sollte eine besondere Bedeutung für Alltagspraxis zugesprochen werden. Gleichzeitig ist diese bestimmt von „öffentlich“ verhandelten Sozial- und Mietpolitiken. Die Wohnung ist ein Ort, an dem sich gesellschaftliche Widersprüche kristallisieren. Deshalb denken wir, dass Forderungen nach mehr bezahlbarem Wohnraum als Anrufung staatlicher Politiken sowie Strategien, Wohnungen als soziale Reproduktionsmittel dem Markt zu entziehen, rückgebunden werden müssen: Und zwar an Überlegungen dazu, wie solidarische Alltagspraktiken gegen und jenseits von Disziplinierung, Staat und Kapital gelebt werden können.

Bei vielen Initiativen, die unter dem Label „Recht auf Stadt“ arbeiten, spielen solidarische Alltagspraktiken eine zentrale Rolle. Dabei wird die Art und Weise, wie der Alltag im Viertel, gegen Behörden und Vermieter*innen gemeinsam, mit Nachbar*innen gestaltet wird – oft aus unterschiedlichen Betroffenheiten heraus – politisiert. In diesem Kontext wird häufiger die schwierige Balance zwischen aktivistischer sozialer Arbeit (und damit der Übernahme sozialstaatlicher Aufgaben) und dem Wunsch nach einer solidarischen Bewältigung sowie Gestaltung des Alltags und damit auch der Stadt thematisiert. Diesem, oft als Dilemma erlebten, Widerspruch setzen wir zwei Gedanken entgegen:

Erstens sprechen wir uns für einen taktisch angelegten Umgang mit neoliberaler Staatlichkeit aus. Die zunehmend marktförmige und disziplinierende Organisation „öffentlicher“ Daseinsfürsorge prekarisiert die sozialen Reproduktionsbedingungen für Viele zunehmend. Mit Silvia Federici und George Caffentzis (2013) argumentieren wir, dass öffentliche Räume und Güter zwar Teil aktueller städtischer Kämpfe sein sollten, jedoch eher als ein Mittel zum Zweck, nämlich als materielle Grundlage für eine kollektive Gestaltung des guten Lebens mit bedeutungsvollen sozialen Beziehungen. Wenn die Einflussnahme auf (und Teilhabe an) staatlichen Politiken zentrales Anliegen wird, entsteht ein schwieriges Spannungsfeld zwischen (hoffnungslosen) Forderungen einerseits und der Dethematisierung eigener Betroffenheiten sowie dem disziplinierenden und herrschaftlichen Charakter staatlicher Politiken andererseits.

Zweitens finden wir auch die Fragen danach, ob gegen die Stadt (oder den Staat) gewonnen wurde oder ob Forderungen gegen diese durchgesetzt wurden, gar nicht so zentral. Wenn der Stadt beispielsweise ein neues Gebäude für politische Aktivitäten abgerungen wurde, stellt es zunächst eine wichtige materielle Ressource dar. Wir meinen aber, es kommt darauf an, wie – um mit Lefebvre zu sprechen – dieser Raum kollektiv re-/produziert wird und wie dort miteinander umgegangen wird. So kann ein weiteres Soziales Zentrum Räume schaffen, in denen wir bedeutungsvolle Beziehungen aufbauen, während wir uns solidarisch an unterschiedlichen Betroffenheiten und neoliberalen, repressiven staatlichen Politiken abarbeiten. Wir plädieren dafür, „Erfolge“ nicht etwa anhand der Anzahl der Häuser oder Volksentscheide zu bewerten, sondern z.B. anhand der Momente, in denen wir nach einem Plenum bestärkt und nicht erschüttert nach Hause gehen.

Bei Kämpfen um ein Recht auf Stadt ist es wichtig, Differenz nicht auszublenden, sondern sie durch Vertrauen in Erfahrungswissen – und zwar das eigene und das der anderen – im Alltag kollektiv verhandelbar zu machen. Denn Stadt, also Gesellschaft, wird von unterschiedlichen sozialen Beziehungen geprägt – im Großen wie im Kleinen. Deshalb wollen wir analytisch und praktisch den Blick darauf lenken, wie um ein Recht auf Stadt gekämpft wird. Bini Adamczak hat diesbezüglich in ihrem Buch „Beziehungsweise Revolution“ kluge Gedanken zu Papier gebracht: „Statt um das Produkt, das Objekt, geht es um die intersubjektive Praxis, das Verhältnis. Nicht ‚für die Sache‘ lohnt es sich zu kämpfen, sondern für die befriedigenden Beziehungen“ (Adamczak 2017: 269). In einer solchen feministischen Perspektive geht es darum, nicht nur materiell über die Häuser, Stadtviertel, die Reproduktionsmittel verfügen zu können, sondern auch darum, wie wir darin wohnen, darum, dass wir solidarisch miteinander in Beziehung stehen und dabei unterschiedlich sein können.

▸ **Autorin:** E. N. Freshinski sind Nina Fraeser & Eva Kuschinski, die durch diese Namensgebung den Versuch wagen, der akademischen Vereinzelung zu entkommen. Zusammen bewältigen sie den Alltag, irgendwo zwischen Arbeit an der Uni, Leben und Politik und entwickeln in diesem Zusammenhang gemeinsame feministische Perspektiven.

▸ **Literatur:** ▸ **Adamczak, Bini** (2017): Beziehungsweise Revolution: 1917, 1968 und kommende. Suhrkamp Verlag. ▸ **Federici, Silvia/Caffentzis, George** (2014): Commons against and beyond capitalism. Community Development Journal, 49(1). 92–105. ▸ **Fenster, Tovi** (2005): The right to the gendered city: Different formations of belonging in everyday life. Journal of Gender Studies, 14(3), 217–231. ▸ **Vogelpohl, Anne** (2018): Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken. sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 6(2/3), 149–158.

DER NEUE MUNIZIPALISMUS

Regieren für ein Recht auf Stadt

Das »Recht auf Stadt Forum« 2018 in Leipzig endete mit einer großartigen Quizshow bei der eine Frage lautete: „Was assoziierst du mit Munizipalismus?" Sowohl die Gruppe auf der Bühne als auch viele der zuvor befragten Forumsteilnehmer*innen konnten mit dem Begriff nicht allzu viel anfangen. Manche nannten „Barcelona" oder „Ada Colau".

Was ist also Munizipalismus? Der vorliegende Text will dazu einen ersten Überblick bieten und beginnt bei Ada Colau: Die Aktivistin und langjährige Hausbesetzerin ist seit 2015 Bürgermeisterin Barcelonas. Die Kommunalwahl gewann sie als Teil der munizipalistischen Plattform »Barcelona en Comú«, einem Bündnis aus sozialen Bewegungen und linken Kleinparteien. An ihrer Bürotür hängt der Spruch „Lasst uns niemals vergessen, wer wir sind und woher wir kommen".

Barcelona gilt als Vorreiterin einer globalen munizipalistischen Bewegung, die Städte in ihrem Kampf um alternatives Regieren auf kommunaler Ebene eint. Der Ansatz ist nicht neu: Dem neuen Munizipalismus ging vor etwa hundert Jahren der Munizipalsozialismus voraus. Dieser richtete sich gegen den Kapitalismus, die aufkommenden Nationalismen und die Verelendung in den Städten seiner Zeit. Zentrales Ziel war die Versorgung der schnell wachsenden Stadtbevölkerung durch die Schaffung von kommunalen Betrieben und Verwaltungen und damit die Begründung der kommunalen Daseinsvorsorge. Auch der Aufbau internationaler

BARCELONA GILT ALS VORREITERIN EINER GLOBALEN MUNIZIPALISTISCHEN BEWEGUNG, DIE STÄDTE IN IHREM KAMPF UM ALTERNATIVES REGIEREN AUF KOMMUNALER EBENE EINT

Städteorganisationen wird munizipalsozialistischen Aktivist*innen zugerechnet. Mittels (der ihnen zugänglichen) Lokalpolitik wollten sie eine neue Gesellschaftsordnung vorbereiten und ausprobieren. In Westeuropa gab es viele munizipal-sozialistische Stadtregierungen, ein bekanntes Beispiel ist das Rote Wien. In Spanien prägte parallel eine andere munizipalistische Bewegung die zweite Republik. Der spanische Munizipalismus war eher anarchistisch als sozialistisch, der Fokus lag auf Dezentralisierung und Demokratisierung von Herrschaft und Macht.

„Munizipal" bezieht sich ursprünglich auf eine relativ unabhängige Gemeinde, welche gleichzeitig einem größeren Staat untergeordnet und zu Abgaben verpflichtet ist. Damit ist dem Munizipalismus ein Spannungsverhältnis zu einer höheren politischen Ebene eingeschrieben. Es geht darum, die kommunale Selbstverwaltung zu nutzen, um grundsätzliche politische Veränderungen anzustreben, die auf nationaler Ebene blockiert werden.

Die neue munizipalistische Bewegung formiert sich explizit gegen die neoliberalen Austeritätspolitiken und ihre Folgen. Das munizipalistische Manifest formuliert „anstehende Aufgaben" und endet mit einem mutigen Ausblick: „Ein Netzwerk der rebellischen Städte kann tatsächlich zu einem anderen Europa führen und zugleich das Europa der Sparpolitik, des finanziellen Autoritarismus, der Fremdenfeindlichkeit und der Ermöglichung von Faschismus und Krieg bekämpfen und zerstören". Der neue



Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau spricht auf einer Kundgebung im November 2018

Munizipalismus fordert (Re-)Kommunalisierung und radikale Demokratisierung. Sein zentrales Merkmal sind kooperative aktivistische Plattformen, welche einen permanenten Veränderungsdruck aufbauen. In sogenannten „confluencias“ strömen Initiativen, Bürger*innen, Aktivist*innen und linke Kleinparteien einer Kommune zusammen. Gemeinsam konzentrieren sie sich als munizipalistische Plattform auf konkrete Ziele. Die Bewegung teilt sich häufig strukturell, wenn sie in die Institutionen geht, um gleichzeitig die Kontrolle und den Druck aufrecht zu erhalten. Der neue Munizipalismus verfolgt nicht nur klassische politische Programme, sondern will die Art und Weise der Politikgestaltung transformieren.

So wird beispielsweise in Stadtteilversammlungen versucht, gemeinsam Forderungen, Utopien und Strategien für den Stadtteil und die Stadt zu entwickeln. Menschen bringen sich vor Ort in die Debatten und Entscheidungen ein, horizontale Entscheidungsstrukturen werden ermöglicht. Die Programme der munizipalistischen Plattformen beinhalten feministische, ökologische, antirassistische, internationalistische sowie vor allem soziale und direkt-demokratischen Elemente. Sie schaffen Raum für kooperative Verbindungen quer zu „klassischen“ aktivistischen Feldern – wie Umweltpolitik, Feminismus oder der Forderung nach einem Recht auf Wohnen. Auch die Eigentumsfrage spielt eine Schlüsselrolle. Mit der Theorie der Commons wird nicht nur eine Kommunalisierung, sondern auch eine selbstorganisierte Verwaltung wichtiger Güter und Orte angestrebt.

Denkbar ist der neue Munizipalismus nicht ohne die Feminisierung der Politik. Diese geht hinaus über die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit, angemessener Repräsentation und Partizipation von Frauen* sowie einer expliziten Positionierung der Kommune für das Ende des Patriarchats. „Feminization of politics“ zielt auf die Stärkung „femininer“ Praktiken und Kooperation im politischen Alltag und fokussiert das Alltagsleben, zwischenmenschliche Beziehungen, die Rolle der Gemeinschaft und der Gemeingüter. Dies kann auch kritisch gesehen werden, da das „Weibliche“ an sich ein Produkt des Patriarchats ist. Dennoch ist der Ansatz sinnvoll, da erstens der Dominanz „maskuliner“ Codes und Verhaltensweisen sowie der gleichzeitigen Abwertung von „weiblichen*“ in der politischen Sphäre entgegengewirkt wird. Und zweitens weil dadurch Veränderungen auf dem Mikro-Level („das Private ist politisch“) eine stärkere Gewichtung erhalten gegenüber hochtrabenden Masterplänen und abstrakten Ideen. Drittens beeinflussen Kooperation und die Einbeziehung von vorgeschlagenen Ideen und Interessen das Leben von einzelnen Menschen langfristig positiv – ein Effekt, der über den „unmittelbaren“ Erfolg linker Politiken hinausgeht.

»Barcelona en Comú« hat sich diese Ideale auf die Fahnen geschrieben. Sie wollen eine neue Art von Stadtpolitik betreiben und eine Partei sein, welche Bewegung bleibt und die Stadtbevölkerung systematisch in die politischen Gestaltungsprozesse einbindet. Sie knüpfen an Praktiken und Forderungen der Bewegung der Indignados (der Empörten) nach der Finanzkrise 2011 an. Zum Ende des



„FEMINIZATION OF POLITICS“ ZIELT AUF DIE STÄRKUNG „FEMININER“ PRAKTIKEN UND KOOPERATION IM ALLTAG

Protestzyklus der Platzbesetzungen präsentierten die Initiator*innen von »Barcelona en Comú« 2014 ihren Plan, eine munizipalistische Plattform zu gründen. Ziel war es, gemeinsam die Kommunalwahlen zu gewinnen. Innerhalb kurzer Zeit wurde in mehrstufigen Beteiligungs- und Crowdsourcing-Prozessen ein ethischer Kodex, die gemeinsamen Strukturen und das Parteiprogramm offen und kollektiv entwickelt. »Barcelona en Comú« baut auf starke soziale Bewegungen auf. Verschiedene Initiativen und Klein-Parteien wurden Teil der Plattform. Auf nationaler Ebene unterstützte die frisch gegründete links-populistische Partei »Podemos« die munizipalistischen Plattformen bei den Kommunalwahlen und verzichtete auf eigene Kandidaturen. Zeitgleich entstanden in vielen spanischen Städten weitere munizipalistische Plattformen, welche ebenfalls 2015 die Stadtregierung übernahmen.

2017 organisierte »Barcelona en Comú« den internationalen munizipalistischen Kongress »Fearless Cities«, der seitdem in anderen Städten Europas und Nord- und Südamerikas fortgeführt wird. Die Bewegungen der verschiedenen Regionen wachsen dadurch zusammen, werden sichtbar und stärker. Dabei sind die Strategien so divers wie die Städte. Bekannte munizipalistische Organisationen sind etwa die Plattform »Ciudad Futura in Rosario« (Argentinien), welche als Partei und gleichzeitig als außerparteiische Bewegung agiert, die »Cooperation Jackson« (Mississippi, USA), das Wahl-Bündnis »Grenoble, Une Ville pour Tous« (Frankreich), oder das Bündnis linker Parteien, das Amsterdam regiert. Und in Rojava, der kurdischen Autonomieregion in Nordsyrien, wird ein neues politisches System erprobt, das auf der Theorie des libertären Munizipalismus (Kommunalismus) von Murray Bookchin aufbaut.

Was nach der nächsten Kommunalwahl in Barcelona passiert und ob Colau weiter Bürgermeisterin bleibt, wird sich zeigen. Groß sind die Ansprüche, zahlreich die Gegenkandidaturen und klein die Gestaltungsspielräume in einer kommunalen Minderheitsregierung. Zumindest Teile der Bevölkerung sind ernüchtert. Nicht abschließend bewertet werden kann zudem, inwieweit eine Demokratisierung innerhalb des Bündnisses tatsächlich als gelungen bezeichnet werden kann. Kritisiert wird auch, dass die regierenden aktivistischen Plattformen zu viele Leute aus den Bewegungen abziehen und damit die außerparlamentarische Gegenmacht schwächen.

Dennoch bildet der neue Munizipalismus eine hoffnungsvolle Alternative zu nationalen und internationalen Politiken der Abschottung und Austerität. Seine Agenda bleibt aktuell. Auch hierzulande bestehen Ansätze einer munizipalistischen Politik. Vielerorts wächst die Recht auf Stadt-Bewegung und professionalisiert sich. Berlin ist ein gutes Beispiel. Ein rot-rot-grünes Bündnis regiert und arbeitet regelmäßig direkt mit Initiativen zusammen. In Berlin bekannte Politiker*innen betreiben eine munizipalistische Politik. Der Senat kooperiert auf europäischer Ebene mit Ada Colaus Regierung, etwa im Städte-Netzwerk »Solidarity Cities« oder der Initiative »Cities for Housing«. (Re-)Kommunalisierung, Beteiligung und inzwischen auch Enteignungen stehen – nach dem Start der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« – auf der Agenda. Doch es fehlt das Herz des neuen Munizipalismus: eine starke Plattform der Initiativen – vielleicht ist das ein Thema für das nächste »Recht auf Stadt Forum«.

▸ **Autor:** Kuno Zscharnack engagiert sich im »forum urban research and intervention (furi)« und der Initiative »RAW.Kulturensemble«. Darüber hinaus ist er am Aufbau einer Schnittstelle von Initiativen und Verwaltung im Berliner Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg beteiligt. ▸ **Website:** www.furi.berlin

DIE EUROPEAN ACTION COALITION

Lokaler Widerstand – europäisch organisiert. Ein Bericht vom »Hands off Action Camp« 2018 in Lissabon



Aktivist*innen aus Lissabon und von der »European Action Coalition« verhindern gemeinsam eine Zwangsräumung am Stadtrand von Lissabon

In den frühen Morgenstunden des 26. Septembers 2018 spielt sich eine bemerkenswerte Szene am Stadtrand von Lissabon ab. Im ersten Stock eines Wohnblocks können aufgeregte Stimmen vernommen werden: „Do you have something to block the entrance?", „Is there a backdoor?" und „We should stop the elevators!" Wenig später versammelt sich eine Gruppe von rund 25 Aktivist*innen vor der Haustür, ein Frühstückstisch wird aufgebaut und ein Plenum einberufen.

An diesem Morgen sollen dort Rita und ihre zwei Kinder zwangsgeräumt werden. Sie haben die Wohnung besetzt, da mit 580 Euro Monatslohn keine Wohnung in Lissabon erschwinglich ist. Im Haus stehen die meisten Wohnungen leer, doch als die Behörden Wind von der Aneignung der Wohnung bekommt, soll die Familie auf die Straße gesetzt werden. Da trifft es sich gut, dass die lokale Gruppe »Stop Despejos« (Stopp Zwangsräumungen) beim Verhindern der Räumung auf die Unterstützung von Blockade-Expert*innen aus über zehn europäischen Ländern zählen kann. Als weder Polizei noch Gerichtsvollzieher*in auftauchen, wird kurzerhand ein Workshop improvisiert und die Aktivist*innen teilen ihre Erfahrungen mit Blockaden von Zwangsräumungen in den jeweiligen Städten und Ländern.

An diesem Morgen wird nicht geräumt und auch der Termin zwei Tage später kann trotz Polizei verhindert werden. Am 15. Oktober 2018 wird die Familie dann doch auf die Straße gesetzt. Die junge Mutter Rita ist wütend: „Es gibt viele Familien in der gleichen Situation. Wir wollen Lösungen!"

Solidarität kennt keine Städte- oder Ländergrenzen

Die Aktivist*innen nahmen am »Hands off Action Camp« teil, das vom 21.–25. September 2018, in Lissabon stattfand. Rund 150 Aktivist*innen aus rund 30 Städten und mehr als 20 Ländern kamen nach Lissabon. Das Camp ist ein um Workshops, Ausflüge und Aktionen erweitertes Treffen der »European Action Coalition for the Right to Housing and to the City«.

Dieser etwas sperrige Name bezeichnet einen Zusammenschluss von Gruppen, die sich gegen Zwangsräumungen und für ein Recht auf Stadt einsetzen. Von der »PAH« (Plataforma de Afectados por la Hipoteca – Plattform gegen Zwangsversteigerungen und -räumungen) mit hunderten von Ortsgruppen in ganz Spanien bis zur Berliner Gruppe »Zwangsräumung Verhindern« mit einigen Dutzend Aktiven sind Gruppen unterschiedlicher Größe und Organisationsformen Mitglied der Coalition.

Die jeweiligen Gruppen arbeiten mit Menschen zusammen, die von Zwangsräumung, Verdrängung oder anderen Zumutungen kapitalistischer Wohnungsmärkte betroffen sind. Mit einem breiten Spektrum an politischen Aktionen sollen die Räumungen gemeinsam mit den Betroffenen verhindert werden. Wenn sich keine andere Lösung findet und Eigentümer*innen auf die Räumung bestehen, werden Blockaden am Räu-

EUROPEAN ACTION COALITION
FOR THE RIGHT TO HOUSING AND TO THE CITY

advice
support
DIRECT ACTION
STOP EVICTIONS!!
Reappropriate
Repurpose
Repair
CENTRO SOCIALE
ALLES FÜR ALLE
UN TOIT C'EST UN DROIT

1 Living Rent
SCOTLAND
2 Irish Housing Network
IRELAND
3 Housing Action Now
DUBLIN, IRELAND
4 Radical Housing Network
5 Just Space
LONDON, ENGLAND
6 AITEC
PARIS, FRANCE
7 Droit Au Logement
8 HALEM
FRANCE
9 HABITA!
LISBON, PORTUGAL
10 PAH
SPAIN
11 Ort Till Ort
STOCKHOLM, SWEDEN
12 Habitat et Participation
LOUVAIN-LA-NEUVE, BELGIUM
13 Bond Precaire Woonvormen
NETHERLANDS
14 A City For All
FRANKFURT, GERMANY
15 Abitanti San Siro
MILAN, ITALY
16 Rete Diritti In Casa
PARMA, ITALY
17 Unione Inquilini
ITALY
18 Solidarity Neukölln
19 Stop Evictions
BERLIN, GERMANY
20 Wielkopolskie Tenants Association
POZNAŃ, POLAND
21 Wake Up Houses
OSTRAVA, CZECH REPUBLIC
22 A Város Mindenkié
BUDAPEST, HUNGARY
23 Pravo Na Grad
ZAGREB, CROATIA
24 Who Builds The City?
25 Don't Let Belgrade D[r]own
BELGRADE, SERBIA
26 Stop Auctions Athens
ATHENS, GREECE
27 Social Housing Now
CLUJ, ROMANIA
28 Common Front For Housing Rights
ROMANIA
29 Movement Against Foreclosures
CYPRUS
30 Urban Reactor
TBILISI, GEORGIA

Karte und Illustrationen: Daniel Ellen


Die Räumungsverhinderung wird abgestimmt

mungstag organisiert, um Polizei und Gerichtsvollzieher*innen am Betreten der Wohnung zu hindern.

Wenn sich Aktivist*innen der Coalition austauschen, wird deutlich, dass trotz der teilweise lokal sehr unterschiedlichen Kontexte, viele Probleme verblüffend ähnlich sind. Auch bei der Ursachenforschung sind sich alle schnell einig. Die Städte werden nach Verwertungsinteressen gestaltet und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, die in ihnen wohnen. Der Zugang zu angemessenem, bezahlbarem Wohnraum ist überall in Europa schwierig geworden. Stattdessen werden Menschen aus ihrem Wohnumfeld verdrängt, verarmen wegen der hohen Miete oder landen im schlimmsten Fall auf der Straße. Die Ware Wohnraum kann derzeit überall in Europa mit hohen Profiten verwertet werden und ist dementsprechend umkämpft. Mit der »European Action Coalition« sollen die vielen lokalen Kämpfe gestärkt und eine transnationale Opposition zur europäischen Wohnungskrise aufgebaut werden.

Die »European Action Coalition«

Die Coalition wurde im Jahr 2013 gegründet und seit 2016 treffen sich Delegierte der jeweiligen Mitgliedergruppen zweimal im Jahr, um sich auszutauschen und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen. Die Treffen werden von der jeweiligen lokalen Gruppe vorbereitet und organisiert. Die Kosten für Anreise, Unterkunft und Essen der Teilnehmenden übernimmt die Coalition. In Lissabon wurde das Treffen erstmals geöffnet und zu einem stadtpolitischen Camp erweitert.

Zusätzlich zu den Treffen gibt es Arbeitsgruppen, in denen auch zwischen den Treffen intensiv gearbeitet wird. Derzeit gibt es fünf AGn zu den Themen: Skills, Exchange, Research, Mobilisation und Communication. Die Exchange-AG beispielsweise ermöglicht, dass zwei Gruppen sich gegenseitig besuchen und so in einen intensiveren Austausch treten können. Die Skills-AG hat Anfang 2019 das »European Action Booklet« veröffentlicht, einen Katalog mit Aktionsformen. Wer sich von den Ideen inspirieren lassen möchte, kann das Booklet auf der Website der Coalition herunterladen.

Derzeit arbeitet die Coalition an der Kampagne »Hands off our Homes«, die sich gegen die Finanzialisierung des Wohnungsmarktes richtet. Auf der Suche nach dividendenstarken Anlagemöglichkeiten fließt aktuell viel Kapital in die

Immobilienmärkte und integriert es in Spekulation und Handel auf den internationalen Finanzmärkten.

Das »Hands off Action Camp«

Während der fünf Tage in Lissabon fanden viele Veranstaltungen statt, zum Beispiel zu „Tenants Unions across Europe", Diskussionen zu „Housing Policies in Europe" oder Zusammenschlüsse stellten sich vor, wie »SET – Southern european Cities against Mass Tourism«.

Zum Kennenlernen der lokalen Kämpfe wurden einige Ausflüge in widerständige Nachbarschaften Lissabons organisiert. Besonders in Erinnerung geblieben ist der Besuch des »Barrio 6 de maio«. Die Häuser der mehrheitlich Schwarzen Bewohner*innen wurden über die Jahre nach und nach zerstört. Heute sind nur noch eine handvoll Häuser übrig geblieben. Zwischen den wenigen noch stehenden Häusern laufen die Aktivist*innen über geflieste Böden, die mal zu einer Wohnung gehört haben müssen. Die verbliebenen Bewohner*innen wehren sich und kämpfen für Entschädigung oder Ersatzwohnungen.

Einen frühen Höhepunkt fand das Action Camp in einer großen stadtpolitischen Demonstration. Die über 3.000 Menschen aus Lissabon wurden von einem Block der »European Action Coalition« unterstützt. Eine beeindruckend kämpferische, unterhaltsame und musikalische Protestkultur ließ keine Langeweile während des mehrstündigen Demomarathons aufkommen. Die mieten- und stadtpolitische Bewegung in Lissabon wird auffällig stark durch women of colour getragen, die mit eindrücklicher Energie ihrer Wut während der Demonstration Ausdruck verliehen. Der Tag endete mit Konzerten, Party und vielen müden Aktivist*innen.

Etwas ruhiger verliefen die letzten beiden Tage, die für interne Plena der Coalition reserviert waren. Hier wurde die



Die Demonstration im Stadtzentrum von Lissabon

DIE STADTPOLITISCHE BEWEGUNG IN LISSABON WIRD AUFFÄLLIG STARK DURCH WOMEN OF COLOUR GETRAGEN, DIE MIT EINDRÜCKLICHER ENERGIE IHRER WUT WÄHREND DER DEMONSTRATION AUSDRUCK VERLIEHEN

vergangene Arbeit evaluiert, Budgetfragen besprochen und zukünftige Vorhaben ausgetüftelt.

Wenig überraschend sind die Interessen und Vorstellungen von so vielen Gruppen und Einzelpersonen nicht immer ohne weiteres unter einen Hut zu kriegen. Doch auch wenn nicht alle Fragen abschließend geklärt wurden, sind die Gruppen wieder ein gutes Stück näher zusammengewachsen.

Eine für alle angenehme Redekultur wurde mühsam erarbeitet, besonders im Hinblick auf die Sprachenvielfalt. Viel Dank gebührt hier den vielen Übersetzer*innen und dem Kollektiv »[bla...]«, welche es allen Teilnehmenden ermöglichte, sich in ihrer bevorzugten Sprache auszudrücken. Neben all der Diskussion kamen auch die informellen Teile des Programms nicht zu kurz, neue Freundschaften konnten geschlossen und alte intensiviert werden.

Solidarisch in Lissabon und überall

Der Zauber, den so eine internationale Zusammenarbeit entfalten kann, war am Morgen nach dem Action Camp besonders zu spüren, als sich Aktivist*innen nach wenigen Stunden Schlaf aus ihren Betten quälten, um noch vor Sonnenaufgang gemeinsam zur Blockade zu fahren. Die Zwangsräumung wurde verhindert und viele gute Ideen für die nächste Blockade in der eigenen Stadt waren im Gepäck.

Ob gemeinsame zukünftige Aktionen eher dezentral oder gebündelt an einem Ort stattfinden sollten, was nächste Projekte für die Coalition sein können und wie die lokalen Gruppen besser von der internationalen Vernetzung profitieren können, sind Fragen, die mit zum nächsten Treffen genommen werden. Es wird im Juni 2019 in Berlin stattfinden.

Die Ansätze der Gruppen können sehr unterschiedlich sein. Die einen gründen Mieter*innengewerkschaften, die anderen versuchen Parlamente von unten zu übernehmen und weitere sind bemüht, die Öffentlichkeit für diese Probleme zu sensibilisieren. So unterschiedlich sie auch sind, jeder lokale Kampf ist ein Kampf von allen Mitgliedern der Coalition. Geteilt werden nicht nur die Kritik an der kapitalistischen Stadt, sondern auch die Vorstellungen, wie Alternativen dazu aussehen könnten. Es macht Mut zu wissen, dass wir so viele Kompliz*innen da draußen haben.

▶ **Autor:** Felix, aktiv im Berliner Bündnis »Zwangsräumung Verhindern« und in der »European Action Coalition«
▶ **Website** der Coalition: www.housingnotprofit.org/en



Das »Barrio 6 de maio« in Lissabon. Die Häuser wurden nach und nach zerstört. Was heute aussieht, wie eine Brachfläche, war einmal eine lebendige Nachbarschaft



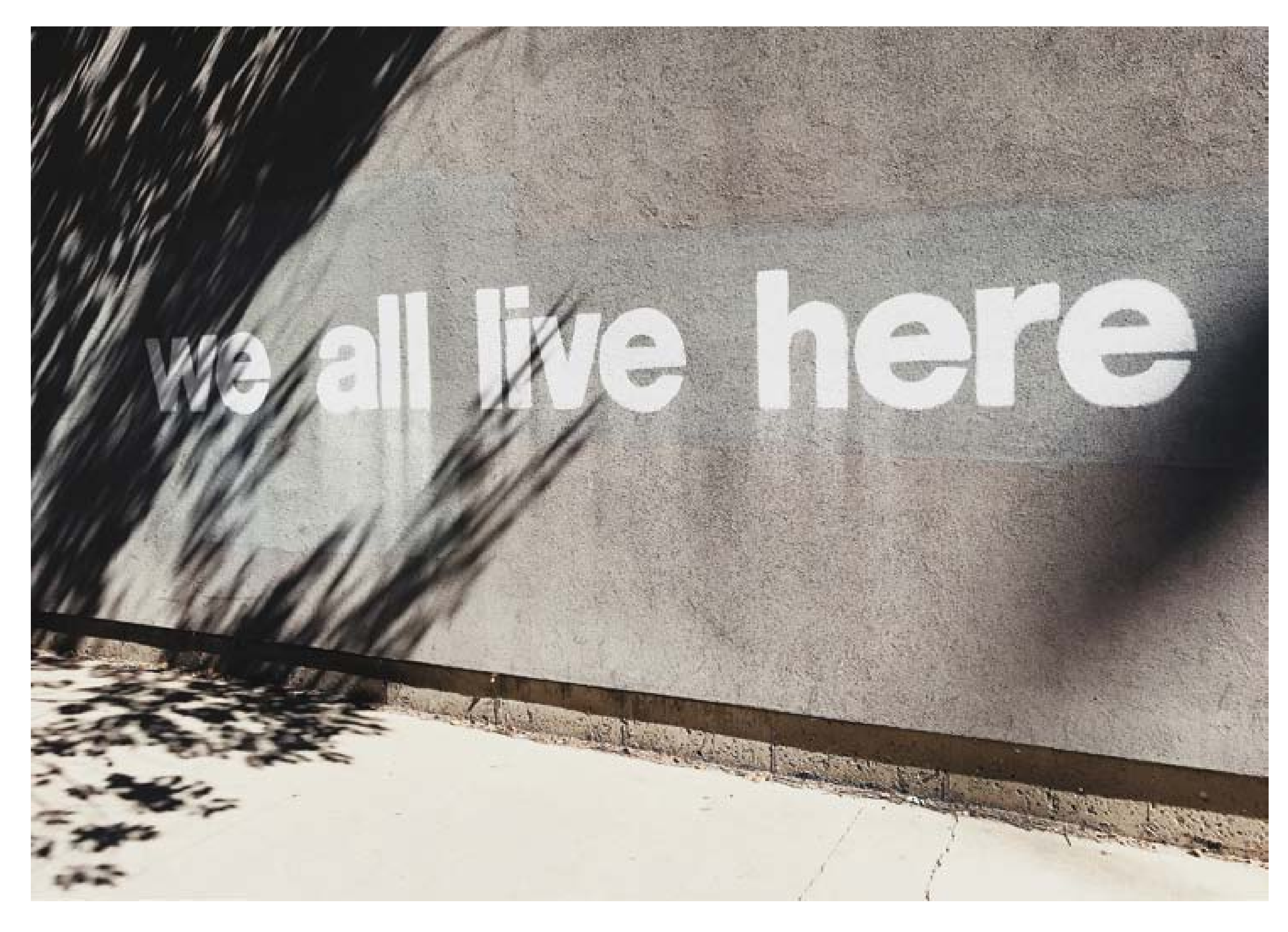
Eine Bewohnerin erzählt Aktivist*innen der Coalition die Gechichte der Nachbarschaft

AUFSTAND DER STÄDTE GEGEN TRUMP

Von Urban Citizenship und Sanctuary Cities

Ende 2018 schickte Donald Trump tausende gut ausgebildete Berufssoldat*innen an die amerikanisch-mexikanische Grenze, um diese militärisch gegen einen Treck von Migrant*innen aus Mittel- und Südamerika zu verteidigen. Er erntete damit große mediale Aufmerksamkeit und durfte sich in den konservativen Medien als starken Mann feiern lassen. In der Tat vermittelt die Trump-Administration eine harte Linie gegen „illegale Einwanderung". Neben der militärischen Aufrüstung der Grenze, setzt sie im Inneren auf ein dichtes Kontroll- und Abschiebenetzwerk und erweiterte Kompetenzen der Migrationspolizei (ICE). Unter der Hardliner-Oberfläche verbirgt sich allerdings ein weit komplexeres Bild: In den USA leben und arbeiten über elf Millionen „Illegale" (das entspricht fast vier Prozent der Bevölkerung), auf die der amerikanische Arbeitsmarkt auch angewiesen ist. Dazu kommt, dass viele der „Illegalen" Kinder und Familienangehörige haben, die über einen legalen Aufenthaltsstatus verfügen. Besonders in den Großstädten gehören „Illegale" völlig selbstverständlich dazu. Sie arbeiten als Bauarbeiter*innen, Köch*innen, Kellner*innen, Reinigungskräfte oder Krankenpflegepersonal. Manche Einwohner*innen in den USA haben einen Pass – andere nicht.

Das Leben von Menschen, die quasi permanent eine Abschiebung fürchten müssen, gestaltet sich schwierig. Jeder Kontakt mit öffentlichen Behörden kann dazu führen, dass der illegale Status entdeckt wird und die Abschiebeapparate aktiv werden. Schlussendlich kann jeder Arztbesuch oder die Anmeldung des Kinds im Kindergarten gefährlich werden. Durch das Meiden von Behörden werden die Menschen zusätzlich entrechtet und weiterer Ausbeutung ausgeliefert, zum Beispiel weil der Lohn nur schwerlich eingefordert werden kann, ohne sich selbst, die Familie oder den Arbeitsplatz zu gefährden. Das Zusammenleben mit




EVERYONE IS
WELCOME

Menschen, die ständig von Abschiebungen bedroht sind, gestaltet sich ebenso schwierig. Eine illegalisierte Person würde zum Beispiel als Zeuge vor Gericht nicht infrage kommen, würde vielleicht auch nicht unbedingt Erste Hilfe bei einem Unfall leisten, Blut spenden oder am Betriebsausflug teilnehmen.

Die Millionenstadt San Francisco reagierte in den 1980er Jahren als erste Stadt in den USA auf diese Situation und führte eine stadtweite „Schutzzone", eine sogenannte „Sanctuary-Policy" ein. Bürgerschaftliches Engagement, Kirchenasyl und gezielte Lobbyarbeit bei lokalen Politiker*innen führten zu einer richtungsweisenden Entscheidung: Der Stadtrat ordnete 1989 an, dass keine städtischen Mittel für Migrationsstatuskontrollen aufgewendet werden dürfen und begann damit aktiv die lokale Bevölkerung vor Abschiebungen zu schützen. Dem Beispiel sind seitdem zahlreiche Städte gefolgt. Heute gibt es schätzungsweise 560 Sanctuary-Distrikte in den USA. In den Regionen, wo illegalisierte Menschen einen hohen Anteil der Bevölkerung ausmachen, wurden besonders häufig Sanctuary-Policies eingeführt. Diese Schutzgesetze können zwar von Ort zu Ort variieren, im Kern limitieren sie aber immer die Zusammenarbeit mit der Grenz- und Nationalpolizei und ermöglichen eine bessere Versorgung der migrantischen Einwohner*innen: Neben der Erschwerung von Abschiebungen zielen diese Politiken auch auf eine Öffnung lokaler Institutionen für Menschen ohne Papiere. So gibt es Städte, Kreise und Staaten, in denen Schulbesuch, Bibliotheksausweise, Sprachkurse, aber auch Bankkonten ohne Papiere zu haben sind. Innerhalb der Sanctuary Cities soll der Aufenthaltsstatus möglichst keine Rolle spielen, denn Ausschluss wird in diesen Städten als Problem gewertet, nicht als Lösung. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Lokalbehörden stärke die öffentliche Sicherheit, meint zum Beispiel der Bürgermeister von Lawrence, einer Kleinstadt bei Boston. In der Tat beweisen Studien, dass Sanctuary Cities im Schnitt sicherer sind und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen verzeichnen als Gemeinden, die keine derartigen Schutzpolitiken implementiert haben.

New York und viele andere Städte haben diese Gesetze eingeführt, um ihrer kommunalen Aufgabe der Sicherung alltäglicher Grundversorgung überhaupt nachkommen zu können. Hinter den Politiken steckt also nicht primär ein Gnadenakt, sondern eine gewisse Pragmatik, die der Tatsache von Migration und einer Verwaltungslogik geschuldet ist. Die Kommunalpolitik, als Organisatorin von Alltagsbedürfnissen, funktioniert mit einer anderen Rationalität als nationale Politik, die einen Fokus auf Grenzsicherung und territoriale Kontrolle hat. Daraus erwachsen zwei verschiedene Definitionen von Bevölkerung. Neben dem nationalen Modell der Staatsbürgerschaft, das Migration zwar einkalkuliert, aber streng kontrolliert (De-jure-Bevölkerung), entsteht ein anderes Modell: In Sanctuary Cities gilt als Teil der Bevölkerung, wer irgendwie beweisen kann, dass er*/sie* tatsächlich in der Stadt wohnt (De-facto-Bevölkerung). Name und Adresse auf einer Strom- oder Telefonrechnung genügen als Nachweis, um an städtischen Programmen teilzunehmen. In manchen Städten



AUSSCHLUSS WIRD IN DEN SANCTUARY CITIES ALS PROBLEM GEWERTET, NICHT ALS LÖSUNG

wird sogar eine City-ID, also ein Städteausweis ausgestellt, der innerhalb des Verwaltungskreises als legitimes Ausweisdokument akzeptiert wird. Bei einer Kontoeröffnung beispielsweise kann das Dokument anstelle eines Personalausweises genutzt werden. In New York oder New Haven haben bereits tausende Menschen von dem Angebot Gebrauch gemacht. Viele Menschen sind auf die City-ID angewiesen, da sie aus verschiedenen Gründen keine oder nur prekäre Papiere besitzen.

„Urban Citizenship" wird das Konzept genannt, bei dem Städte Alternativen zur Staatsbürgerschaft herstellen, die sich vor allem an der De-facto-Einwohnerschaft orientieren. Das Manko dieser Bürgerschaft ist, dass sie nicht verrechtlicht ist und mehr eine Hilfskonstruktion als ein einklagbares Recht darstellt. Trotzdem ergibt sich daraus die interessante Idee einer alternativen Form von Mitgliedschaft, die flexibler auf Migration reagieren und Versorgung schneller gewährleisten kann. Verfechter*innen dieses Konzepts sehen darin eine mögliche zukunftsträchtige Alternative zum territorialen Nationalstaat, die eine „Stadt für alle" ermöglicht. Wer in einer Stadt dazugehört, wird dann nicht „von oben" entschieden, sondern im Alltäglichen hergestellt und ausgehandelt.

Diese Widerständigkeit der Städte wurde in den USA lange als politisch liberales Lokalkolorit toleriert. Als Donald Trump im Januar 2017 jedoch seine Präsidentschaft antrat, kündigte er an, Sanctuary Cities zu verbieten. Alle Versuche sind aber bisher gescheitert, weil Kommunalpolitik in den USA qua Verfassung Aufgaben „erfinden" darf, die der Erfüllung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zuträglich sind. Die zunehmend restriktiven Migrationsgesetze und die Angriffe auf Sanctuary Cities aus der konservativen Regierung heraus haben auch keine einschüchternde Wirkung entwickelt, sondern sogar dem Konzept einen internationalen Bekanntheitsgrad beschert: Statt einer Eindämmung der Sanctuary Cities hat es in den letzten zwei Jahren einen signifikanten Zuwachs in den USA gegeben (von 200 auf fast 400 Städte, plus 7 Staaten) – aber auch über den amerikanischen Kontext hinaus: Die Idee wird mittlerweile auch in Kanada, Chile, Italien, Großbritannien, Spanien, der Schweiz und Deutschland für Kommunalregierungen diskutiert und teils auch schon umgesetzt. Riace in Kalabrien, Sheffield, Toronto, Bern oder Barcelona sind nur einige Beispiele hierfür. Viele Bündnisse und Initiativen haben sich der Idee der Sanctuary Cities zugewandt und kämpfen lokal für solidarische Stadtmodelle. Gerade weil das Konzept so pragmatisch ist, erscheint es attraktiv und anschlussfähig. Gerade weil Migration zwar national geregelt wird, aber vor allem lokale Auswirkungen hat, bietet sich der kommunale Rahmen als Aktionsraum, als Erfahrungsraum von Widersprüchen, durchaus an. So können kommunale Zusammenhänge auch innerhalb restriktiver Regime Widerständigkeit entwickeln und alternative Politik gestalten.

▸ **Autorin:** Janika Kuge ist akademische Mitarbeiterin an der Humangeographie der Uni Freiburg und im »Netzwerk Solidarity Cities« aktiv ▸ **E-Mail:** janika.kuge@geographie.uni-freiburg.de ▸ **Literatur:** Schillinger, S. (2018): Urban Citizenship, in: Aigner, H. und Kumnig, S. (Hgg.), Stadt für alle! Analysen und Aneignungen. Wien: Mandelbaum.

SOLIDARISCHE STÄDTE - ÜBERALL!

Stand und Perspektiven des Solidarity-City Netzwerks



In den letzten zwei Jahren haben sich in Deutschland und der Schweiz eine Reihe von Initiativen für eine Solidarische Stadt gegründet – derzeit in 18 Städten und in einem Landkreis. Am Anfang stand die Idee, den gesellschaftlichen Öffnungsprozess des Jahres 2015 (eine Millionen Newcomer, fünf Millionen Flüchtlingshelfer*innen) in den Städten konkret zu verankern und gegen die drohende rassistische Implosion zu verteidigen.

Als Modell bezogen wir uns auf die Sanctuary Cities in den USA, die sich in den letzten Jahren als Orte des Widerstands gegen die Abschiebepolitik der US-Regierung profiliert haben. Besonders aber haben uns die Erfahrungen in Toronto inspiriert, denn dort wurden von Basisgruppen – insbesondere »No One Is Illegal« – radikale Forderungen formuliert, die sich nicht nur auf den Schutz der illegalisierten Migrant*innen vor Abschiebung bezogen, sondern zugleich auf Wohnen, Bildung, Gesundheit und Schutz vor Ausbeutung auf den illegalen Arbeitsmärkten.

Die Attraktivität des Konzepts liegt sicherlich darin, dass es für Refugees, für Arme, für Menschen aus den Communities, für Aktivist*innen, Menschen aus der Willkommenskultur und aus anderen Initiativen bishin zur Kommunalpolitik ein arbeitsteiliges, aber doch gemeinsames Konzept sowie Diskussionsprozesse über die je persönlichen und politischen Grenzen hinweg geben könnte.

Es gibt unterschiedliche Ansätze von Solidarity City, die sich in manchen Punkten überschneiden: Einerseits das offizielle Netzwerk europäischer Städte (solidaritycities.eu) und andererseits das Bottom-up-Netzwerk (solidarity-city.eu). Das offizielle Netzwerk ist sicherlich interessant soweit es mit dem spanischen Munizipalismus verknüpft ist – ein gutes Beispiel dafür ist Barcelona. Dieses Netzwerk könnte als Netzwerk von Zufluchtsstädten im Zusammenhang mit der Relocation noch an Bedeutung gewinnen. Aber auf den zunehmend großen Bereich von illegalisierter Migration bezieht man sich in diesem Netzwerk nicht (von wenigen bedeutenden Ausnahmen, wie Palermo und eben Barcelona, abgesehen).

Wie könnte eine Solidarity City aussehen?

Alle Menschen, die in einer Stadt wohnen, sollen gleichberechtigt leben und partizipieren können, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. Die drei Säulen der Solidarity Cities sind deshalb: 1. No Deportations, 2. Keine rassistischen Personenkontrollen, keine Fragen nach dem Aufenthaltsstatus („Don't Ask Don't Tell") und 3. „Access without Fear": Teilnahme am städtischen Leben und Nutzung der städtischen Einrichtungen ohne Angst vor polizeilichen Übergriffen.

Die Möglichkeiten der Städte sind durch nationales und europäisches Recht stark eingeschränkt. Das Recht oder seine Auslegung kann geändert werden – aber wir brauchen ein Sofortprogramm gegen Ausgrenzung und gegen die Abschiebungen. Ob die Polizei in einer Stadt rassistische Kontrollen durchführt oder lieber den Verkehr regelt, ob Abschiebungen mit allen Mitteln durchgesetzt werden oder ob die Polizei geschützte Bereiche respektiert, ob das städtische Leben durch Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen geprägt ist oder durch Offenheit und Respekt – das ist nicht allein eine Frage der Gesetze, sondern eine des Umgangs miteinander und des öffentlichen Klimas. Nicht zuletzt ist hier auch die Frage entscheidend, ob es Menschen gibt, die den Schutz für Refugees konkret organisieren.

NICHT ZULETZT IST HIER AUCH DIE FRAGE ENTSCHEIDEND, OB ES MENSCHEN GIBT, DIE DEN SCHUTZ FÜR REFUGEES KONKRET ORGANISIEREN

Inzwischen gab es eine Reihe von überregionalen Treffen des »Netzwerks Solidarity City«. In den Diskussionen wurde schnell deutlich, dass es neben den klassischen oben genannten „Säulen" auch um die Frage von sozialen Grundrechten gehen muss: Wohnraum, medizinische Versorgung, Bildung und „faire" Löhne – genau das war es ja, was uns das „Modell Toronto" so interessant erscheinen ließ. Dies sind auch die Bereiche, in denen sich gemeinsame Kämpfe von Geflüchteten und städtischen Armutsschichten entfalten könnten. Im Frühling 2018 wurden sie in einer Diskussionsvorlage als „Umkämpfte Raume" thematisiert.

Ich möchte ich an einigen Beispielen konkretisieren, was hier vielleicht möglich wäre.

Bürger*innen-Asyl: Es gibt in einigen Städten Gruppen, die versuchen, ein Bürger*innen-Asyl zu initiieren – teils auf der Ebene offensiver Selbsterklärungen („Wir gewähren Bürgerasyl"), teils durch konkrete Vermittlung von Soli-Zimmern. Die meisten Illegalisierten finden indes Unterschlupf in ihren Communities. Die meisten leeren Zimmer gibt es bei älteren und oft alleinstehenden Personen mit großen Wohnungen. Manche von ihnen waren in den Willkommens-Initiativen aktiv. Wenn es uns gelänge in diesen Personenkreis hinein zu kommunizieren und Ängste abzubauen, würden sich viele Möglichkeiten eröffnen.

Wohnen: Hier gibt es gelebte Utopien wie das »Bellevue de Monaco« in München, das Rasthaus in Freiburg oder das »OM10« in Göttingen. Andernorts wurde diskutiert, eine leerstehende Schule oder ein Hotel zu besetzen und dort Übernachtungsmöglichkeiten, eine Vokü, Werkstätten und Ateliers, Wohnräume für Azubis und für Studierende und ein soziales Zentrum zu schaffen. Mit Duldung der Stadt könnten Refugees mit Hilfe örtlicher Handwerksbetriebe eine Ausbildungsduldung bekommen und das Gebäude selbst instandsetzen. Andererseits ist Wohnungsbau eine kommunale Aufgabe. Gerade in diesem Bereich könnten Initiativen in der Kommunalpolitik sinnvoll sein. In den großen Städten ist Wohnen ohnehin das große Thema, das Arme, Studierende, Refugees und Illegalisierte gleichermaßen betrifft. Und es gibt schon beachtlich viele Initiativen.

Gesundheit: Neben den Medibüros und der „Migrantenmedizin" der Caritas spielt in diesem Bereich der „anonyme Krankenschein" eine Rolle. Zwar wird dieser in Hannover und Göttingen gerade wieder eingestampft, dafür wurde er in Berlin neu beschlossen – ein Erfolg des Berliner Solidarity-City-Bündnisses. Wenn die Behandlung wirklich anonym ist und nicht als Medizin dritter Klasse durchgeführt wird, könnte dieses Modell zu einem guten Standard werden.

Bildung: Die Einschulung im Grundschulalter ist in den meisten Städten problemlos möglich, erst in der Sekundarstufe fangen die Probleme für Kinder und Jugendliche an. Abschiebungen aus dem Unterricht heraus könnten häufiger werden. Denkbar ist, dass sich einige Sekundarschulen zu Solidarity-Schools erklären und dass Unis ihre Gasthörer*innen aktiv verteidigen.

Arbeit: Vielleicht ist dies das schwierigste Thema, denn hier kommt es zur Auseinandersetzung mit teils paternalistischen teils auch mafiösen Strukturen. Die meisten illegalen Beschäftigungen gibt es nicht in der Gastronomie oder auf dem Bau, sondern im Haushalts- und Care-Sektor und im Handwerk – Bereiche, in denen die Vermittlung ohnehin oft informell und auf Empfehlung stattfindet. Denkbar wären informelle Job-Börsen, in denen sich potentielle Arbeitgeber*innen auf Zahlung eines Mindestlohns und auf Standards bezüglich Arbeitszeit, Urlaub, Zahlung im Krankheitsfall verpflichten würden. Beschwerdestellen für Geschädigte wären denkbar, wobei auch gewerkschaftliche Beratungsstellen einbezogen werden könnten.

City ID-Card: Solche Ausweispapiere sind in den US-amerikanischen Sanctuary Cities bereits Standard – besonders bekannt ist das Beispiel New York. Hierzulande geht es eher darum, derartige Karten durch die Hintertür einzuführen – zuerst vielleicht für Vergünstigungen im Kulturbereich, dann für städtische Serviceleistungen und für den ÖPNV, um schließlich zu erreichen, dass auch die Polizei diese Karte anerkennt. Auch die Städte selbst haben davon Vorteile. Ein solches Projekt ist in Bern am weitesten entwickelt, aber es gibt solche Initiativen auch in Freiburg (als Petition) und in Hamburg.

Das Netzwerk Solidarity City steht also vor wichtigen Herausforderungen Wir brauchen die Kontakte zur Kommunalpolitik, wir brauchen Sympathie und Multikulti, aber wir dürfen uns von unserer großen Vision nicht abbringen lassen. Die Verankerung im Kommunalen ist wichtig, aber eine Öffnung der Städte ist nur in europaweiten Netzwerken denkbar und nur unter dem Druck Sozialer Bewegungen. Die antirassistische Parade »Welcome United« und die »#unteilbar«-Demonstrationen weisen in die richtige Richtung. Wir brauchen Fähren über das Mittelmeer, sichere Häfen, Migrationskorridore durch Europa und Infozentren, sichere Räume und Solidarische Städte. Vielleicht wäre ein Netz von Willkommenszentren mit Informations- und Übernachtungsmöglichkeiten in den Solidarischen Städten denkbar – von unten organisiert und mit Duldung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen.

▸ **Autor:** Eberhard Jungfer ist Aktivist im Zusammenhang der Solidarity City-Initiativen

▸ **Website:** www.solidarity-city.eu ▸ **Initiativen und Projekte:** www.toronto.nooneisillegal.org, www.aktionbuergerinnenasyl.de, www.bellevuedimonaco.de, www.medibuero.de/anonymer-krankenschein, www.wirallesindbern.ch, www.rasthaus-freiburg.org, www.goest.de/OM10.htm
▸ **Diskussionspapier** „Umkämpfte Räume": www.solidarity-city.eu/de/2018/02/27/umkaempfte-raeume-2018/

GEBAUTE SOLIDARITÄT

Die Wohnungsbaukooperativen in Uruguay

Viel internationale Reputation, aber es gab immer und gibt auch heute noch Kritik: zu mittelstandsorientiert, die wirklich Marginalisierten werden nicht erreicht; das geforderte Pensum an wöchentlicher Arbeitszeit von 21 Stunden ist für viele zu hoch; die Kooperativen sind geschlossene Einheiten mit einer kritikwürdigen sozialen Kontrolle; die gegenseitige Hilfe bildet Hierarchien heraus, die sich verstetigen und vieles mehr. Doch wie sieht die Praxis tatsächlich aus?

Die »Wohnungsbaukooperativen in gegenseitiger Hilfe« (Cooperativas de vivienda por ayuda mutua) in Uruguay sind eine große Bewegung mit langjähriger Erfahrung, sie sind heterogen in ihrer Zusammensetzung und die Bewegung nimmt eine Tradition von alltäglichen Praktiken der Solidarität und kollektiver Selbsthilfe im Immigrationsland Uruguay auf. Und nicht nur deshalb sind sie ein auch weit über das Land hinaus beachtetes Erfolgsmodell und ein Motor des gemeinnützigen, gemeinwohlorientierten, explizit nicht profitorientierten – der Adjektive sind viele und alle treffen zu – Wohnungsbaus zur Versorgung von unteren bis mittleren Einkommensschichten in Uruguay. Und sie sind auch Referenz für Wohnungsbaukooperativen anderswo, so z.B. in Brasilien, Mexiko und El Salvador, wo ebenfalls Wohnbauprojekte in gegenseitiger Hilfe durchgeführt wurden und werden.



Dass das uruguayische Modell so erfolgreich und auch ein „Exportschlager" ist, dafür ist der Dachverband »Federación Unificadora de Cooperativas de Vivienda por Ayuda Mutua« (FUCVAM – die »Gemeinsame Föderation der Wohnungskooperativen in gegenseitiger Hilfe«) – seit über 50 Jahren verantwortlich. Schon seit Mitte der 1960er Jahre aktiv, ist FUCVAM seit 1970 als eigenständige Organisation registriert. Dabei ist eines ihrer wesentlichen Merkmale die Unabhängigkeit vom Staat und seinen Organisationen. Und diese Unabhängigkeit hat sich FUCVAM bis heute bewahrt. Etwas, was in den letzten 15 Jahren im Unterschied zu den neoliberal geprägten 1990er Jahren, erst recht natürlich in Bezug auf die Zeit der Militärdiktatur von 1973 bis 1985, gar nicht so einfach zu bewerkstelligen ist. FUCVAM ist neben dem uruguayischen Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT die stärkste soziale Bewegung in dem mit nur rund 3,3 Millionen Einwohner*innen kleinen südamerikanischen Land (im Vergleich zu seinen beiden riesigen und bevölkerungsreichen Nachbarstaaten Brasilien mit etwa 210 Millionen und Argentinien mit rund 44 Millionen Einwohner*innen). Und natürlich ist sie politisch und historisch, aber auch personell eng verknüpft mit dem 1971 gegründeten linken Parteien- und Bewegungsbündnis »Frente Amplio« (Breite Front), das seit 2005 die Regierung stellt. Viele der Aktivist*innen von FUCVAM sowie auch viele der Kooperativist*innen selbst sind engagiert in einer der rund 40 Parteien und Bewegungen, die zusammen die »Frente Amplio« bilden und deren Profil von linken Christdemokrat*innen über Anarchist*innen bis zu Kommunist*innen reicht. Aber die Bewegung der Wohnkooperativen ist auch heute ein wichtiger sozialpolitischer Akteur, der sich im Widerstand gegen den Neoliberalismus verortet und so auch als Korrektiv wirksam wird.

Mitte 2018 gab es gut 560 Wohnungsbaukooperativen in Uruguay, fast 25.000 Familien mit circa 100.000 Menschen wohnen in den Mitgliedskooperativen, ein Anteil von rund vier Prozent der Einwohner*innen in Uruguay. Die Mehr-

zahl von ihnen ist unter dem Dach von FUCVAM, der ältesten, größten und sozial aktivsten Organisation in Uruguay, die sich um Wohnungsbau und Stadtentwicklung kümmert, zusammengeschlossen. Darüber hinaus gibt es mit der »Federación de Cooperativas de Vivienda« (FECOVI) – der Föderation der Wohnungsbaukooperativen – einen zweiten Dachverband. Die Wohnungsbaukooperativen, die zu FUCVAM gehören, bekennen sich zu fünf Prinzipen. Beim ersten Prinzip, der Solidarität, geht es darum, auf Basis der gemeinsamen Verantwortung möglichst gleiche Voraussetzungen zu schaffen, vor allem Familien sollen so unterstützt werden. Durch die demokratische Partizipation, die auf bewährten Regeln basiert, werden demokratische Planungs- und Entscheidungsfindungen in Bezug auf Entwurf, Design und Bauausführung getroffen. Die Selbstbestimmung garantiert, dass die Kooperative ohne Vermittlungsinstanz arbeitet, die Mitglieder treffen die Entscheidungen direkt. Die gegenseitige Hilfe bedeutet in der Praxis, das alle Mitglieder der Kooperative sich zu dieser Hilfe verpflichten, bis alle Wohnungen fertig sind. Dabei ist ein Arbeitseinsatz von 21 Wochenstunden für alle Mitglieder verpflichtend. Das ist ein deutlich anderer Ansatz als die auch aus Deutschland bekannte „Muskelhypothek", die zwar an Ideen aus den 1920er Jahren anknüpft, vor allem aber bei den Hausbesetzungen in Berlin und Hamburg in den 1980er Jahren ein wichtiger Teil der Sanierung von Wohnraum durch selbstorganisierte Hausprojekte und Baugenossenschaften war, und bei der es auch um einen bestimmten Selbstbauanteil ging. Bei den FUCVAM-Kooperativen ist die gegenseitige Hilfe mit dieser hohen Stundenzahl das Kernstück des Ansatzes. Nach Fertigstellung aller Gebäude werden die Wohneinheiten zu-

DIE SELBSTBESTIMMUNG GARANTIERT, DASS DIE KOOPERATIVE OHNE VERMITTLUNGSINSTANZ ARBEITET, DIE MITGLIEDER TREFFEN DIE ENTSCHEIDUNGEN DIREKT

gelost, es ist also nicht möglich, sich „nur" oder verstärkt um seine eigene Wohnung zu kümmern. Schließlich ist und bleibt der gesamte Besitz kollektives Eigentum. Dadurch wird Sicherheit garantiert, Spekulation mit Wohnraum wird verhindert. Hier liegt auch das produktivste Moment des Projekts: die gemeinsame Bauerfahrung, die Bauarbeiten selbst. Durch die Selbstverpflichtung 21 (!) Wochenstunden, zusätzlich zur Lohnarbeit, über mehrere Jahre, über Höhen und Tiefen hinweg, zu leisten, entstehen in der Praxis dauerhafte Bindungen und auch dauerhaft belastbare Strukturen von Selbstverwaltung.

Auf der programmatischen Ebene fühlt sich FUCVAM bis heute radikalen Ansätzen, sie können auch „klassenkämpferische" Ideale genannt werden, verpflichtet. In den aktuellen Kämpfen geht es nicht nur um das einzelne Projekt, sondern auch um das große Ganze. Auf internationaler Ebene ist FUCVAM in der »Habitat International Coalition« organisiert und in der »Süd-Süd-Kooperation« aktiv, das heißt, sie unterstützt Wohnungsbaukooperativen in anderen Ländern des globalen Südens. Wohnen darf keine Ware sein, menschenwürdiger Wohnraum für alle und der Kampf gegen Autoritarismus und soziale Ausgrenzung sind bis heute Leitlinien und politischer Alltag.

Für eine Aufwertung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus im Allgemeinen und des kooperativen Wohnungsbaus im Speziellen kämpft FUCVAM auch aktuell mit der amtierenden Mitte-Links Regierung unter Staatspräsident Tabaré Vázquez. Dabei wird gefordert, dass mehr vom Staatshaushalt für den Wohnungsbau ausgegeben wird. Aktuell sind es nur 0.48 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Nicht anders als in den meisten europäischen Ländern ist auch in Uruguay der Zugang zu Bauland aktuell eine der größten Hürden beim Wachstum der Kooperativen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten 15 Jahre hat zu einem Boom im privaten Bausektor und in der Folge natürlich auch am Río de la Plata zu einer Spekulation mit Bauland geführt. Und ebenso wie bei den Konzepten zur Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland gefordert wird, dass Steuererleichterungen gewährt werden, geht es auch in Uruguay aktuell darum, wie sich die gemeinnützigen Wohnungsbaukooperativen auf dem überhitzten Markt behaupten können. Dabei ist eine der wichtigsten Forderungen die Abschaffung der Mehrwertsteuer (IVA) von 22 Prozent für Wohnungsbaukooperativen, durch die die Baukosten pro Quadratmeter um bis zu 10 Prozent reduziert werden könnten. Aktuell liegen die Kosten für den Bau einer Wohnung in einer FUCVAM-Kooperative bei 920 US-Dollar. Auch in Uruguay fehlt es aktuell an Wohnungen, auf 80.000 wird der Fehlbedarf geschätzt. Das hat auch der Staat anerkannt und Maßnahmen vorgeschlagen. Der Plan »LIVIS« soll die Investitionen in den Sozialen Wohnungsbau und private Investoren fördern. Im Resultat entstehen hier allerdings Kosten von 1700 US-Dollar pro Quadratmeter, also über 80 Prozent teurere Wohnungen als die Wohnungen, die die Kooperativen in gegenseitiger Hilfe bauen. Eine der Forderungen von FUCVAM, wegen der sie aktuell im Clinch mit der Wohnungsbauministerin Eneida de Leon liegt, ist die Angleichung der Kreditzinsen. Die vor 2008 abgeschlossenen Verträge beinhalten zwei Prozent Zinsen, auf die danach abgeschlossenen Verträge müssen 5,25 Prozent Zinsen gezahlt werden. Eine weitere Forderung der Kooperativendachverbände FUCVAM und FECOVI ist die Einrichtung eines staatlichen Bodenfonds, zu dem die Kooperativen privilegierten Zugang erhalten.

Die Erfahrungen sind in jeglicher Hinsicht positiv, bei genauem Hinschauen bleiben Probleme, die grundsätzliche Kritik ist aber kaum gerechtfertigt: Das Modell ist leicht übertragbar, das macht auch seinen Erfolg in anderen lateinamerikanischen Ländern aus. Die praktische Solidarität, das Empowerment, die aktivierte Durchsetzungskraft und das gemeinsame aktive Lernen in der Praxis führen zu erstaunlichen und beständigen, effektiven Ergebnissen; die Qualität im Herstellungsprozess und in der Erhaltung ist wesentlich höher als bei herkömmlichen Hausbauprojekten.

▸ **Autor:** Stefan Thimmel arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referent für Wohnungs- und Stadtentwicklung. Als freiberuflicher Journalist und Gutachter hat er viele Jahre in und über Lateinamerika gearbeitet, mit FUCVAM in Uruguay hat er seit Anfang der 1990er Jahre Kontakt.



Das Haus in der Merseburger Straße 38c in Leipzig wurde im Mai 2018 von der SoWo gekauft. Das Haus umfasst das vierstöckige Vorderhaus, ein barrierefreies einstöckiges Hinterhaus und einen kleinen Garten. Aktuell wohnen dort 20 Erwachsene und zwei Kinder auf 635 Quadratmeter Wohnfläche. Die Miete beträgt 4,80 €/m².

GENOSSENSCHAFT STATT ENTMIETUNG

Die neu gegründete »Solidarische Wohnungsgenossenschaft« (SoWo) versucht in Leipzig bei Hausverkäufen gemeinsam mit den Mieter*innen Alternativen zu Verdrängung durchzusetzen

In den vergangenen zehn Jahren sind in Leipzig zahlreiche neue selbstverwaltete Wohnprojekte entstanden. Bei den meisten davon hat sich eine Gruppe von Leuten zusammengefunden, um einen leerstehenden unsanierten Altbau kollektiv zu erwerben, zu sanieren (oft mit viel Eigenleistung) und anschließend zu bewohnen. Das selbstverwaltete Wohnen hat viele Vorteile: Man wohnt sicher, selbstbestimmt und langfristig bezahlbar. Und im besten Fall wirken solche Projekte als Orte solidarischen Zusammenlebens und (zum Beispiel durch öffentliche Erdgeschoss-Nutzungen) als emanzipatorische Treffpunkte auch in die Stadt hinein.

Einige dieser Projekte haben sich im »Haus- und WagenRat – Verein für selbstorganisierte Räume« zusammengeschlossen, der bestehende und neue Projekte berät und sich politisch für gute Rahmenbedingungen stark macht Dabei stützt er sich auf grundlegende Prinzipien von Gemeinnützigkeit und Selbstverwaltung:

1. Kollektiveigentum statt Einzeleigentum – das Haus als Ganzes gehört der Gemeinschaft derer, die darin wohnen.

2. Die Bewohner*innen haben gleiche Mitbestimmungsrechte, egal wie viel Geld jede*r von ihnen einbringt.

3. Die Häuser sind dauerhaft dem Markt entzogen, auch die Hausgemeinschaft soll ihre Immobilie nicht wieder gewinnbringend verkaufen können. Dafür eignen sich verschiedene Rechtsformen, vor allem Genossenschaften oder das Modell des »Mietshäuser Syndikats«.

In den letzten vier bis fünf Jahren haben sich die Rahmenbedingungen in Leipzig aber grundlegend verändert. Die Bevölkerung ist prozentual schneller als in jeder anderen deutschen Großstadt gewachsen, die Zeiten von Leerstand und entspanntem Wohnungsmarkt sind definitiv vorbei.

Die Gründung neuer Wohnprojekte stößt daher mittlerweile an deutliche Grenzen, da der Bestand an leeren Häusern auf einen kleinen Rest zusammengeschmolzen ist. Die verbliebenen werden zumeist so teuer angeboten, dass ein Kauf sich in zu hohen Mieten niederschlagen würde – auch beim Kostenmietenmodell selbstverwalteter Projekte, bei dem kein Profit aus einem Haus gezogen wird.

Zugleich geraten viele „ganz normale" Mieter*innen in Leipzig unter Druck. Es mag noch günstige Bestandsmieten geben, doch wer eine neue Bleibe suchen muss, ist – wie in allen deutschen Großstädten – mit stark steigenden Angebotsmieten konfrontiert. Das macht es für Hauseigentümer*innen lohnend, Bestandsmieter*innen loszuwerden. Gerade in unsanierten oder teilsanierten Häusern – von denen es in Leipzig noch mehr gibt als an den klassischen „A-Standorten" – ist der Aufwertungsdruck hoch. Dort bestehen zwischen Ist-Zustand und „Marktpotenzial" die höchsten „Ertragslücken", das heißt, es lässt sich mit Luxussanierung und Einzelverkauf als Eigentumswohnungen am meisten Profit aus den Immobilien schlagen.

Dafür ist jedoch in der Regel zuerst eine Totalentmietung nötig. Dabei kommt oft der bekannte Trick zum Zuge, eine nötige Instandhaltung mit einer übertriebenen Modernisierung zu kombinieren und damit die Miete via Modernisierungsumlage in für die bisherigen Bewohner*innen unleistbare Höhen zu treiben. Darüber hinaus wird immer öfter auch zu rabiaten Vergraulungsmethoden gegriffen, solche Fälle aus der letzten Zeit sind gut dokumentiert.

Die Suche nach neuen Wegen zur Gründung selbstverwalteter Wohnprojekte muss folglich mit der Entmietungsproblematik „zusammengedacht" werden. Zum einen zeigt die Erfahrung aus anderen Städten, dass auch in Situationen mit sehr wenig Leerstand noch Häuser dem Markt entzogen werden können, wenn dies aus dem bewohnten Bestand heraus geschieht. Zum anderen bestehen in den betroffenen, noch nicht vollsanierten Häusern oft zumindest Ansätze zu einer Mieter*innenselbstorganisation.

Eine gut organisierte, juristisch kundig beratene und von einem solidarischen Umfeld politisch unterstützte Hausgemeinschaft kann bei einem anstehenden Verkauf „ihres" Hauses eine unsoziale Verwertungsstrategie unter Umständen durchkreuzen. Im günstigsten Fall kann sie mit einem Selbstverwaltungskonzept eine tragfähige Alternative entwickeln, um das Haus selbst zu einem annehmbaren Preis zu übernehmen. Je nach Eigentümer*in kann dabei ein eher konfrontatives oder ein eher kooperatives Vorgehen angebracht sein. Gerade private Vermieter*innen kennen ihre Mieter*innen zum Teil seit Jahrzehnten und können davon überzeugt werden, von einem Verkauf zum Höchstpreis abzusehen, der für diese mit massiven Mieterhöhungen, wenn nicht Entmietung einhergeht, und vielmehr die Mieter*innen selbst als Käufer*innen in Betracht zu ziehen.

Mieter*innen, die durch Vergenossenschaftung ihrer Wohnungen zunächst eher zur Selbstverwaltung gezwungen werden als sich bewusst dafür zu entscheiden, brauchen jedoch Unterstützung. Für sie sind die in Leipzig bisher üblichen Wohnprojekte-Rechtsformen (Mietshäuser Syndikat, Ein-Haus-Genossenschaft) nur bedingt geeignet, da diese einen von Anfang an hohen Organisationsgrad voraussetzen.

Mit der »Solidarischen Wohnungsgenossenschaft« (SoWo Leipzig eG) wurde deshalb von den Haus- und WagenRat-Aktiven eine Dachgenossenschaft gegründet, die als handlungsfähiger Träger für verschiedene Wohnprojekte fungieren soll. Vorbilder dafür waren Genossenschaften mit ähnlichen Strukturen und Zielen, wie zum Beispiel die die »Bremer Höhe eG« in Berlin, die »Schanze eG« in Hamburg oder die »Alternative Wohngenossenschaft Connewitz eG«, die in Leipzig 15 (vor allem ehemals besetzte) Häuser besitzt.

DIE SOWO WILL KEINE „INSELN DES SCHÖNEN WOHNENS" SCHAFFEN, SONDERN VERSTEHT SICH ALS TEIL EINER BEWEGUNG, DIE EIN RECHT AUF STADT FÜR ALLE VERWIRKLICHEN WILL

Im ersten Jahr nach ihrer Gründung hat die SoWo bereits zwei Mietshäuser im Leipziger Westen erworben. In beiden Fällen geschah dies in enger Abstimmung mit den Mieter*innen, die alle Genossenschaftsmitglieder geworden sind. In einem Fall konnte mit einer sehr wohlwollenden Eigentümerin verhandelt werden, im anderen wurde ein Haus aus einer Entmietungssituation heraus gekauft. Es stand zuletzt weitgehend leer, um die verbliebenen Altmieter*innen hat sich eine neue Hausprojektgruppe gebildet. Wie weitgehend die Mieter*innen eines Hauses innerhalb der SoWo dieses als Gemeinschaft autonom verwalten und wie viele Aufgaben sie der Genossenschaft überlassen, wird jeweils von Fall zu Fall gemeinsam bestimmt.

Bei der Übernahme eines Hauses durch die bisherigen Mieter*innen hat eine Genossenschaft gegenüber einer Wohnungseigentümergemeinschaft (WEG) den Vorteil, dass eine Gesamtlösung für alle Betroffenen möglich wird: Diejenigen, die sich einen individuellen Wohnungskauf ohnehin nicht leisten könnten, können trotzdem wohnen bleiben und diejenigen, für die ein solcher in Frage käme, können – indem sie ihr Geld via Genossenschaft in den Hauskauf investieren – ebenfalls eine gut abgesicherte Wohnsituation erreichen, ohne sich persönlich verschulden zu müssen.

Die SoWo hat mittlerweile rund 150 Mitglieder und verhandelt aktuell über den Kauf zweier weiterer bewohnter Häuser. Wir wollen weiter wachsen, um möglichst vielen Menschen sicheres und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen. Denn die SoWo will keine „Inseln des schönen Wohnens" schaffen, sondern versteht sich als Teil einer Bewegung, die ein Recht auf Stadt für alle verwirklichen will.

Zudem kann sie ab einer gewissen Größe die Ausgaben so verteilen, dass die einzelnen Mieten jeweils nur in geringem Maße belastet werden müssen. Dazu gehört etwa die Bezahlung der bisher weitestgehend ehrenamtlichen Verwaltungs- und Projektentwicklungsarbeit. Mit einer schrittweisen Professionalisierung wollen wir Kapazitäten aufbauen, die es ermöglichen, profitorientierten Akteuren auf dem Grundstücksmarkt auf Augenhöhe entgegentreten zu können.

Die Gründung der SoWo erfolgte aus der Überzeugung, dass selbstverwaltete Strukturen viele Vorteile mit sich bringen. Gleichseitig stellt sie angesichts der weitgehenden wohnungspolitischen Untätigkeit von Bund, Land und Stadt während der letzten Jahre und der Besitzstandswahrung großer Wohnungsbaugenossenschaften auch ein Stück weit „Notwehr" dar. Einerseits können und wollen wir nicht auf Verbesserungen durch existierende Anbieter oder den Staat warten, sondern selbst Alternativen zu Verteuerung und Verdrängung entwickeln. Andererseits wollen wir keine „Lückenbüßer" sein und werden deshalb nicht aufhören, auf einer politischen Ebene Forderungen zu stellen. Dazu gehört insbesondere, dass die öffentliche Hand auf dem Grundstücksmarkt selber eine aktivere Rolle einnehmen muss. Positivbeispiele sind in dieser Hinsicht die Berliner Stadtbezirke Kreuzberg-Friedrichshain und Neukölln, die das Instrument des Milieuschutzes – vor allem Vorkaufsrechte auf Häuser mit bestehenden Mietverhältnissen – sehr aktiv handhaben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Leipzig so bald wie möglich ähnlich agiert – und stehen als Träger für per Vorkaufsrecht dem Markt entzogene Häuser potenziell bereit.

▸ **Autor:** Tobias Bernet, Vorstandsmitglied der SoWo Leipzig eG ▸ **Website:** www.sowo-eg.org

EINE ANDERE FORM DER PLANUNG

Der PlanBude-Prozess als Inspiration und Modell

Wie können Nachbarschaften Einfluss auf die Gestaltung von Stadt nehmen? Wie kann einer profitorientierten Stadtentwicklung entgegengewirkt werden? Wie können Demokratie und alltägliches Handeln Raum werden?

Die PlanBude in Hamburg zeigt Möglichkeiten einer anderen Form der Planung und direkten Einflussnahme in der Gestaltung von Stadt auf. Sie ist ein interdiziplinäres Team aus den Bereichen Kunst, Planung, Architektur, Kulturwissenschaft und Stadtteilarbeit. In ihrer Diversität bewegt sie sich zwischen disziplinärer Professionalität und dem Erfahrungswissen aus dem erweiterten stadtpolitischen Kontext von Recht auf Stadt.

Hervorgegangen und erstritten aus dem Stadtteil hat die PlanBude 2014 den offiziellen Auftrag übernommen, das Beteiligungsverfahren für die neuen Esso Häuser in und mit dem Stadtteil in St. Pauli durchzuführen. Das Esso-Häuser Areal wurde 2009 von dem Immobilienunternehmen »Bayerische Hausbau« gekauft, die es abreißen und mit hochpreisigem Wohnraum, Eigentum und Gewerbe nachverdichten wollte. Die »Initiative Esso-Häuser« aus Mieter*innen, Nachbar*innen und Gewerbetreibenden schaffte es mit vielfältigem Support aus dem Recht auf Stadt-Umfeld diesen Konflikt gegen Gentrifizierung öffentlich sichtbar und zu einem Politikum zu machen.

Mit dem Beteiligungsprozess, den die PlanBude konzipierte und durchführte, bildeten die Ideen der Vielen die Verhandlungsgrundlage für das Bebauungsplanverfahren und die Aushandlungen zwischen der privaten Eigentümerin »Bayerische Hausbau«, dem Bezirk Hamburg-Mitte und der PlanBude.



Ein Glühwein für eine Idee

Für den Beteiligungsprozess wurde sechs Monate lang die PlanBude-Container angrenzend an das Esso-Häuser-Areal geöffnet. Die Besucher*innen konnten im »Wunscharchiv« Inspirationen tanken, auf die Ideen Anderer antworten oder diese weiterentwickeln. Mit den unterschiedlichen Tools, wie der »Nachtkarte« oder »An der Tanke, Du und ich«, dem Lego- oder dem Knet-Modell wurde die Komplexität der Planung übersetzt und den Menschen ermöglicht, ihre Wünsche und Vorstellungen über Sprache hinaus auszudrücken. Zeichenmaterial regte zum Nachdenken über Dachlandschaften oder die Reeperbahn bei Nacht an. Das Knetmodell transferierte das veranschlagte Bauvolumen in 1,5 Kilo Modelliermasse. Das Legomodell bildete in farblichen Legosteinen ab, wie Wohnen, Gewerbe und Öffentliches auf der Fläche ins Verhältnis treten können. Die PlanBude bedient sich in ihrer Praxis der Methode der Wunschproduktion, die an der Imaginationskraft der Einzelnen, dem Spielerischen und den Sehnsüchten ansetzt. Die Planungstools ermöglichen die Konstruktion von Situationen, Ausdrucksweisen und Utopien im Prozess.

Mit den vielfältigen Tools und Zugängen sollten besonders diejenigen erreicht werden, die von der Gestaltung der Stadt am meisten ausgeschlossen sind. Dabei sprach die PlanBude die Nachbarschaft in ihrer Diversität an. Unterschiedliche Sprachen, Dolmetscher*innen und Netzwerke waren dafür wichtig. Über Jahre wurde der Konflikt um die Esso-Häuser filmisch begleitet, woraus der Dokumentarfilm »Buy buy St. Pauli« entstand, mit dem die PlanBude durch Kneipen, den Altentreff und die Essensausgabe für Obdachlose tourte. Ein Fragebogen wurde an alle Haushalte in St. Pauli verteilt und konnte in Rückgabeboxen beim Friseur oder Kiosk eingeworfen werden. Neben den vielen Gesprächen im Container lud die PlanBude zu vertiefenden Workshops ein, zum Beispiel zum Thema »Mehr haben durch teilen«. Dabei nutzte sie unterschiedliche Formate und Orte in der Nachbarschaft, damit sich verschiedene Menschen angesprochen fühlten und schuf Situationen, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Planung wurde zu einem wechselseitigen intensiven Prozess, um mit und in der Nachbarschaft Wissen zu teilen.

Die Übersetzung der Wünsche in die Planung

Die über 3200 Beiträge aus dem Wunscharchiv wurden zum Ende der sechs Monate ausgewertet, übersetzt sowie konkretisiert

und in zwei Stadtteilkonferenzen zur Diskussion gestellt. Sie bildeten die Verhandlungsgrundlage für den folgenden Architekturwettbewerb und die Basis der weiteren architektonischen Planung und Umsetzung. Die Essenz – der »St. Pauli Code« – und viele Originalbeiträge wurden zum Maßstab für die Übersetzung in den Städtebau und die Architektur. Die Beiträge und Ergebnisse sind zum einen in die Auslobung der Wettbewerbe eingeflossen, zum anderen in die Verhandlungen zum städtebaulichen Vertrag und zur Aufstellung des Bebauungsplans. Gleichzeitig kam die PlanBude in die Rolle der Verhandlungspartnerin, die mit den zentralen Akteur*innen wesentliche politische Punkte, wie beispielsweise die Bindungsdauer der Sozialwohnungen, aushandelte.

Das grundsätzliche Problem ist, dass der Planungsprozess nach wie vor im Rahmen einer profitorientierten Stadtentwicklung stattfindet und die Voraussetzungen ungleich verteilt sind. Es konnten jedoch eine Menge Zugeständnisse von Seiten des Investors erwirkt werden, die dem Stadtteil und der Nachbarschaft langfristig zu Gute kommen werden.

Die Ergebnisse der Verhandlungen: 60 Prozent sozial geförderter Wohnraum, davon ein Drittel in Form einer öffentlich geförderten Baugemeinschaft. Die Bindungsdauer des geförderten Wohnens beträgt 25, statt der in Hamburg üblichen 15 Jahre. An der neuen Quartiersgasse entsteht ein Ort für die Nachbarschaft – das »Nachbarschaftscluster« mit einer Kantine, Werkstätten und Sozialeinrichtungen zu vergünstigten Mieten. Und: Keine Ketten, keine Büros, kein Eigentum. Dafür wurde als Kompromiss das Dreifache des ursprünglich geplanten Bauvolumens vereinbart. Die gewünschten öffentlichen Dächer wie »Park Fiction 2.0« und das Skatedach werden mit den zukünftigen Nutzer*innen geplant und die Kunstspielflächen mit den Ideengeber*innen – den Kindern und Jugendlichen von der »St. Pauli-Schule« – weiterentwickelt und konkretisiert.

2018 wurden die Verhandlungsergebnisse im städtebaulichen Vertrag fixiert. Folgend wird der neue Bebauungsplan genehmigt und der Bauantrag bewilligt. Dieser Meilenstein in der Planung ist politisch besonders relevant, weil Politik und Verwaltung mit der Änderung des Bebauungsplans ihren Druckhebel gegenüber dem privaten Eigentümer abgeben. Dies ist in üblichen Planverfahren der Zeitpunkt, an dem die Öffentlichkeit normalerweise „beteiligt“ wird.

Modell und Inspiration

Die Erfahrungen der PlanBude in diesem Prozess können inspirieren, sind jedoch nicht auf jedes Projekt eins zu eins übertragbar. Je nach Kontext und Ressourcen können eine Intervention und das Sichtbarmachen von Konflikten der Startpunkt und das passende Mittel sein. Oder der offiziellen Planung kann ein Gegenmodell entgegengestellt werden – als Entwurf oder alternatives Verfahren. Die PlanBude hat die Beteiligung selbst als einen Prozess gestaltet: im Alltag verbunden, breit gefächert und mit vielfältigen Zugängen und Ausdrucksmitteln. Wesentlich ist der Bezug zur Nachbarschaft: Für den fortlaufenden Prozess verknüpfte die PlanBude Formate der Planung entlang der Grundidee von Kooperation und Kollaboration und ließ sich dabei von künstlerischen Formen inspirieren.

Planung ist voraussetzungsvoll. Die Komplexität der Prozesse und der langen Zeitspanne von der Idee zum Bau widerspricht grundsätzlich dem Anspruch der Niedrigschwelligkeit. Zudem gab es sich widersprechende Interessen der einzelnen Akteur*innen. Die PlanBude versteht sich hier als Übersetzerin und Verhandlungspartnerin, die die Ideen der Stadtteil-Bewohner*innen gegenüber Politik, Verwaltung und Investor vertritt. Sie entwickelt und überträgt die Ideen aus dem Beteiligungsprozess in konkrete, umsetzbare Konzepte. Gleichzeitig transferiert sie den Prozess kontinuierlich in den Stadtteil und macht die markanten Zeitpunkte im Verfahren deutlich, in denen die Öffentlichkeit reagieren kann und muss.

DAS GRUNDSÄTZLICHE PROBLEM IST, DASS DER PLANUNGSPROZESS NACH WIE VOR IM RAHMEN EINER PROFITORIENTIERTEN STADTENTWICKLUNG STATTFINDET UND DIE VORAUSSETZUNGEN UNGLEICH VERTEILT SIND

Es gab mehrfach Situationen in den Verhandlungen, in denen das Team die Ergebnisse aus dem Prozess in Gefahr sah. Das kreative und widerständige stadtpolitische Potential in St. Pauli trug jedoch dazu bei, dass Druck auf die Eigentümer*in oder die anderen Verhandlungsakteure ausgeübt und Wendepunkte erzielt werden konnten. Gleichzeitig begleiten die Stadtteilvertreter*innen nach wie vor den Prozess im einmal im Monat tagenden Projektrat seit Beginn an kritisch und intervenieren gegebenenfalls. Im noch laufenden Prozess eignet sich das PlanBude-Team kontinuierlich erforderliche Kompetenzen wie mietrechtliche und planungsrechtliche Grundlagen an. Gleichwohl besteht ein Ungleichgewicht zwischen den monetären und zeitlichen Ressourcen der Eigentümerin und des Teams. Dies ist bekanntermaßen ein strukturelles Problem in der Planungskultur von unten.

Von der Utopie zur Verräumlichung

Neben den Effekten für den Stadtteil hat der Planungsprozess rund um das Esso-Häuser-Areal auch Ausstrahlungskraft über das konkrete Vorhaben hinaus. Nicht nur in planerisch-architektonischen und künstlerischen Kontexten, sondern auch im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und in den stadtpolitischen Bewegungen wird die Planbude exemplarisch als progressive Form urbaner Planung diskutiert.

Der Prozess wirkt aber erst dann nachhaltig, wenn die Bewohner*innen ihre Ideen in den neuen Gebäuden übersetzt sehen und die Gestaltung von Stadt so erfahrbar wird. Und die Erfahrung wird praktisch, wenn die Gebäude, Dächer und öffentlichen Räume durch die Nachbarschaft angeeignet werden können. Darum ist es so wichtig, dass diese Elemente aus und für den Stadtteil in dem Neubau auf dem Esso-Häuser-Areal Platz finden und auch zukünftig, entgegen technokratischer Kostenmodelle, durchgesetzt werden.

Ob die Baugemeinschaft und das Nachbarschaftscluster als Herzstück für die Nachbarschaft tatsächlich realisiert werden können, steht aber trotz vertraglicher Vereinbarung Anfang 2019 in den Sternen. Grund dafür sind die steigenden Boden- und Baukostenpreise. Auch hier werden die marktförmigen, strukturellen Probleme deutlich. Gleichzeitig stößt der Prozess parallel Handlungen in der Hamburger Behörde an. So werden die Förderbedingungen zugunsten potentieller Baugemeinschaften überarbeitet. Die PlanBude setzt sich zudem dafür ein, dass das Cluster langfristig in Erbbaupacht über eine Stiftung vergeben wird. Auch für die Baugemeinschaft müssen kreative (Finanzierungs-) Modelle gefunden werden, zum Beispiel ein Rückkauf durch die Stadt.

Die Ideen der Vielen leben durch die konkreten Personen und Gruppen weiter, die das Nachbarschaftscluster weiterentwickeln und als Ort für den Stadtteil langfristig sichern, die öffentlichen Dächer bespielen und den solidarischen Prozess des gemeinsamen Stadtgestaltens weiterführen. Aus den Utopien und diversen Praxen wird dann trotz vieler Hürden und mit all den Widersprüchen und Brüchen eine konkrete Verräumlichung kollektiver und kollaborativer Planungskultur und darin ein vielschichtiges, neues Stück Stadt.

▸ **Autorin:** Tina Röthig begleitet den Konflikt um die Esso-Häuser seit 2011, ist Mitbegründerin der PlanBude und in stadtpolitischen Kontexten in Hamburg aktiv.


STADT FÜR ALLE

»Wir sind die Halbe Stadt« Sozialwohnungen statt Luxusquartiere!

Wohnungspolitische Kämpfe in Frankfurt am Main

Wer vom Frankfurter Hauptbahnhof zwei Stationen mit der S-Bahn zur Messe fährt, schwebt mitten durch das Europaviertel. Höchster Punkt dieses steifen, blockbebauten Ensembles, durch das sich das Shoppingcenter »Skyline Plaza« schlängelt, ist der »Grand Tower«. Das bei Fertigstellung höchste Wohnhochhaus Deutschlands wirbt mit dem Motto „Living the high life!“. Das Europaviertel ist eines der größten innerstädtischen Entwicklungsprojekte der letzten Jahre und gleicht der »Europacity«, die gerade in Berlin entsteht, nicht nur im Namen: Beide entstanden auf ehemaligen Bahnflächen, die mit rückläufigem Güterverkehr auf der Schiene und der Privatisierung der Bahn möglichst profitorientiert verwertet werden sollten. Die Stadt Frankfurt war eine geeignete Partnerin für die Realisierung des exklusiven Projekts, das landeseigene Wohnungsunternehmen »Nassauische Heimstätte« trug mit dem Bau der Luxusimmobilie »Praedium« zur Neubaugentrifizierung des angrenzenden Wohngebiets bei.

Das Europaviertel ist ein Paradebeispiel für neoliberale Stadtentwicklung, doch leider ist es in Frankfurt nicht das einzige: Der Bau des Luxus-Towers »One Forty West« auf dem Campus der Goethe-Uni in Bockenheim zeigt deutlich, welche Prioritäten die Stadt setzt. Ebenso wird das Ostend mit dem Umzug der Europäischen Zentralbank dorthin rasant gentrifiziert. Hier garantiert die Nähe zur Innenstadt den neuen Bewohner*innen einen

UNSER ZUSAMMENSCHLUSS VERBINDET NACHBARSCHAFTS-INITIATIVEN, MIETER*INNEN-ORGANISATIONEN, KRITISCHE WISSENSPRODUKTION AN DER UNI UND POLITISCHE GRUPPEN AUS FRANKFURT

angenehmen Alltag in der Global City am Main, in der die FDP auf ihren Plakaten zur Landtagswahl im Oktober 2018 mit „Bembel und Blockchain“ warb.

»Eine Stadt für Alle! – Wem gehört die ABG?«

Um die neoliberale Stadtpolitik und ihre Akteure anzugreifen sowie Alternativen zu entwickeln und aufzuzeigen, haben wir in Frankfurt 2015 die Initiative »Eine Stadt für alle! – Wem gehört die ABG?« gegründet. Unser Zusammenschluss verbindet Nachbarschaftsinitiativen, Mieter*innen-organisationen, kritische Wissensproduktion an der Uni und politische Gruppen aus Frankfurt. In unserer Arbeit adressieren wir (primär, aber nicht ausschließlich) die städtische Wohnungsbaugesellschaft »ABG Frankfurt Holding«, weil sie mit über 50.000 Wohnungen – und damit 20 Prozent aller Mietwohnungen in Frankfurt – ein einflussreicher Akteur auf dem Wohnungsmarkt ist. Zudem werden 100 Haushalte aus ihrem Bestand jährlich zwangsgeräumt. Die ABG war früher gemeinnützig ausgerichtet und unterliegt weiterhin direkt dem politischen Mandat der Stadt. Momentan baut sie jedoch frei finanzierte Wohnungen für mehr als 12 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete und agiert damit wie ein gewinnorientierter Immobilieninvestor – mit einem Jahresüberschuss von gut 94 Millionen Euro im Jahr 2017.

In einem Bündnis mit Mieter*innen und Initiativen haben wir über verschiedene Protestaktionen die Durchsetzung eines Mietenstopps in ABG-Wohnungen erreicht. Nun dürfen die Mieten dort nur noch um maximal ein Prozent pro Jahr steigen. Gemeinsam mit sieben Mieter*inneninitiativen haben wir außerdem ein Papier mit Forderungen nach einem radikalen Wandel in der städtischen Wohnungspolitik formuliert, das in der lokalen Presse veröffentlicht wurde. So haben wir uns gegenseitig kennengelernt, das Bewusstsein für die Lage in verschiedenen Stadtteilen geschärft und zudem den politischen Druck auf die lokale Stadtpolitik erhöht. Die folgenden Beispiele sollen einen Einblick in Projekte geben, an denen wir letztes Jahr gearbeitet haben.

Um dem neoliberalen Narrativ vom identitätsstiftenden, wettbewerbsfähigen Frankfurt etwas entgegenzusetzen, initiierten wir 2017 die Kampagne »Wir sind die Halbe Stadt – Sozialwohnungen statt Luxusquartiere!«. Dem »Institut für Wohnen

und Umwelt« zufolge sind 49 Prozent der Frankfurter Mieter*innenhaushalte berechtigt, geförderten Wohnraum zwischen 5,00–6,50 Euro pro Quadratmeter zu beziehen. Zwei Drittel haben Anrecht auf eine geförderte Wohnung bis 10,50 Euro. Die Realität sieht jedoch anders aus: Nicht einmal sieben Prozent aller Wohneinheiten sind gefördert – Tendenz sinkend. Was bedeutet das für die einzelnen Haushalte? Um dieser Frage nachzugehen, erarbeiteten wir 2018 die Broschüre »Frankfurter Realitäten. Biografien einer verfehlten Stadtpolitik«. Sie erzählt Geschichten von Frankfurter*innen, deren Existenzen durch das Renditestreben auf dem Wohnungsmarkt bedroht sind und soll den verschiedenen Dimensionen von Wohnungsnot Rechnung tragen. Es kommen Menschen zu Wort, die zum Beispiel vom psychischen Druck des Entmietet-Werdens oder von rassistischer Diskriminierung bei der Wohnungssuche berichten. Kontrastiert werden die persönlichen Geschichten in der Broschüre durch Fotos, die markante Großbaustellen zeigen. Die Geschichten und Bilder sind lediglich Ausschnitte, doch sie stehen für gesamtstädtische Prozesse, welche ihren Ausdruck in Verdrängung, Wohnungsnot, spekulativem Leerstand, Obdachlosigkeit und sozialer Segregation finden.

Am 20. Oktober 2018 sind wir unter dem Motto „Gemeinsam gegen Spaltung und Verdrängung – bezahlbarer Wohnraum für alle!“ mit vielen anderen Initiativen aus ganz Hessen in Frankfurt auf die Straße gegangen. Insgesamt haben etwa 10.000 Menschen gezeigt, dass sie nicht mehr still sein werden, wenn die wohnungspolitischen Verhältnisse sich nach der Landtagswahl nicht deutlich ändern.

Neben verschiedenen laufenden Wohnungskämpfen (zum Beispiel in der »Zoopassage« oder im Rödelheimer »Brentano-Hochhaus«) und der Demonstration, startete auch der Mietentscheid. Um das Bürger*innenbegehren für mehr bezahlbaren Wohnraum ins Leben zu rufen, haben sich im Januar 2018 Nachbarschaftsinitiativen, Studierendenvertretungen, Gewerkschaften, politische Jugendorganisationen, die Basisgruppe der Linken, lokale Kulturakteur*innen und Vereine zusammengeschlossen.

In der ersten Phase wurden mit juristischer Unterstützung die Forderungen erarbeitet, die die ABG umsetzen soll:

1. 100 Prozent geförderter Wohnraumneubau,

2. Absenkung der Mieten für alle Bestandsmieter*innen, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, auf maximal 6,50 Euro pro Quadratmeter,

3. Vermietung der durch Mieterfluktuation frei werdenden Wohnungen im kompletten Bestand zu Preisniveaus und Belegungsbindungen des geförderten Wohnungsbaus.

Das Bündnis legte dafür auch ein Finanzierungskonzept vor: Die ABG erwirtschaftet rund 90 Millionen Euro Jahresüberschuss. Zusätzlich könnte eine leichte Erhöhung der Gewerbesteuer (auf ein mit anderen deutschen Städten vergleichbares Niveau) der Stadt weitere 91 Millionen Euro pro Jahr einbringen. Diese beiden Summen zusammen würden mehr als ausreichen, um die Forderungen zu verwirklichen.

Schon vor dem offiziellen Start der Kampagne und der Unterschriftensammlung skandalisierten die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und die Geschäftsführung der ABG den Mietentscheid. Es wurde erklärt, dass die Stadt das Bürger*innenbegehren juristisch angreifen werde, damit es nicht stattfinden kann. „Linker Populismus“, sei das, der „nicht einmal mehr etwas mit dem real existierenden Sozialismus zu tun hat“ (Frank Junker, Vorsitzender der Geschäftsführung der ABG Frankfurt Holding).

Damit die Stadt das Referendum durchführt, haben alle beteiligten Initiativen und Einzelpersonen des Bündnisses für den Mietentscheid von Ende August bis Dezember 25.000 Unterschriften gesammelt und diese am 15. Januar 2019 an die Stadt übergeben. Jetzt stehen wir am Beginn vieler Monate der Stimmenzählung (notwendig sind 15.000 gültige Unterschriften) und kommunalen Überprüfung der Forderungen des Bürger*innenbegehrens. Damit der Mietentscheid bis zum (möglichen) Referendum Stadtgespräch bleibt und um das weitere Vorgehen zu planen, werden wir Stadtteilversammlungen organisieren, in denen wir gemeinsam Strategien entwickeln.

Was bringt das Bürger*innenbegehren?

Die Umsetzung der Forderungen würde sofort tausende Sozialwohnungen mit hoffentlich langfristig garantierten niedrigen Mieten schaffen und für viele Mieter*innen direkte finanzielle Verbesserungen bringen. Die Perspektive auf eine mögliche Änderung und der Prozess der Unterschriftensammlung motivierte bisher viele Einzelpersonen und Organisationen in Frankfurt, gemeinsam an der Wohnungsfrage zu arbeiten. Durch den Mietentscheid werden Auseinandersetzungen um die Miete sichtbarer, er bietet Anlass, um sich mit Nachbar*innen gegen die steigenden Mieten zu unterhalten und es ist einfach, sich zu beteiligen.
Die neuen Kontakte und das Bewusstsein, etwas gegen steigende Mieten tun zu können, wird auch unsere zukünftige politische Arbeit stärken. Kurz vor den Landtagswahlen in Hessen im Oktober 2018 hat uns der Mietentscheid geholfen, das Thema des öffentlichen und bezahlbaren Wohnungsbaus in die Medien zu tragen. In Verbindung mit weiteren lokalen Kämpfen im Rahmen von Milieuschutzsatzungen ist es gelungen, den politischen Druck auf die Stadt zu erhöhen und sie in gewissen Handlungszwang zu drängen.

Dennoch bleibt es auch bis zu und nach einem möglicherweise erfolgreichen Referendum kompliziert. Die Frage danach, wem die Stadt gehört und die Frage nach demokratischer Mit- und Selbstbestimmung sind zentral für einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, der von den Städten ausgehen kann. Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, in der das gute Leben für alle Realität wird!



▶ **Autor*innen:** »Eine Stadt für Alle – Wem gehört die ABG?«
▶ **Websites:** www.stadt-fuer-alle.net, www.mietentscheid-frankfurt.de
▶ **Twitter:** www.twitter.com/die_halbe_stadt

UMTOPFEN

»Die Blaue Blume« – Erfahrungen und Strategien einer gelungenen Besetzung in der konservativen Kleinstadt Friedrichshafen

Die Kleinstadt Friedrichshafen am Bodensee hat 60.000 Einwohner*innen und wird von der Automobil- und Rüstungsindustrie geprägt. Sie ist Standort einer kleinen Privatuniversität mit rund 1.400 Studierenden. CDU und Freie Wähler dominieren den Gemeinderat und eine links-alternative Szene ist kaum vorhanden.

An diesem Ort haben wir es mithilfe einer erfolgreichen Besetzung geschafft das Projekt »Die Blaue Blume e. V.« zu erkämpfen und zu verankern. »Die Blaue Blume« ist experimenteller Freiraum und Ermöglichungsplattform für unterschiedlichste Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Kunst, Bildung, Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung. Sie ist zugleich auch ein Wohnprojekt. Mehr als die Hälfte der Aktiven wohnt dort in Wagen und fliegenden Bauten. Das Projekt ist zum Ort einer entstehenden stadtpolitischen Opposition in Friedrichshafen geworden.

Wie gelang es in einem konservativen und wenig aufgeschlossenen Umfeld eine emanzipatorische und radikale Praxis zu realisieren? Als zunächst komplett unerfahrenes und sich im Politisierungsprozess befindendes Team begannen wir unsere politische Praxis erst in der Auseinandersetzung mit der Stadt und ihren kulturellen Widerständen und bürokratischen Spielregeln zu entwickeln.



Was haben wir dabei gelernt? Welche unserer Erfahrungen und Tools sind auf andere Kämpfe übertragbar? Bevor wir diese Frage beantworten, möchten wir kurz die Geschichte der »Blauen Blume« erzählen, um den Kontext des Gelingens verständlich zu machen.

Vom romantischen Kulturprojekt zur erfolgreichen Besetzung und Verstetigung

Auf der Apfelwiese einer hilfsbereiten Bäuerin startete eine kleine Gruppe das Projekt »Die Blaue Blume« und wurde zu Beginn kaum öffentlich wahrgenommen. Im Fokus stand zunächst ein

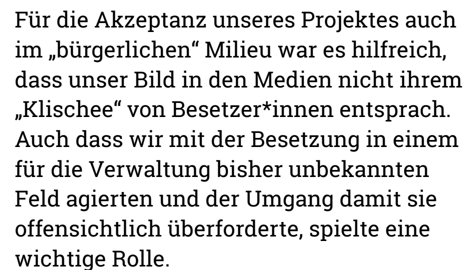
alternatives Wohnprojekt als Begegnungsort unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen. Schnell wurde das Projekt größer und entwickelte eine Plenumsstruktur mit rotierender Moderation und Konsensentscheidung.

»Die Blaue Blume« gab Inhalten und Aktivitäten Raum, die bisher in Friedrichshafen nicht zu finden waren: kleine Non-Profit Kulturveranstaltungen, Queerfeministische Seminare, Antirassismus-Trainings, Repaircafés und Urban Gardening. Diese Formate stießen auf Interesse und knüpften Verbindungen auch zum „bürgerlichen" Teil der Stadt, zum Beispiel durch Kooperationen mit der VHS oder durch die Vernetzung mit der Universität, mit Hochschulgruppen, Kulturvereinen oder der Architektenkammer. Die Institutionen und Personen zu denen in dieser Zeit Verbindungen entstanden, wurden bei der späteren Besetzung zu wichtigen Supporter*innen.

Sehr schnell stellte unsere Gruppe fest, dass wir einen stabileren, zentraleren und größeren Ort benötigten, um das Projekt weiter entwickeln zu können. Alle Versuche eine neue Fläche zu pachten, scheiterten jedoch, trotz Kooperationsversuchen mit der Verwaltung und „bürgerlichen" Unterstützer*innen. Dies führte schließlich zur Entscheidung, eine brachliegende Fläche, die zuvor ohne Begründung von der Verwaltung abgelehnt worden war, zu besetzen.

Die Besetzung startete nach intensiver Planung mit einem kleinen Festival und die ersten vier Wochen waren durchgetaktet mit Veranstaltungen und Aktivitäten verschiedenster Gruppen. Es folgte eine Zeit der Räumungsdrohungen, begleitet von Lobbyarbeit und Verhandlungen. Unser Freiraum aber kam durch

DIE ABWESENHEIT IDEOLOGISCHER ODER KULTURELLER AUSSCHLÜSSE MACHTE ES SCHWIERIG UNS EINDEUTIG ZU VERORTEN



die Besetzung erst richtig in Fahrt – mit einer hohen Veranstaltungsdichte und einer größer werdenden Zahl an Nutzer*innengruppen. Plötzlich waren wir aus der Nische in den Fokus der Aufmerksamkeit der Stadt gerückt.

Nach eineinhalb Jahren und vielen Verhandlungen entschied sich der Gemeinderat für das Projekt und machte den Weg für eine Legalisierung frei – jedoch mit der Bedingung auf eine andere Fläche zu ziehen. Es dauerte noch einmal ein Jahr bis die Baugenehmigung erteilt und der Umzug abgeschlossen waren. Während dieser Zeit absorbierte der Kampf um den Erhalt und die Auseinandersetzung mit der Baubürokratie über weite Strecken hinweg alle unsere Kapazitäten. Es blieb wenig Raum, um die zentralen Projektinhalte weiterzuentwickeln.

Gelingensbedingungen

Ein wichtiger Faktor für die Legalisierung war, dass der Besetzung schon zwei Jahre aktivistische und kulturelle Arbeit vorausgingen und wir damit für die Stadtöffentlichkeit zum Zeitpunkt der Besetzung ein bekanntes Projekt und daher bereits gut mit der Stadtgesellschaft vernetzt waren.



Für die Akzeptanz unseres Projektes auch im „bürgerlichen" Milieu war es hilfreich, dass unser Bild in den Medien nicht ihrem „Klischee" von Besetzer*innen entsprach. Auch dass wir mit der Besetzung in einem für die Verwaltung bisher unbekannten Feld agierten und der Umgang damit sie offensichtlich überforderte, spielte eine wichtige Rolle.

Unsere politische Unerfahrenheit hatte auch eine positive Seite, indem sie zu einer sehr großen Offenheit gegenüber unterschiedlichsten Strategien, Praktiken und Bündnissen führte. Die Abwesenheit ideologischer oder kultureller Ausschlüsse machte es schwierig uns eindeutig zu verorten. Unsere Positionen und Forderungen entwickelten wir erst durch die konkrete Praxis. Durch die große Resonanz auf unser Projekt wurde das Bedürfnis nach einem alternativ-linken Freiraum in Friedrichshafen sichtbar, den es so vorher nicht gegeben hatte.

Hier nun ein paar Überlegungen zu unseren politischen Strategien und den Erfahrungen damit.

Kommunikation: Die eigene Erzählung hegemonial werden lassen

Wichtigstes Element unserer Kommunikationsstrategie war es, unser eigenes Narrativ der Besetzung im öffentlichen Diskurs zu platzieren. Wir erzählten die Besetzung als legitime Schlussfolgerung eines wachsenden Kulturvereins, der von der Verwaltung immer wieder abgewiesen wurde.

Um bestehende Ängste und Feindbilder in der eher kleinbürgerlichen Stadtgesellschaft Friedrichshafens nicht zu triggern, achteten wir in der Außenkommunikation auf unsere Sprache. Wir vermieden typisch „linke" oder „szenenspezifische" Begriffe und Bilder. So wurde beispielsweise nie von Besetzung sondern immer von „Umtopfen" gesprochen: »Die Blaue Blume« benötigt einen größeren Topf. Diese Sprachregelung wurde auch von den Medien übernommen.

Um unsere eigene Erzählung der Besetzung hegemonial werden zu lassen, war eine proaktive Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Zum Beispiel wurden Schlüsselpersonen aus Politik und Verwaltung schon am Tag der Besetzung persönlich informiert. Durch regelmäßige Pressemitteilungen, eine gewissenhafte PR-Arbeit und Kontakte zu vertrauenswürdigen Journalist*innen gelang es, dass der öffentliche Diskurs nicht von der ablehnenden Position der Stadtverwaltung dominiert wurde. Hierzu trugen auch die schon oben erwähnte Netzwerkarbeit und die aktive Einbeziehung der Nachbarschaft bei.

Sich kommunikativ auf die kleinbürgerlichen, soziokulturellen Realitäten vor Ort einzustellen, Bündnisfähigkeit und

und unsere Verbündeten über den Verlauf der Gespräche nicht informieren konnten. Dadurch sank nicht nur das öffentliche Interesse in der Stadt, sondern auch unsere Mobilisierungsfähigkeit, was wiederum unsere Verhandlungsposition schwächte.



Offenheit zu signalisieren, ohne dabei jedoch die eigene Kritik und das emanzipatorische Potenzial zu verlieren, ist und bleibt eine Herausforderung.

Verhandeln: Eindringen in die politischen Institutionen

In den Verhandlungen, die sich über zwei Jahre erstreckten, ging es zunächst um die Abwendung der Räumung, dann um ein alternatives Flächenangebot und schließlich um die Legalisierung in Form einer Baugenehmigung und eines Pachtvertrags. Wir verfolgten für den Gemeinderat und für die Stadtverwaltung jeweils unterschiedliche Strategien. Insbesondere die Stadtverwaltung trat uns hierbei machtpolitisch entgegen.

Die Kontaktaufnahme zu den Mitgliedern des Gemeinderates und den Ratsfraktionen begann schon vor der Besetzung. Wir konnten unser Projekt bei einigen Fraktionen vorstellen und knüpften erste persönliche Kontakte. Nach der Besetzung folgten Vertreter*innen aller Fraktionen einer Einladung zu einem Rundgang auf dem besetzten Gelände. In einigen Fraktionen gab es eine Kontaktperson, die von uns mit Argumenten für Ausschüsse und Ratssitzungen gebrieft wurde. Wichtig war dabei nicht nur zu kritisieren, sondern eigene Lösungsansätze zu erarbeiten, die von der Politik gegenüber der blockierenden Verwaltung vorgebracht werden konnten. Wir wurden selbst zu Expert*innen, organisierten den Austausch mit anderen Wagenplätzen und der anwaltlichen Beratung, kommentierten Ausschussvorlagen und erstellten Dokumente, um Lösungen aufzuzeigen.

Gegenüber der Verwaltung agierten wir transparent und veröffentlichten unsere Kommunikation mit ihr. Die Verwaltung betrachtete uns dabei zunächst nicht als gleichwertigen Partner. Das Vertrauen, das zur Verwaltung in den ersten beiden Projektjahren aufgebaut wurde, war durch die Besetzung zerbrochen. Doch Druck von Gemeinderat und Öffentlichkeit zwangen die Verwaltung die Gespräche mit uns wieder aufzunehmen.

Die von uns geforderte Transparenz der Gespräche wurde von der Verwaltung verweigert. Da wir den Druck nicht weiter erhöhen konnten, wurde nicht-öffentlich verhandelt. Hierbei zeigte sich jedoch, dass nicht-öffentliche Verhandlungen auch Räume öffnen können, um von parteipolitischen Positionen abzurücken und offen ins Gespräch zu gehen. Problematisch war, dass wir die Stadtöffentlichkeit

Auf der formalen Ebene machten wir die Erfahrung, dass eine „neutrale" Moderation und ein für beide Seiten externer Gesprächsort von Vorteil sein können. In unserem Fall fanden die diffizilen Gespräche in der Universität statt, moderiert von der Präsidentin. Um formal eine gleichberechtigte Position zu stärken, setzten wir eigene Tagesordnungspunkte auf die Agenda oder übernahmen das Protokoll, um Ergebnisse zu dokumentieren und zu sichern.

Frühzeitig bezogen wir neue Teammitglieder in die Gespräche ein, um den Kreis der „Ansprechpartner*innen" zu vergrößern. Im langwierigen Verhandlungsprozess war es wichtig, die Kompetenzen und Erfahrungen nicht auf eine kleine Gruppe zu konzentrieren, sondern zu verteilen.

Erfolgreich Umtopfen

Nach sechs Jahren Aktivismus und Verhandlungen ist »Die Blaue Blume« heute ein verstetigtes Projekt. Durch eine geschickte Kommunikationsstrategie, immer wieder überraschendes Handeln und eine partizipative Netzwerkarbeit gelang es, die eingefahrenen lokalen Strukturen aufzubrechen. Unsere Offenheit, die Vermeidung von Ausschlüssen und das Einbeziehen von öffentlichen „Schlüsselakteur*innen" waren dabei wichtige Bedingungen des Gelingens.

▸ **Autor:** Jakob Wirth, »Die Blaue Blume«
▸ **E-Mail:** brief@dieblaueblume.org
▸ **Websites:** www.dieblaueblume.org, www.facebook.com/derblauebote

„BIZIM KIEZ WAR GERADEZU ANSTECKEND, WEIL ES IN DER LUFT LAG“

Ein Interview mit Magnus Hengge von der Berliner Initiative »Bizim Kiez«



Die Initiative »Bizim Kiez« wurde 2015 von solidarischen Nachbar*innen im Kreuzberger Wrangelkiez gegründet. Sie kämpft als Nachbarschaftsinitiative gegen Verdrängung und für den Erhalt lebendiger Kieze. Im Interview spricht Mitbegründer Magnus Hengge über die Arbeit der Initiative, über Erfolge, den Organisierungsansatz und die Kooperation mit Politik und Verwaltung.

MK: Du bist seit der Gründung in der Initiative »Bizim Kiez« aktiv. Wie hat alles angefangen?

MH: Wir haben uns vor inzwischen fast vier Jahren gegründet, weil hier in der Straße viele Geschäfte verdrängt wurden. Eins davon war »Bizim Bakkal«, auf Türkisch heißt das »unser Laden«. Und das war genau das Gefühl, was die Nachbarschaft dazu hatte: Dass da ein Laden verdrängt wird, in dem die ganze Nachbarschaft sich trifft und miteinander spricht. Dort haben sich Menschen aller möglichen Milieus und Herkünfte miteinander gemischt. Daraus ist eine besondere Kiezinitiative geworden.

MK: Was war die Vorgeschichte dazu?

MH: Das war natürlich nicht der erste Laden, der hier zugemacht hat. Wir haben als Nachbar*innen schon gesehen, dass diese inhabergeführten Läden zugemacht haben, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können. Die Vermieter erhöhen die Preise so stark, dass die Geschäftsmodelle der Händler*innen, die bisher funktionieren – als versorgende Geschäfte für die Nachbarschaft – plötzlich und unverschuldet nicht mehr funktionieren. Die gleiche Verdrängungserfahrung haben andere auch schon als Wohnmieter*innen gemacht, oder sie haben es bei Freund*innen erlebt, die nun keine Nachbarn mehr sind.

Es war klar: Wenn wir uns jetzt nicht wehren, verändert das den Charakter des Viertels so stark, dass all die Dinge, die wir alle in Kreuzberg lieben, alles was wir in den letzten Jahrzehnten miteinander aufgebaut haben, ganz schnell von anderen als Kapitalwertzuwachs abgeschöpft und verwertet wird. Das Geld landet dann bei Immobilienfirmen und Vermieter*innen und übrig bleibt eine ausverkaufte Stadt.

Weil das inzwischen fast alle Menschen verstehen, hatte es anfangs auch nur so ein paar kleine Zettelchen im Schaufenster von »Bizim Bakkal« gebraucht, auf denen stand: „Wir wollen uns als Kundinnen und Kunden nicht mit der Verdängung des Ladens abfinden und wollen schauen, ob wir uns nicht dagegen wehren können.“ Zum ersten Treffen sind dann gleich rund 50 Leute gekommen. Das war in einem winzigen Café nebenan. In wenigen Wochen ist das dann so angewachsen, dass wir zwei Monate später eine echte Demo vor dem Laden hatten, mit über 1000 Leuten.

Die Idee von »Bizim Kiez« war damals geradezu ansteckend, weil es irgendwie in der Luft lag und sicher nicht nur in Kreuzberg.

MK: Gab es dabei Menschen, die schon vorher in einer Mieterinitiative organisiert waren?

MH: Ja, es waren Leute von den Mietervereinen dabei und ganz viele, die noch aus den 70er/80er-Jahren Erfahrungen als Hausbesetzer*innen mitbrachten und dann später Hausvereine gegründet haben. Da gibt es natürlich eine große Tradition in Kreuzberg von Kämpfen für Wohnraum. Von dieser Erfahrung mit Selbstorganisation hat die Gruppe viel profitieren können.

Die Menschen waren – vielleicht auch eine Besonderheit in Kreuzberg – mehrere

Wochen nacheinander auf der Straße und es entstand eine neue Qualität von Zusammengehörigkeitsgefühl, eine gemeinsame Erfahrung zum Beispiel mit einer Plenumskultur. Die musste auch niedrigschwelliger gemacht werden, so dass auch Leute teilnehmen konnten oder wollten, die nicht so viel Plenumserfahrung mitbringen. Aber darin war schon das gemeinsame Kreuzberger Gefühl rebellisch zu sein.

MK: Welche Bedeutung hatten hier nachbarschaftliche Netzwerke?

MH: Die sind sehr wichtig. Wir sagen immer, es lohnt sich noch für den Stadtteil zu kämpfen, weil er noch nicht komplett umgebaut ist und weil es noch nachbarschaftliche Beziehungen gibt. Das wollen wir erhalten, weil wir wissen und erleben, dass Verdrängung natürlich die nachbarschaftlichen Beziehungen zerstört. Wenn die Leute an den Stadtrand verdrängt werden, entstehen außerdem Folgeprobleme – psychische, gesundheitliche und letztlich auch gesellschaftliche.

Der Kern unserer Initiative ist der Aufbau von nachbarschaftlichen Netzwerken. Man nennt es vielleicht „Community Building“. Wir machen Veranstaltungen, die hauptsächlich dafür da sind, sich kennenzulernen oder sich gemeinsam als Nachbarschaft zu erleben. So entsteht auch ein gewisses Vertrauen in die gemeinsame Arbeit.

MK: Warum wurde gerade eure Initiative zum Erfolg?

MH: Was wir ganz offensiv betrieben haben, war eine außergewöhnlich starke Öffentlichkeitsarbeit. Das hatte auch damit zu tun, dass einige unter den Nachbar*innen in der Initiative sehr gute Medien-Kontakte hatten beziehungsweise selbst Journalist*innen waren. Daher haben wir sehr schnell eine fast schon „professionelle“ Pressearbeit gemacht. Wir haben den Fall in seiner empörenden Dimension so dargestellt, dass er auch gut erzählt in den Medien ankam. An diesem ersten Fall wurde deutlich, wie bestimmte Effekte der Verdrängung funktionieren.

Danach gab es weitere Fälle und immer wieder war Bizim Kiez dabei. Das hatte auf Leute, die hier wohnen, den Effekt, dass sie den Eindruck hatten, diese Initiative macht etwas anders als vorherige, auch wenn in der inhaltlichen Arbeit kein großer Unterschied besteht. Dieses Nach-Außen-abstrahlen war der wesentliche Unterschied und das hat nach Innen gewirkt, weil man uns zugeschrieben hat, dass sich wirklich was bewegt – zumindest in den Medien.

MK: Zurück zum Laden »Bizim Bakkal«. Am Ende musste der Vermieter nachgeben?

MH: Ja. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass wir den Konflikt personifizierten. Wir benennen in den Fällen die verantwortlichen Firmen und Geschäftsführer. Im Gewerbemietrecht wird ja so getan, als würden zwei auf Augenhöhe einen Vertrag schließen. Das ist natürlich nicht der Fall. Tatsächlich kann jemand aus einer hierarchischen Position heraus jemanden, der keine andere Chance hat, über den Tisch ziehen. Wir zeigen einfach auf, wie mies das ist. Gegen diesen persönlichen Druck, den wir da aufbauen, können die Immo-Firmen eigentlich nur resistent sein, wenn sie sowieso als komplette Abzockerfirma auftreten und mit ihrem Image als Verdränger einfach leben, weil sie trotzdem gute Geschäfte machen. Wenn es aber Firmen sind, die noch ein bisschen auf ihre Außenwirkung achten, kann man sie da angreifen. Das hat bei »Bizim Bakkal« dazu geführt, dass die Kündigung zurückgenommen wurde, aber nie dazu, dass ein neuer Mietvertrag in Aussicht gestellt wurde. Übrigens bekommen wir mit dieser Strategie ständig Ärger mit Vermietern, die versuchen gegen unsere Veröffentlichungen vorzugehen.

MK: Du sprachst vorhin von „Community Building“. Habt ihr euch das selbst angeeignet oder aus Projekten in den USA gelernt, wo der Organizing-Ansatz ja herkommt?

MH: Ich denke von den Bürgerrechtsbewegungen in den USA können wir noch sehr viel lernen – von deren Community Building und der herzlich-praktischen Willkommenskultur. Gerade in unserer deutschen etwas stoffeligen Kultur hängen wir da doch etwas hinterher. Wir versuchen das durch Learning by Doing. Es geht ja bei politischen Kämpfen nicht nur darum, nachbarschaftliche Feste zu feiern, sondern auch darum, eine belastbare Widerständigkeit zu organisieren.

Dabei steht auch die Frage an, ob das aufwändige Organizing finanziert werden soll und wie man Geld von öffentlichen Stellen dafür bekommt. Denn da stecken einige Leute sehr viel Kraft rein. Irgendwann ist dann bei diesen „Power-Aktiven“ die Grenze erreicht und sie müssen wieder Geld verdienen und ihr Leben außerhalb des Aktivismus auf die Reihe kriegen. Entfernen sich solche stark eingebundenen Aktivist*innen wegen äußeren Zwängen aus den Gruppen, geht sehr viel Wissen verloren. Wir müssen es hinbekommen, einen Wissenstransfer zu organisieren. Das könnte auch bedeuten, mittelfristig ganz neue Formen der Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu suchen. Das ist aber auch umstritten in den Initiativen.

ES GIBT SO EINE ART „NEUEN MUNIZIPALISMUS“ ALS FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERGER MODELL

MK: Hat es denn einen Annäherungsprozess zwischen Initiativen und Verwaltung gegeben?

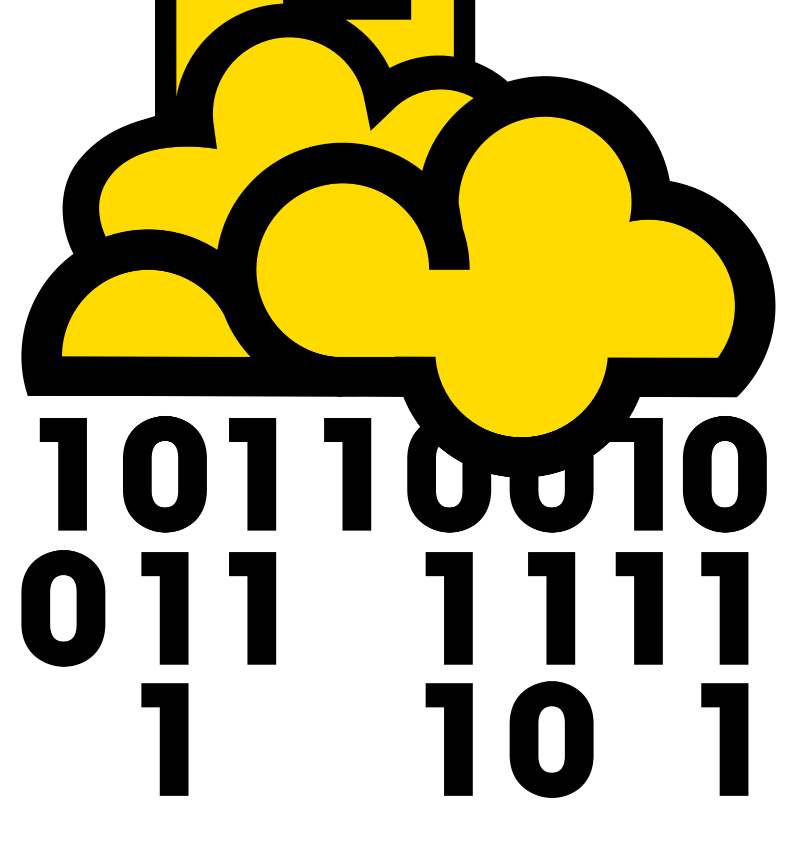
MH: Hier in Friedrichshain-Kreuzberg auf jeden Fall. Ausgelöst durch das starke Auftreten von Initiativen, ist hier ein neuer Baustadtrat gekommen: Florian Schmidt, der sich selbst als „Aktivisten im Amt“ bezeichnet. Da gab es natürlich auch bestehende persönliche Bekanntschaften, die eine Voraussetzung für Gespräche waren, die es so vorher nicht zwischen dem Aktivismus und der lokalen Politik und Verwaltung gegeben hat. Inzwischen haben wir eine ganze Reihe an Projekten, bei denen mittelbare Verwaltungsaufgaben teilweise neu definiert und auf Leute ausgelagert werden, die aus den Initiativen kommen. Es gibt so eine Art „neuen Munizipalismus“ als Friedrichshain-Kreuzberger Modell.

Ich glaube, alle sind auf Dialog und mittelbar auch auf Kooperation angewiesen. Das gelingt momentan in Ansätzen hier, weil es eine grün-linke Mehrheit auf der kommunalen Ebene gibt und eine rot-rot-grüne Regierung auf Landesebene in Berlin. Das eröffnet eine Art Möglichkeitsfenster dafür, dass solche Kooperationsideen etwas Zutrauen genießen und eine gewisse Tragfähigkeit bekommen können. Mit einer rot-schwarzen oder gelb-schwarzen Regierung wäre es undenkbar gemeinsam etwas gegen Gentrifizierung zu machen.

▸ **Das Interview** führte Martin Krämer, stadtpolitischer Aktivist u.a. bei »Recht auf Stadt Ruhr« und Mit-Koordinator des bundesweiten »Netzwerk Mieten und Wohnen«
▸ **Website:** www.bizim-kiez.de

IN DER STADT DER BITS UND ATOME

Ideen für ein digitales Recht auf Stadt



Als das Internet noch als etwas „Virtuelles“, Abgetrenntes von der physikalischen Umgebung wahrgenommen wurde, versuchte man Entsprechungen von „Stadt“ im elektronischen Raum nachzubilden: „Das Netzwerk ist ein neuer Ort für Stadt“ schrieb im Jahr 1996 William J. Mitchell – ein Netzwerk, in dem Gemeinschaften gebildet und öffentliche Räume geschaffen werden können. Aber schon damals deutete sich an, dass das Internet und alle technologischen Entwicklungen, die sich in seiner Folge ausbreiteten, Auswirkungen nicht nur auf Gesellschaft und Kultur, sondern auch auf urbane Räume entfalten würden. Heute, zehn Jahre nach der Erfindung des Smartphones und in der Blütezeit monopolistischer Digitalplattformen, zeigen sich vielfältige Auswirkungen digitaler Kommunikation auf die Städte.

Besonders der gelebte Raum, also nach Henri Lefebvre „jener Raum, der durch Bilder und Symbole vermittelt wird“, hat sich unter dem Einfluss digitaler Medien verändert: Die Art, wie wir urbane Räume wahrnehmen, benutzen und verhandeln. Die Auswirkung der Digitalisierung lässt sich mittlerweile so zuspitzen, dass ein Ort nur dann existiert, wenn er mit der Suchmaschine von Google entdeckt, auf Fotos in den sozialen Medien dokumentiert und mit der Hilfe von Google Maps aufgesucht werden kann. Ein anderes Beispiel: Seitdem 3D-Programme wie etwa die Konstruktionssoftware CATIA der französischen Firma Dassault Systèmes in der Architektur Verwendung finden, werden deren visuelle Ergebnisse auch für die Visualisierung von Bauvorhaben benutzt. Das beeinflusst die Vermittlung von Stadtplanung – ob einzelne „Leuchttürme“ oder ganze Neubaugebiete. Die vorherige, analoge Bildgebung durch Zeichnungen – die noch den Eindruck einer subjektiven Autor*innenhandschrift transportierten – oder durch 3D-Modelle aus variablen Holzklötzchen, die sich auch nochmal umstellen ließen, wurde durch die hyperrealistische und dabei hermetische Darstellung der 3D-Renderings abgelöst. Denn während die tatsächlichen Pläne in der Regel noch sehr offen und veränderbar sind – vor allem für finanzkräftige Investoren – entkräften die Visualisierungen die Möglichkeiten einer ergebnisoffenen Mitsprache von Betroffenen und Bewohner*innen.

Physikalische Anzeichen der Digitalisierung auf der Straße sind eher indirekt, manchmal nur mit genauem Auge wahrnehmbar. Am ehesten zeigen sich vielleicht die so allgegenwärtigen wie unscheinbaren Verteilerkästen der Telekommunikations-Unternehmen (die hellgrauen Kisten am Straßenrand, die an den Lüftungsschlitzen als DSL-Verteilerstation erkennbar sind). Markanter sind die Artefakte der Stadtmöblierung von Unternehmen wie JCDecaux oder WALL. Hier werden die Anzeigetafeln statischer Werbeplakate durch flimmernde LED-Bildschirme ersetzt. Diese werden bald nicht nur ihre Werbebotschaften in den öffentlichen Raum senden, sondern aus diesem auch Signale empfangen, indem sie durch eingebaute Sensoren

ihre Umgebung und die Reaktion auf ihre eigenen Botschaften aufzeichnen und verarbeiten. Für ein Verständnis für die Ausbreitung digitaler Strukturen lohnt es sich, nach diesen Artefakten Ausschau zu halten und mehr über ihre Betriebsbedingungen herauszufinden.

Gleiches gilt auch für Anzeichen der Plattform-Ökonomien im Stadtraum und deren Auswirkungen auf aktuelle Arbeitsformen, etwa durch die Jobber*innen der Lieferservices oder Kurierdienste, die mit Auto oder Fahrrad durch die Straße hetzen, immer das Smartphone in der Hand, das die nächsten Schritte und das Tempo vorgibt.

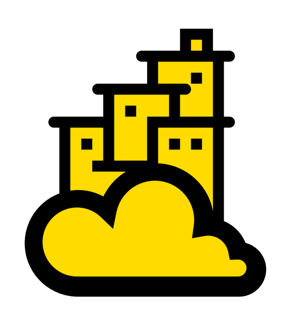
Sceptical minds

Von den städtischen Administrationen werden digitale Produkte immer häufiger als Lösung der verschiedensten Probleme heutiger Städte verhandelt. Oft wird dabei für eine bereits vorhandene (Software-) Lösung ein irgendwie passendes Problem gesucht – mit dem Versprechen alles irgendwie effizienter, vor allem aber kostensparender zu machen. Dieser Ansatz wird angetrieben von einer westlich-industriell geprägten Wachstumsideologie, die

FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE DYNAMIK BRAUCHT ES DIE ENTWICKLUNG SCHLAU VERKNÜPFTER PRAXEN AUS DIGITALEN TAKTIKEN UND URBANEN KÄMPFEN

sich nicht nur aus ökologischen Gründen immer wieder als schädlich entpuppt. Die Stadtregierungen verfangen sich in diesem Mechanismus, glauben sie doch einem innovativen Zeitgeist zu entsprechen, und verlieren dabei die Bedürfnisse und Ansprüche der Bewohner*innen weiter aus dem Blick. Ein Banner, unter das diese Projekte gestellt werden, ist der diffuse Begriff einer „Smart City". Dieser als Marketingwerkzeug geborene Begriff wird auch in kritischen Diskursen, im Speziellen für die Digitalisierung städtischer Infrastrukturen, für das Management von Verkehr und Ressourcen und im Allgemeineren für alle Auswirkungen digitaler Entwicklungen im urbanen Raum genutzt.

Für die verschiedenen Ebenen, auf denen sich die Entwicklung einer digitalen Stadt beobachten lassen, hier zwei Leseempfehlungen: Der im Netz verfügbare Reader „Die Smarte Stadt neu denken", verfasst von Francesca Bria und Evgeny Morozov und der Sammelband „Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten", herausgegeben von Sybille Bauriedl und Anke Strüver. Beiden Veröffentlichungen ist gemeinsam, dass sich in ihnen – neben



der kritischen Betrachtung der Smart City und der ihnen zugrunde liegenden Ideologien und Interessen – auch Anregungen für emanzipatorische Ansätze finden lassen, die die Informationstechnologien nutzen, um gemeinschaftliche Projekte zu realisieren. (Disclaimer: Im Sammelband sind auch Beiträge des Autoren enthalten)

Tecnopolitica und andere antagonistische Konzepte

Die digitale Sphäre ist dominiert von den großen Plattformen des digitalen Kapitalismus. Offene Kommunikation im Netz, die Präsenz von Marginalisierten und Gegner*innen von Rassismus, LGBTIQ+-Phobien und Misogynie wird immer aggressiver von Kohorten aus Trollen und Wutmenschen attackiert. Die Schutzfunktion der Privatsphäre wird durch den Datenhunger staatlicher Stellen und der Digitalwirtschaft durchlöchert.

Aber es gibt noch „Gelegenheiten und Anfänge" im digitalisierten Raum, die es zu entdecken und auszubauen gilt. Es ergeben sich Lücken und Nischen, in denen sich „subalterne Citizens verweigern, mit der markengetriebenen Ökonomie des Big Data" (so Ayona Datta in einem Text über Digitalisierung im postkolonialen Indien) zu interagieren oder sich erlauben, antagonistische Konzepte einer digitalen Gemeinschaftlichkeit, der Commons zu entwickeln. Für eine gesellschaftliche Dynamik braucht es die Entwicklung schlau verknüpfter Praxen aus digitalen Taktiken und urbanen Kämpfen. Das wären Praxen „die mit der Auseinandersetzung mit digitalen Netzwerken beginnen und im urbanen Raum enden – und vice versa" (so Michelle Teran im Metrozones Schoolbook über das Tecnopolítica Konzept in Spanien und Lateinamerika).

Um eine Perspektive zu entwickeln, bietet sich ein Blick auf die Idee der Digital Citizenship an, wie sie von Evelyn Ruppert und Isin Ensin beschrieben wird. Eine Digital Citizenship bedeutet nicht nur die Aneignung von Fähigkeiten, sich mit Mitteln der Informationstechnologien selber zu organisieren oder an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Es geht auch darum, die Funktionsbedingungen gesellschaftlicher Prozesse nicht nur als passive Bewohner-Benutzer*innen hinzunehmen, sondern diese so zu ändern, dass sie gerechter und demokratischer werden. Citizenship versteht sich hier explizit nicht als ein Recht, das verliehen wird und vorgibt, was erlaubt ist (wie etwa eine Staatsbürgerschaft). Das Konzept ist vielmehr performativ zu denken: Als eine Handlung, sich das Recht zu nehmen, ohne eine Erlaubnis dafür einzuholen oder bestehenden Arrangements zu folgen. Dies bedeutet auch eine Erweiterung des Rechts auf Stadt und richtet dabei den Blick auf die Datafizierung und Digitalisierung urbaner Räume. Daraus könnte sich dann eine ganz andere Idee einer vernetzten, cleveren Stadt entwickeln.

Vorschläge für eine TODO-Liste

Abschliessend ein paar Stichworte für kritische wie experimentelle Annäherungen an ein digitales Recht auf Stadt:

- Gemeinschaftlich organisierte, offene Infrastrukturen aufbauen.
- Projekte eines Urbanen Commons entwickeln.
- Open Data kritisch anwenden.
- Mit digitalen Tools experimentieren, sie programmieren oder verbessern und sich an Freie Software-Projekten beteiligen.
- Medienlabore, Fablabs und Hackcenter aufbauen, mitnutzen, unterstützen.
- Digitale Mythen entzaubern, umdrehen, entsorgen.
- Auswirkungen durch die Handlung digitaler Plattformen kritisieren (wie die Proteste gegen den Google Campus in Berlin Kreuzberg, die toxischen Auswirkungen von AirBnB auf die Wohnungsmärkte oder die Arbeitsbedingungen in den Plattformökonomien).
- Und vielleicht auch die schlichte Option, das Feedback zu verweigern.

▸ **Autor:** Ulf Treger, city/data/explosion, Hamburg
▸ **Literatur: Francesca Bria, Evgeny Morozov**: Die Smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können, 2017. Download: www.rosalux-nyc.org/de/rethinking-the-smart-city ▸ **Sybille Bauriedl, Anke Strüver** (Hg.): Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, 2018. ▸ **Petra Barz; Anne Hufschmid; Kathrin Wildner**: Schoolbook für städtisches Handeln, 2017. www.schoolbook.metrozones.info ▸ **Joe Shaw, Mark Graham**: Our Digital Rights to the City, 2017. Download: www.meatspacepress.org/our-digital-rights-to-the-city ▸ Im **Hamburger Recht auf Stadt Netzwerk** wurde kürzlich eine Mailingliste zu Stadt und Digitalisierung eingerichtet: https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/ras-digitale-stadt

GEHEN, SEHEN, VERSTEHEN UND VERÄNDERN!?

Skizze der emanzipatorischen Potentiale einer politischen Rundgangsdidaktik

Immer häufiger begegnet mensch politischen, kritischen oder alternativen Stadtrundgängen, die sich – von unterschiedlichsten Akteur*innen angeboten – irgendwo zwischen politischer Aktion, politischer Bildung und touristischer Attraktion zumindest in deutschen Großstädten fest etabliert haben.

Gegenstand der folgenden Zeilen sind Stadtrundgänge, die als Bildungs- und Aktionsräume im öffentlichen Raum von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für verschiedene Zielgruppen angeboten werden. Trotz unterschiedlicher Ziele ähneln sich viele der Angebote in ihrer Gesamtgestaltung: Zu einem vorher festgelegten Oberthema (beispielsweise Konsum, Rassismus, Stadtentwicklung) wird durch Stationen an verschiedenen Orten und durch unterschiedliche Formen der Vermittlung eine inhaltliche Auseinandersetzung angeboten.

Einige Rundgänge sind so konzipiert, dass über den realen Ort hinaus allgemeine Einsichten über die gesellschaftspolitische Wirklichkeit gewonnen werden können. Andere fangen vergangene oder entfernte Prozesse und Ereignisse vor Ort ein und arbeiten deren Relevanz bzw. Auswirkung auf lokaler Ebene exemplarisch heraus. Zum Teil werden auch individuelle und kollektive politische Handlungsmöglichkeiten im eigenen Lebensraum aufgezeigt, um selbst oder gemeinsam Missstände zu verändern.

Bereits in ihren Eigenbezeichnungen grenzen sich diese Stadtrundgänge von herkömmlichen Stadtführungen durch ihre Attribution „kritisch“, „politisch“ oder „alternativ“ ab. Mit einer eigenwilligen Interpretation dieser (recht abgedroschenen und deutungsoffenen) Begriffe möchte ich die Potentiale dieser Rundgänge skizzieren.

„Kritisch“

Politische Rundgangsinitiativen sind hinsichtlich ihrer Organisator*innen sehr vielfältig aufgestellt. Durch diese Heterogenität variieren auch die Ziele der Initiativen zwischen Veröffentlichung von (nicht verbreiteten) Informationen, politischer Artikulation/Aktion und politischem Lernen. Gemeinsam ist den Akteur*innen kritischer Rundgänge häufig die Orientierung an gesellschaftlichen Krisenphänomenen, die einer kritischen Gesellschaftsanalyse unterzogen und auf Lösungsperspektiven hin diskutiert werden.

Ein Großteil der Recht auf Stadt-Gruppen sind sogenannten Bildungsbewegungen (aus universitär-intellektuellem Milieu) zuzuordnen, deren Akteur*innen Stadtrundgängen die Funktion einer Gegen- oder Alternativöffentlichkeit einräumen: Mit einer gegenhegemonialen Wissensproduktion wird ein (zusätzlicher) Weg der Artikulation und Öffentlichkeitsarbeit geschaffen. Vor Ort weisen Aktivist*innen auf Widersprüche zwischen offiziellen Postulaten und realer geschichtlicher Entwicklung hin, stellen gesellschaftliche Konsense infrage und zeigen andere Möglichkeiten sozialer Reproduktion auf. Dabei können sowohl die besuchten Orte selbst als auch die eigenen Perspektiven, Erfahrungen und Betroffenheiten der Rundgänger*innen eine wichtige Rolle spielen.

„Politisch“

Besondere Chancen entfalten sich für den Lern- und Aktionsraum Stadtrundgang, wenn sich in der Konzeption ein Begriff des Politischen widerspiegelt, der als „Praxis des Erzeugens, der Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse“ (Laclau/ Mouffe) verstanden wird. Das Soziale kann durch eine hegemonietheoretischen Einbettung als politisch bestimmt, kontingent und veränderbar begriffen werden. Der Stadtraum eignet sich besonders gut dafür, sich konkret und exemplarisch Orte konfliktdidaktisch zu erschließen und an diesen Beispielen die Politik (das Gewordene) aus der Perspektive des Politischen (des Möglichen) zu verstehen.

DER STADTRAUM EIGNET SICH BESONDERS GUT DAFÜR, SICH KONKRET UND EXEMPLARISCH ORTE KONFLIKTDIDAKTISCH ZU ERSCHLIESSEN

Bedeutungsgeladene Räume können als solche wahrgenommen und hinsichtlich ihres hegemonialen Narrativs kritisch hinterfragt werden. Ein „Verlernen“ normierter Wahrnehmung kann gefördert, der Stadtraum neu gelesen und dadurch können neue Handlungsoptionen und -freiheiten gewonnen werden.

„Alternativ“

Die Eigenbezeichnung „alternativ“ kann sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen: Zum Einen wird durch diese Attribution die Abgrenzung zu klassischen Führungen deutlich gemacht. Statt des hierarchischen Formats können ungewöhnliche Formen der Vermittlung und Erschließung des Stadtraums erprobt werden, zum Beispiel erfahrungsgeleitet, authentisch, kreativ oder interventionistisch.



Weiterhin kann die Betitelung als Hinweis gedeutet werden, dass es eben doch gesellschaftliche Alternativen gibt, für die es zu kämpfen lohnt! Individuen sind den Verhältnissen zwar unterworfen, zugleich aber auch in der Lage, diese zu gestalten und zu verändern. Dass der Stadtraum hegemonial gekerbt ist, kann vor Ort sehr gut durch utopische Irritationen sichtbar werden und konkrete Handlungsoptionen eröffnen. Die Devise, dass alles immer auch anders sein könnte, prägt das Engagement vieler Sozialer Bewegungen und kann auch das Alternative in Stadtrundgängen auszeichnen.

Eine zweite Deutung des Alternativen kann die Abgrenzung zu klassischen Führungen sein, indem statt des hierarchischen Formats ungewöhnliche Formen der Vermittlung und Erschließung des Stadtraums erprobt werden.

Spazieren gehen mit interessensgeleiteten Akteur*innen – Zwischen politischer Artikulation und politischem Lernen

Rundgänge können auch als Form politischer Artikulation genutzt werden, in deren Rahmen gesellschaftliche Missstände angeprangert, politische Forderungen aufgestellt und durch öffentlichkeitswirksame Aktionen lautstark in die Öffentlichkeit getragen werden. Adressat*innen sind dann nicht nur die Teilnehmer*innengruppe eines Spaziergangs, sondern auch die Passant*innen der Innenstadt. Durch die Aktion in der Stadtöffentlichkeit soll das gesamte „Publikum" wachgerüttelt werden.

Wenn mit Schüler*innen gemeinsam spaziert wird, geht es auch um politische Lernprozesse. Politische Rundgänge (und auch andere Begegnungsräume der außerschulischen Bildung) bieten für Schüler*innen eine Gelegenheit, eigenwillige, couragierte Erwachsene kennenzulernen, die in ihrem eigenen Umfeld, vor allem aber in der Schule häufig nicht vorhanden sind. Es geht bei diesem Direktkontakt also nicht nur um die Vermittlung von Expert*innenwissen, sondern vor allem darum, zu ermutigen und zu begeistern, den Lauf der Welt selbst zu verstehen, die Erfahrung zu machen, was es heißt, eingreifend zu denken und zu handeln, gemeinsam zu scheitern und gemeinsam etwas zu bewirken.

Die Metapher des Wachrüttelns erschöpft sich hier allerdings schnell: Jugendliche sind in weiten Teilen hellwach – herrschaftskritische Perspektiven haben in formalen Bildungssettings lediglich wenig Platz. Deshalb müssen außerschulische Akteur*innen genau hier der Stachel sein.

Wir brauchen eine politische Rundgangsdidaktik!

Für politische Aktivist*innen, die ihre Rundgänge auch als Veranstaltung politischer Bildung verstehen, gilt es, die eigene Rolle als politische*r Bildner*in zu reflektieren und Gelingensbedingungen für spazierende Lernarrangements im öffentlichen Raum zu formulieren. Dabei sollte die pädagogische Deutungsmacht und die eigene Eingebundenheit und Rolle reflektiert werden. So könnte die potenziell mächtige Sprecher*innen-Rolle bei Stadtführungen, die Rundgänger*innen zu Autoritäten, Expert*innen und authentischen Erzähler*innen werden lässt, selbst zum inhaltlichen Thema eines Rundgangs gemacht werden. Um dem Vorwurf einseitiger Indoktrination zu entgehen, kann die eigene (politische) Perspektive erläutert werden und auch die Inhaltsauswahl besprochen werden: Zeigen heißt verschweigen – wie setzt sich der Kanon des Rundgangs zusammen, was bleibt unsichtbar und aus welchen Gründen nicht-thematisiert?

Durch diese reflexive Dimension können Bildungsangebote von Initiativen dem Verdacht der Überwältigung und der vermeintlich einseitigen Perspektiven entgegentreten. Dem dabei häufig postulierten Gegensatz politischer Bildung und politischer Praxis und deren Unvereinbarkeit sollte generell entschieden widersprochen werden: Eine neutrale Vermittlung und damit eine entpolitisierte Variante politischer Bildung ist weder möglich noch erstrebenswert. Vielmehr sollte politische Bildungsarbeit die politische Funktion von Wissen(schaft) allgemein und (politischer) Bildung im Besonderen berücksichtigen und dementsprechend reflexiv in Konzeptionen einfließen lassen.

Für die Weiterentwicklung politischer Stadtrundgänge scheint es mir sinnvoll, erfahrene Akteur*innen der non-formalen Bildung hinzuzuziehen, sich auszutauschen und gemeinsam pädagogisch-didaktische Herangehensweisen, vielleicht sogar so etwas wie eine politische Rundgangsdidaktik zu entwickeln. Spazierend schreiten wir voran!

▸ **Autor:** Oliver Emde flaniert mit der Gruppe »Stadtrundgangster« aus dem Verein »Die Kopiloten e.V. gemeinsam. politisch. bilden« in außerschulischen Bildungskontexten herum. ▸ **Website:** www.stadtrundgangster.de.

MEDIEN



STRATEGIEN GEGEN GENTRIFIZIERUNG

Über Gentrifizierung reden viele, doch was kann dagegen getan werden? Lisa Vollmers neue Einführung setzt einen Schwerpunkt auf Gegenstrategien. Die Autorin möchte Initiativen anstoßen, „ihre Strategien auszutauschen, ihre Proteste zu vernetzen, ihre politischen Forderungen und ihre konkreten Utopien zu kollektivieren" (Seite 8).

Zunächst gibt Lisa Vollmer jedoch einen aktuellen Überblick zum umstrittenen Begriff der Gentrifizierung, worunter sie das Zusammenspiel von baulicher Aufwertung und der Verdrängung ärmerer Menschen aus einem Stadtviertel versteht. Neben den Folgen und Abläufen werden vor allem die Ursachen ausführlich erklärt und kontextualisiert.

Ab der Buchmitte widmet sich die Autorin der Frage, wie Gentrifizierung begegnet werden kann. Den Anfang machen politische Strategien wie eine verstärkte Regulierung der Mieten, der Ausbau des gemeinnützigen Wohnungssektors oder eine progressive Bodenpolitik. Laut der Autorin ist es aber keineswegs selbstverständlich, dass von Verdrängung Betroffene all das einfordern können: Sie müssen ihre Situation erst kollektivieren und politisieren.

Darüber hinaus widmet sich das Buch dem Gemeinschaftsbegriff vieler Mieter*innenitiativen, den Strategien in Debatten um „soziale Mischung", kreativen Protestmöglichkeiten, selbstbestimmter Partizipation und Planung sowie dem Spannungsfeld zwischen selbstverwaltetem und kommunalem Wohnen.

In dieser breiten Aufbereitung der Gegenstrategien liegt die Stärke des Buches – nicht nur, weil die Autorin ihnen im Vergleich zu früheren deutschsprachigen Einführungen viel Platz einräumt. Sondern auch, weil sie die zahlreichen empirische Beispiele in ihrer Argumentation spürbar ernst nimmt. Sie zeigen, was möglich ist; in ihren Unterschieden wird aber auch deutlich, dass es lokal angepasste Strategien braucht. Umso bedauerlicher, dass die meisten Beispiele aus Berlin, Hamburg oder Frankfurt sind. Ein Missstand, den Lisa Vollmer reflektiert und mit dem Fokus bisheriger Forschungen erklärt.

Lisa Vollmer: Strategien gegen Gentrifizierung, Theorie.org-Reihe des Schmetterling Verlags, Stuttgart, 2018, 163 Seiten, 12 €

Rezension: Max Söllner



DIE TRANSFORMATIVE STADT

Transformativ scheint gerade das neue Ding zu sein. Alles ist heute in Bewegung, ist transversal, divers oder queer. Zu Recht. Doch schon in den 1970er Jahren beschäftigte sich der britische Soziologe Stuart Hall, Begründer und Hauptvertreter der Cultural Studies, mit dem Problem der Repräsentation und der Produktion von Subjektivität als etwas uneindeutigem, hybridem, das sich beständig verändert. Identität ist eine soziale Konstruktion.

Andreas Thiesen, Professor für Sozialarbeitswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialer Raum an der Fakultät Architektur und Sozialwissenschaften der HTWK Leipzig, stellt in seinem Buch das normative Konzept sozialräumlicher Identität in Frage und zeigt, welche Konsequenzen sich hieraus für Stadtplanung und Stadtpolitik ergeben.

In Stadterneuerungsprozessen, durchgeführt in Form von Top-Down-Projekten, aber auch in Abwerkämpfen, etwa gegen Gentrifizierung, wird zur Aktivierung der Bewohner*innen eine sozialräumliche Identität als Zuschreibung angerufen. Das, was als Wesensmerkmal eines Stadtteils angesehen wird („Unser Kiez ist tolerant"), sei das Ergebnis einer narrativen Reproduktion, eine kollektive Konstruktionsleistung. Stadtplanung und ihre Gegnerschaft betrieben Stadtteilmarketing mit emotional aufgeladenen „Images". „Raum wird zu erzähltem Raum, Kiez wird zu erzähltem Kiez, Stadt wird zu erzählter Stadt – und bleibt zugleich im sozialräumlichen Wechselspiel von Aneignung und Sozialisation prägend." Auch Narrative können sehr wirkmächtig, starr und stabil sein, soziale Konstruktionen sowieso.

Stadtentwicklung habe keine Vorstellung, so Thiesen weiter, von den Brüchen und fragmentierten Identitäten, die in einem Quartier zu finden sind. Anstatt die urbane Diversität anzuerkennen, arbeite sie mit Zuschreibungen: Jugendliche mit Migrationshintergrund dürfen auf dem Stadtteilfest Hip-Hop präsentieren und ihre Mütter den Couscous-Salat servieren. Partizipatorische Demokratievorstellungen dürften nicht an vermeintlich eindeutige Stadtteilbilder und sozialräumliche Zuschreibungen anknüpfen.

In diesem Sinne spricht sich der Autor auch gegen so etwas wie „Milieuschutz" aus: „Ein ‚Verdrängungsverbot' impliziert den Ruf nach staatlicher Regulierung und missachtet die – wenn auch nicht immer berechenbaren – Selbstregulierungskräfte von Städten. Jene, die in Erinnerung an Henri Lefebvre ein ‚Recht auf Stadt' fordern, können das so nicht wollen." Hier ignoriert Andreas Thiesen die Gewaltförmigkeit sozialer Verdrängung, die zum Beispiel durch Mietsteigerungen entsteht.

Einerseits ist das Buch lesenswert und – was ungewöhnlich für solche wissenschaftlichen Textformate ist – provokativ und witzig geschrieben. Andererseits erscheint es an vielen Stellen aufgeblasen und ein längerer Aufsatz zum Thema hätte es womöglich auch getan.

Andreas Thiesen: Die transformative Stadt – Reflexive Stadtentwicklung jenseits von Raum und Identität, transcript Verlag, Bielefeld, 2016, 156 Seiten, 22 €

Rezension: Rainer Midlaszewski

A-Z RECHT AUF STADT

Ein völlig unvollständiger und subjektiver Vokabel-Guide durch stadtpolitische Theorie & Praxis

A

ANEIGNUNG

Der Klassiker der Aneignung sind Hausbesetzungen. Und vielleicht können der Frankfurter Häuserkampf der 1970er Jahre oder die Berliner Hausbesetzerbewegung der 1980er als Vorläufer einer Recht auf Stadt Bewegung gelten. Heute werden die Häuser gekauft. Zum Beispiel mit Hilfe des > Mietshäuser Syndikats. Und erinnert sich noch jemand an die Reclaim the Streets Demos der 1990er Jahre, die eine Aneignung des öffentlichen Raums mit Musik und Spaß ganz fundamental durchsetzten? Oder hat jemand in der gleichen Zeit mal auf einem der vielen illegalen Raves in einer leerstehenden Fabrikhalle die Nacht durchgetanzt? Soll es auch heute noch gelegentlich geben.



Die Aneignung von urbanem Raum oder die Urbanisierung von weggeworfenem Raum hat viele Gesichter. Sie kann laut und konfrontativ oder still und leise sein. Sie kann auf eine Verstetigung abzielen oder nur auf eine temporäre Nutzung. Nehmt euch, was ihr gebrauchen könnt. [RM]

B

BODENFRAGE

DIE Schlüsselfrage nachhaltiger und sozial gerechter Stadtpolitik. Boden müsste folgerichtig als öffentliches Gut gelten, das zum Gemeinwohl aller verwendet wird. Das Gegenteil ist der Fall und das hat natürlich mit der > Eigentumsfrage zu tun. Die Profiteure des Ausverkaufs öffentlicher Flächen und Immobilien in den vergangenen Jahrzehnten sind Großinvestoren, Fonds, Aktiengesellschaften. Nicht nur finanzschwache Kommunen sanierten ihre Haushalte mit Bodenverkauf, auch der Bund spekuliert(e) ordentlich mit seinen zahlreichen riesigen Flächen. Die zumeist mit öffentlichen Geldern finanzierte städtische Aufwertung ließ öffentliche

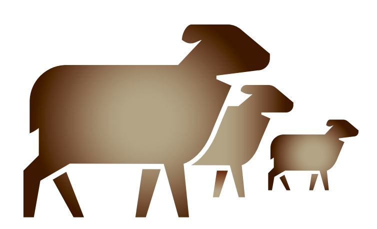


Immobilien und Grundstücke zunehmend zu einer attraktiven Anlage für überschüssiges Finanzkapital werden. Die Bodenpreise steigen so weiter ungebremst – in Berlin zum Beispiel in einem Jahrzehnt um das Zehnfache. Wohnungsneubau konzentriert sich vor allem auf die profitablen Bereiche des Wohnungsmarkts. Die gute Nachricht: Es geht auch anders! Zum Beispiel mit Bodenfonds und Erbbaurecht: Öffentliche Flächen kommen in einen Fonds, der sie vor dem Marktzugriff schützt und Grundstücke werden an Genossenschaften oder andere gemeinnützige Träger ausschließlich für gemeinwohlorientierte Zwecke in Erbbaupacht vergeben. > Siehe auch den Beitrag »Bodenpolitik« auf Seite 7. [KS]

C

COMMONS

Bei allen stadtpolitischen Konflikten geht es im Kern um die Frage: Wem gehört die Stadt? Also darum, wer über welche Ressourcen verfügt und damit auch: entscheidet. > Eigentum ist ja kein Naturgesetz, sondern historisch das Resultat gewaltsamer Aneignungsprozesse von „Commons“, also Gemeinressourcen. Die weitgehende Privatisierung von kommunalen Commons in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass auch der Staat/die Kommune nicht unbedingt Garant für Gemeinwohl ist. Forderungen nach > Rekommunalisierung werden deshalb auch erweitert um Selbstverwaltung und Gemeinnützigkeit. Gerechter Zugang zu Ressourcen, demokratische Mitbestimmung, Gemeinnützigkeit als Prinzip – die Alternative heißt: Commonismus. Weiterlesen: www.commons.blog [KS]





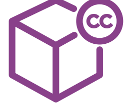
DURCHMISCHUNG

Kaum ein Begriff ist in der stadtpolitischen Diskussion so positiv besetzt und zugleich so unhinterfragt wie die „soziale Durchmischung“. Thematisiert wird meistens nur die unfreiwillige Segregation der unteren Bildungs- und Einkommensgruppen und nicht die freiwillige Segregation der oberen Mittelschichten: Durch die Konzentration von Armut und den fehlenden Kontakt zu sozial erfolgreichen Haushalten etabliere sich eine „Kultur der Armut“ und setze eine Abwärtsspirale in Gang. Doch die positiven Effekte, die von einer sozialen Durchmischung erwartet werden, sind empirisch nicht nachweisbar. Das physische Nebeneinander unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen lässt nicht zwangsläufig positive soziale Beziehungen und Integration entstehen. Im Gegenteil grenzen sich ressourcenstarke Haushalte in gemischten Quartieren von anderen Bewohnergruppen eher aktiv ab und nutzen Infrastrukturen außerhalb des Quartiers. Die Teilhabemöglichkeiten von Menschen sind nicht abhängig von einer sozialräumlichen Bevölkerungsstruktur, sondern vom Zugang zu Bildung, Einkommen, Wohnen und Mobilität. Soziale Durchmischung kann keine sozialen Probleme lösen. [RM]





EIGENTUM



...ist eigentlich fast immer die richtige Antwort auf die Frage, warum Gesellschaft und globale Verhältnisse so himmelschreiend ungerecht sind. Denn alles Übel beginnt genau hier: Mit der Einhegung der Commons, also der gewaltsamen Privatisierung von gemeinschaftlich genutztem Weideland ab Ende des 15. Jahunderts in England, geht nach Karl Marx nämlich der Kapitalismus los. Die Enteigneten und vom Land Vertriebenen wurden zu Eigentumslosen, wanderten in die Städte und mussten dort als Proletariat ihre Arbeitskraft in der Manufakturwirtschaft verkaufen, während Großgrundbesitzer immer mehr Land kontrollierten.

Und heute so? Tja also, die großen Immobilienunternehmen und Finanzinvestoren konnten durch den massiven Ankauf kommunaler Wohnungen zwischen Ende der 90er und Anfang der 2000er Jahre erst so richtig wachsen. Allein die fünf größten Unternehmen besitzen insgesamt 800.000 Wohnungen. Ihre Unternehmenspolitik setzt auf Mietsteigerungen und Modernisierung. Die Folgen sind bekannt, die Verdrängung der weniger Begüterten und Eigentumslosen schreitet voran. Zentral ist die Eigentumsfrage auch bei der städtischen Nutzung von > Boden. Viele stadtpolitische Gruppen und Mieter*inneninitiativen fordern > Rekommunalisierung und kämpfen gegen die Privatisierung öffentlicher Flächen. Im Zweifel hilft natürlich auch #Enteignung. Zum Beispiel: www.dwenteignen.de [KS]



FETTE MIETEN-PARTY

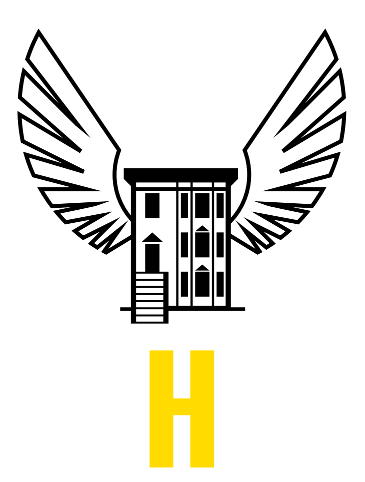
Etwas aus der Mode gekommene hedonistische Wohnungsbesichtigungs-Rally im Flashmob-Style. Mehrfach erprobt, kostet nichts, dauert nicht lange, bringt Aufmerksamkeit und bleibt straffrei. Motto: Fette Miete? Fette Party! Und so gehts: 1. Feierlocation scouten: Im Maklerportal deiner Wahl nach den verrücktesten Mietpreisangeboten und öffentlichen Besichtungsterminen schauen. 2. Party vorbereiten: Team aus partywilligen Freund*innen bilden, Sonnenbrillen, Tiermasken, Sekt, Diskokugel, Konfetti, Schilder (z.B. „15 €/qm – viel zu billig!“ „Luxussanierung – yeah!“) usw. einpacken. 3. Am Besichtungstermin zur Location gehen. 4. Party machen. Seid kreativ, im Internet gibt's Videos... [KS]



GENTRIFIZIERUNG



Vom sperrigen Wissenschaftsbegriff aus der Soziologie zum Kampfbegriff in den angesagten Vierteln von immer mehr Städten – der Begriff Gentrifizierung hat in den letzten Jahren eine rasante Wandlung vollzogen. Die Reichen aus den gut situierten Vororten des Speckgürtels kommen in die schmuddeligen Ecken der Stadt, die sich bei näherer Betrachtung als hässliche Entlein darstellen und die sich letzlich zu einem strahlenden Schwan entpuppen und viel Altbau in zentraler Lage zu bieten haben. Die Mieten steigen und alle mit weniger Geld müssen dann gehen. Soweit das simple Schema. Die Viertel werden angesagter und schicker und die Mieten steigen unaufhaltsam weiter. Und so müssen dann auch die Pionier*innen gehen, die zu Beginn von den günstigen Mieten profitierten, bevor sie selbst nach und nach die Aufwertung der Stadtteile vorangetrieben haben. Aufwertung auf die Bewohner*innen der Stadt gerichtet ist eine Kampfansage. > Siehe auch die Buchrezension auf Sete 48. [MR]



HAUSBESETZUNG

Wenn Eigentümer*innen Häuser leerstehen lassen, steckt oft die Hoffnung dahinter, zu einem späteren Zeitpunkt noch mehr Geld durch einen Verkauf zu verdienen. Gleichzeitig leiden viele Menschen unter der Wohnungsnot und steigenden Mieten. So kamen immer wieder Menschen auf eine einfache Lösung: Wohnungsnot muss nicht sein, wir ziehen in leere Häuser ein! Und da die neuen Bewohner*innen eine Menge Zeit und Energie investieren um die meist jahrelang vernachlässigten Häuser wieder bewohnbar zu machen, sehen sie auch keine Notwendigkeit dafür auch noch Miete zu bezahlen. Durch den Leerstand ist ja offensichtlich, dass der*die Besitzer*in keine sinnvolle Verwendung für das Gebäude hat. Während Hausbesetzungen in früheren Jahren in manchen Gegenden häufig anzufinden waren, sind sie heutzutage schwieriger durchzusetzen. Dafür ist meist eine langfristige Kampagne mit breiter Unterstützung nötig. [MR]

I

INVESTOR*IN

Wenn Straßenzüge mit Eigentumswohnungen zugebaut oder in früher mal mietpreisgebundenen Wohnungen die Bewohner*innen rausmodernisiert werden, wenn wieder mal ein neuer Bürokomplex oder eine gigantische Mall entsteht, dann steckt er dahinter: Der Investor. Wie konnte es dazu kommen? Seit den 1980er und 1990er Jahren wurde vor allem von den Kommunen ein Großteil öffentlichen > Eigentums und öffentlicher Flächen verscherbelt. Die Verantwortung für Wohnungsbau wurde zudem zunehmend an die Privatwirtschaft abgegeben. Mit der Finanzkrise wurden massive Immobilienankäufe auch für internationale Anleger attraktiv. Dazu kommt, dass stadtplanerische Gestaltungsspielräume häufig von der Kommunalpolitik gar nicht mehr genutzt werden. Und Investor*innen haben vor allem ein Interesse: Rendite. Also: In bester Lage möglichst viel zubauen und höhere Mieten um jeden Preis. Motto: „Wir haben auch so unsere Visionen. In denen könnt ihr arbeiten und wohnen“ (Die Goldenen Zitronen „Der Investor“). [KS]

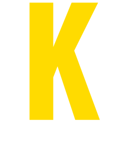




JWD



Es kann sich halt nicht jede*r leisten im Szenebezirk zu wohnen: Da heißt es umgangssprachlich schnell, da musst du halt „jwd“ wohnen. Das Kürzel hat seinen Ursprung in Berlin, von wo aus es den Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden hat. Es steht für „janz weit draussen“, also wie am Arsch der Heide, fern jeglicher Urbanität. Das Problem ist allerdings, dass heute nicht nur in vermeintlichen Szenebezirken die Mieten durch die Decke gehen. Um günstig wohnen zu können, muss dann schon sehr weit in die Außenbezirke oder gleich ganz aufs Land gegangen werden. [MR]



KREATIVE KLASSE

Anfang der 2000er Jahre: Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst der kreativen Klasse. Eine Klasse ohne materielle Produktionsmittel, aber mit wertvollen Fähigkeiten, ohne Bewusstsein, aber mit Neigung zur Clusterbildung. Wo sie hinzieht, da ziehen auch die Jobs hin. Der Ökonom Richard Florida winkte in seinem Buch „The Rise of the Creative Class“ (2002) mit einem Glücksversprechen, das Bürgermeister*innen und Stadtverwaltungen auf der ganzen Welt derart begeisterte, dass er überallhin – von der Metropole bis zur Provinz – zur Politikberatung eingeladen wurde. Seine Botschaft: Fördert die Kreativwirtschaft! Der neue Standortfaktor der neoliberalen Stadt wurde gestampft.

Florida hatte seine Theorie vor dem Hintergrund der „urban crisis“ in den USA entwickelt: Dem Niedergang der Städte im Rustbelt durch Deindustrialisierung, Schrumpfung, Verödung, Verarmung und Gewalt. Am prosperierenden Wachstum Bostons las er ab: Der neue Schlüssel zum Erfolg lautet „Companies follow people“. Es müssen nur genug Kreative angelockt werden – Wissensarbeiter*innen, Techies, Künsler*innen und Kulturkreative, deren Zahl Florida damals auf ein Drittel der Arbeitskräfte in den USA bezifferte.

Angesichts der krassen sozialen Verwerfungen in Metropolen wie New York und London schwört Florida heute ab: Very Sorry, das mit der kreativen Klasse war ein Riesenfehler! Nur: Das Gespenst geht weiter um… [KS]

L

LEVEBVRE, HENRI

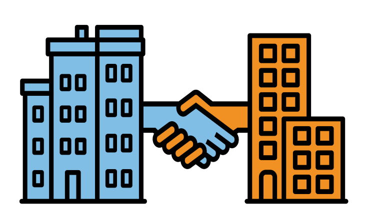
Wer hat’s erfunden? Henri Levebvre hat’s erfunden! Der französische Soziologe hat in den 1960er Jahren aus seiner Analyse der kapitalistischen Stadt das widerständige Konzept „Recht auf Stadt“ entwickelt. Dazu geben Andrej Holm & Dirk Gebhardt im Sammelband »Initiativen für ein Recht auf Stadt« (2011) diese schöne Zusammenfassung: „Levebvre [versteht] das Recht auf Stadt als kollektive Aneignung des städtischen Raumes, die zu einem veränderten, erneuerten städtischen Leben, das am Gebrauchswert der Stadt orientiert ist, führen soll […]. Das Recht auf Stadt umfasst das Recht auf Zentralität, also den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens; und das Recht auf Differenz, das für eine Stadt als Ort des



Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung steht. […] Das Recht auf Stadt orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen.“ »Le droit à la ville« wurde 2016 auf Deutsch übersetzt. Wer also mehr wissen will: Selber lesen! Und natürlich die vielen Bezüge im Heft umherschweifend entdecken. [KS]

M

MIETSHÄUSER SYNDIKAT



Um das direkt klarzustellen: Das Mietshäuser Syndikat ist ein Spalter! Und das ist auch gut so! Das Prinzip des Mietshäuser Syndikats ist nämlich, Eigentumstitel von Häusern so aufzuspalten, dass diese nicht mehr verkauft werden können und somit dem Markt für alle Ewigkeit entzogen werden. Das war es dann aber auch schon mit dem Spalten. Das Mietshäuser Syndikat ist nämlich der größte Solidarverbund aus Hausprojekten in Deutschland. 140 Häuser und 17 Projektinitiativen gehören derzeit dazu. Die Häuser sind deshalb „geschützt“ weil sie nicht direkt dem jeweiligen Hausverein gehören. Dieser ist nur einer von zwei Gesellschaftern einer Haus-GmbH. Der andere Gesellschafter ist zu gleichen Teilen – genau: das Mietshäuser Syndikat. Alles, was das Immobilienvermögen betrifft, kann also nicht einfach vom Hausverein allein entschieden werden – alles andere dagegen schon. Die Projekte sind also einerseits autonom und andererseits solidarisch unter dem Dach des Mietshäuser Syndikats verbunden, das schön aufpasst, dass das auch so bleibt. Solidarisch übrigens deshalb, weil es einen solidarischen Transfer von Altprojekten zu Neuprojekten gibt: in Form eines finanziellen Beitrags, durch Projektpartnerschaften, Beratung oder Know-How. So kann es also auch gehen. Hoch lebe der Mietshäusersyndikalismus! Weiterlesen: www.syndikat.org [KS]

N

NEOLIBERALE STADT

Die Städte glauben heute, dass sie sich wie Unternehmen verhalten müssen, die auf dem „Markt der Standorte“ gegeneinander konkurrieren. Die Verwaltung und die städtischen Tochtergesellschaften werden zum Konzern und die Bürger*innen zu Kunden. Städte besitzen Unternehmensanteile, halten Aktienpakete und spekulieren auf den Finanzmärkten. Betriebswirtschaftliche Abläufe strukturieren die Stadtverwaltungen und städtische Leistungen werden ökonomisch bewertet. Die politische Klasse versteht sich als Management, das den Sachzwang exekutiert. Die neoliberale Ideologie scheint die Städte vollkommen durchdrungen zu haben. Auf dem zweiten Blick wird jedoch deutlich: Entscheidungen über die Verwendung öffentlicher Ressourcen bleiben politisch motiviert. Es gibt immer eine Alternative und aus dem Jugendamt wird nie ein Profitcenter werden. Die Ideologie der neoliberalen Stadt zurückweisen, bedeutet darauf zu bestehen, dass Städte Gemeinwesen mit öffentlichem Haushalt sind und der Daseinsvorsorge ihrer Bewohner*innen verpflichtet bleiben. [RM]



O

ORGANIZING



Ob stadtpolitische Netzwerke oder Mieter*inneninitiativen: meistens ist hier Selbstorganisation die Praxis. Was den Ansatz des Organizings – genauer: des Community Organizings (CO) – von den meisten Selbstorganisierungen unterscheidet: Menschen werden gezielt und in einem strukturierten Prozess dazu befähigt, sich selbst zu organisieren und sich gemeinsam für ihre Rechte einzusetzen. CO ist damit politische Bildung und politisches Handeln gleichzeitig. Es geht um Empowerment benachteiligter Menschen, erklärtes Ziel ist der Aufbau einer basisdemokratischen Gegenmacht. CO wurde in den USA der 1930er/1940er Jahre als radikaldemokratischer Ansatz der Gemeinwesenarbeit von Saul D. Alinsky entwickelt, der verschiedene Bürger*innenorganisationen aufbaute und sich dabei stark von Sozialarbeit abgrenzte. In Deutschland wurde der Ansatz erst ab Anfang der 1990er Jahre ernsthaft diskutiert und es wurden Strukturen dafür aufgebaut.

Ein Bild taucht immer wieder auf, wenn es um Organizing geht: Viele kleine Fische bilden zusammen einen großen Fisch, der im Begriff ist, einen Hai zu verschlucken, der wiederum einen kleinen Fisch verfolgt. And here we are again: Organize! Miethaie zu Fischstäbchen!

Weiterlesen: www.fo-co.info, www.dico-berlin.org. Starthilfe zur Organisierung von Mieter*inneninitiativen gibt die Broschüre „Zusammentun“: www.deutsche-wohnen-protest.de. [KS]

P

PARTIZIATION

Auf der Themeninsel „mehr Fahrradwege“ an die Stellwand pinnen, im Worldcafé „bezahlbaren Wohnraum“ einbringen oder verzweifelt versuchen, mit dem Smartphone auf der digitalen Mitmachkarte Gestaltungsideen zu platzieren: Yes, Beteiligungsverfahren! Partizipation oder „Bürgerbeteiligung“ in Stadtplanungsprozessen kann dieses und jenes bedeuten, selten aber: echte Mitbestimmung. Das Baugesetz macht nicht viel Aufhebens um demokratische Mitgestaltung: Die „Öffentlichkeit“ muss „frühzeitig unterrichtet“ werden, die Pläne müssen einen Monat irgendwo öffentlich einsehbar sein, Bürger*innen dürfen Stellung nehmen. Für Städtebauförderung müssen die Bewohner*innen



allerdings ein bisschen mehr beteiligt werden. Wie das genau aussieht, hängt von der Haltung von Kommunalpolitik und Verwaltung ab und auch davon, wie konfliktträchtig das Vorhaben ist und ob Initiativen schon öffentlich Druck machen. Das Grundproblem bleibt immer: Beteiligung wird top down organisiert – meist gilt „erst planen, dann fragen“. Gerade benachteiligte Gruppen haben kaum eine Chance mitzureden. Wenn es um große und wichtige Projekte geht, dann sind Beteiligungsevents und Onlinetools schick, bieten aber wenig bis keine Einflussmöglichkeiten.

Wie alles auch ganz anders gehen kann, zeigt das Beispiel der Planbude in Hamburg.

> Siehe den Beitrag »Eine andere Form der Planung« auf Seite 34.

[KS]

Q

QUARTIERE



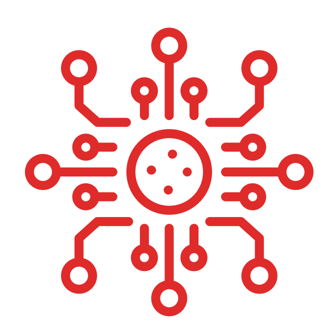
„Juhu, bald ist wieder Straßenfest bei uns im Quartier!“ Im Ernst, niemand redet so. Doch seit seine Karriere Mitte der 90er Jahre begann, hat sich der Begriff „Quartier“ durchgesetzt und avancierte zum Leitbegriff in der Stadtplanung. Auch wenn wir scheinbar intuitiv wissen, was mit Quartier gemeint ist: Eine klare Definition gibt es nicht. Was den Begriff irgendwie unbehaglich macht: Die Deutung wird meist top down übergestülpt. Räumlich wird als Quartier definiert, wo es sozialpolitischen und/oder städtebaulichen/stadtplanerischen Handlungsbedarf oder Aufwertungspotenzial gibt. Wird ein Quartier „entwickelt“, kommt das Quartiersmanagement ins Spiel. Es soll verschiedene lokale Akteur*innen und Bewohner*innen in Beteiligungsverfahren zusammenführen. Quartiersmanager*innen haben zuweilen bei Bewohner*innen und stadtpolitischen Aktivist*innen ein zweifelhaftes Image, weil sie in erster Linie im Auftrag von Politik und Verwaltung und im Interesse der Wirtschaftsförderung agieren. Und die wissen meist schon ganz genau, was „gut“ ist fürs Quartier. [KS]



REKOMMUNALISIERUNG

Wäre es im Leben doch wie im Computerspiel: Ich bin eine Kommune und habe alle meine Wohnungen an ein gieriges Immobilienunternehmen verkauft, meine Stadt versinkt in Spaltung und Aufruhr? Einfach zurück zum alten Speicherstand! Im Reallife geht das nur so: Rekommunalisierung. Die Kommunen kaufen die Wohnungen zurück und stellen so wieder öffentliche Kontrolle darüber her. Rekommunalisierung ist daher eine zentrale wohnungspolitische Forderung und wird auch bereits gemacht, vor allem in Berlin. Weil kommunale Wohnungsunternehmen aber nicht per se gemeinnützig agieren, fordert die Berliner Mieter*inneninitiative »Kotti und Co.« seit Jahren eine „Rekommunalisierung Plus“: Rekommunalisierung plus Gemeinnützigkeit plus Selbstverwaltung. Die Kommune kauft zurück und gibt die Wohnungen beispielsweise an eine Genossenschaft, die von den Mieter*innen demokratisch selbstverwaltet wird. Neues Spiel: laden.
> „Rekommunalisierung Plus“: www.kottiundco.net [KS]





SMART CITY

Chancen und Risiken der Digitalisierung von Wissen am täglichen Selbstversuch – heute: Internetsuche Smart City. Mittendrin schweife ich zu Blade Runner ab (was hat denn Smart City mit Dystopie zu tun?). Echt jetzt, der erste Internet-Provider in Kansas City war die Tyrell Corporation? Haha. Nächster Versuch: Die »Smart City Charta« vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017). Was ich nach dem Querlesen der ersten 20 Seiten mitnehme, hier in einer (gedachten) Cloud: höhere Verwaltungseffizienz, mehr Transparenz und Partizipation, optimierte Mobilität und Verkehrsabläufe, regionale Innovations- und Wirtschaftsförderung, Design for all, Crowdmapping, hochleistungsfähige Breitbandversorgung als Standortfaktor, Open Data, Smart GeoData, intelligente Energienutzung, interaktive Bürgerbeteiligung, SmartPort Hamburg, City Data Exchange, E-Government, hocheffiziente Logistiklösungen... Was ich in der Bildersuche sehe: Leuchtende Skylines mit einem Sternenhimmel aus Icons, Simulationen mit grünen Wiesen, Windmühlen (!), Fahrradfahrer*innen, Elektroautos, Bahnen und Mülltonnen mit WLAN. Was mir nach dem kritischen Gegenlesen angemerkt wird: Überwachungspotentiale und Abhängigkeiten von Konzernen. Was Hoffnung macht: Es ist umkämpft.
> Siehe den Beitrag » In der Stadt der Bits und Atome« auf Seite 44. [KS]

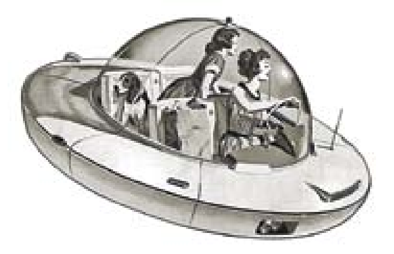


TROCKENWOHNEN

Vor allem in der Zeit der Industrialisierung lief das, was heute Zwischennutzung und Gentrifizierung darstellt, so ab: Diejenigen, die kein Geld hatten, sollten den reicheren Schichten den Boden für ein angenehmes Dasein bereiten.

Bei Neubauten dauerte es, vor allem beim Einsatz von Kalkmörtel, noch mehrere Monate, bis die Wände richtig ausgetrocknet waren. In dieser Zeit konnten die Wohnungen noch nicht regulär vermietet werden und wurden günstiger an Arme zum sogenannten Trockenwohnen vermietet. Diese sorgten allein schon durch ihre Anwesenheit in den Räumen für eine gewisse Wärme und beschleunigten den Trocknungsprozess.
Die negativen Folgen waren Gesundheitsschäden durch die feuchten Wohnungen und der Verlust des Wohnraumes nach kurzer Zeit. Denn wenn die Räume trocken waren, flogen die Armen wieder raus. [MR]







UTOPIE

Die technikverliebten und fortschrittsgläubigen Zukunftsvisionen der 1950er und 1960er versprachen uns fliegende Autos, Städte unter Wasser und Ferien auf dem Mond. Wir sind betrogen worden. Heute ist die Zukunft voller Katastrophen und wird bestimmt von Schulden, die zurückgezahlt werden müssen. Sie macht den Menschen Angst. Der Utopieverlust der Linken ist Teil des Problems. Jenseits von Abwehrkämpfen benötigt eine politische Bewegung eine utopische Gegenerzählung. Wie sie aussehen soll, müssen wir aushandeln. Zur Ermutigung würde Ernst Bloch zusammen mit Antonio Negri vielleicht sagen: Der in der Produktion des Gemeinsamen entstehende Überschuss enthält die unrealisierten Möglichkeiten der Gegenwart. [RM]

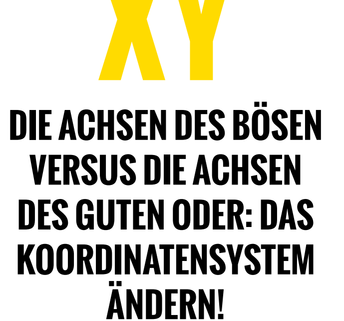
V

VERGESELLSCHAFTUNG

Das, was vorher Einzelnen gehört, soll eigentlich allen oder zumindest vielen gehören. Nicht nur bei Immobilien ein gutes Prinzip. Die Eigentümer*innen können mit ihrem Haus Geld verdienen, weil die Mieter*innen dafür bezahlen um in dem Haus wohnen zu können. In den meisten Städten sind diese Mieten aber heutzutage ein Vielfaches dessen, was an Geld nötig ist, um das Haus zu bauen und in Schuss zu halten. Die Mieter*innen zahlen also den Eigentümer*innen einen Gewinn. Vergesellschaftung heißt hier, dass das Haus zum Gemeinschaftseigentum wird und die Mieter*innen nur für das bezahlen, was nötig ist, um ihren Wohnraum dauerhaft zu erhalten. Zum Beispiel durch die Überführung des Eigentums in eine Genossenschaft oder als Teil des > Mietshäuser Syndikats. Die Verwaltung muss nicht staatlich organisiert sein, sondern kann auch in Selbstverwaltung erfolgen. [MR]



▸ **Autor*innen:** Rainer Midlaszewski [RM], Martin Reiter [MR], Kristin Schwierz [KS]. Rainer Midlaszewski und Kristin Schwierz sind stadtpolitisch im Ruhrgebiet aktiv und Teil der Común-Redaktion, Martin Reiter mischt seit über 15 Jahren in stadtpolitischen Auseinandersetzungen in Hamburg mit.



W

WUNSCHPRODUKTION

Was brauchen die Bewohner*innen eines Stadtteils wirklich? Diese Frage können diese am besten selber beantworten, auch wenn sie die Antworten vielleicht nicht immer direkt parat haben. Aber dafür gibt es die Wunschproduktion, ein unverzichtbares Instrument für eine Stadtplanung von unten. Natürlich weiß nicht jede, wie sich eine Stadt planen lässt, aber sie weiß, was sie besonders schön findet und wo sie sich besonders wohlgefühlt hat und was sie sich für ihre Zukunft wünscht. Dabei hat jeder Mensch andere Wege sich auszudrücken und daher sollten so viele Wege wie möglich genutzt werden, um Ideen zu sammeln. Vorlesungen in der Eckkneipe statt an der Uni und Knetmasse statt Zeichentisch – jede Idee hat ihren Platz. Denn jeder Mensch ist ein*e Experte*in, gerade für die eigene Nachbarschaft. Und im gemeinschaftlichen Zusammenspiel entstehen die besten Planungen. [MR]

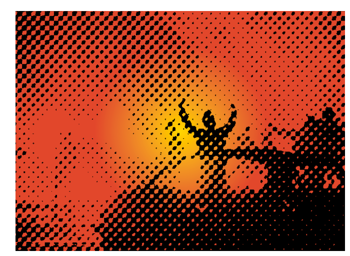
XY

DIE ACHSEN DES BÖSEN VERSUS DIE ACHSEN DES GUTEN ODER: DAS KOORDINATENSYSTEM ÄNDERN!

In der mikroökonomischen Wirtschaftstheorie „belohnt" der „Markt" bis zu einem bestimmten Punkt ein erhöhtes Investitionsrisiko (X-Achse) mit steigender Rendite (Y-Achse). Investor*innen gehen gern auch mal ein höheres Risiko ein, wenn dabei mehr rausspringt, aber am liebsten möchten sie natürlich bei mittlerem gleichbleibenden Risiko eine maximale Rendite erzielen. Bei steigenden Bodenpreisen und steigenden Mieten sind Immobilien da je nach Lage eine lohnende und sichere Investition im Anlage-Portfolio! Nur mal so als Gedankenspiel: Wenn der Investor jetzt eine Genossenschaft oder eine Kommune wäre und das investierte Kapital Genossenschaftskapital oder Steuergeld und das Risiko extrem gering weil nicht renditeorientiert und auf der Y-Achse stünde Gemeinwohl, dann könnte schon bei minimalem Risiko (X-Achse) die maximale Gemeinnützigkeit erzielt werden! Und wenn wir das jetzt mal tausendfach, hunderttausendfach denken, würde gleichzeitig das Risiko für private Investor*innen steigen und die Renditeerwartung sinken. Immobilieninvestitionen lohnen sich nicht mehr, die Preise sinken, die Wohnungen werden zu Spottpreisen zurückgekauft und rekommunalisiert oder an Genossenschaften gegeben, die Mieten sinken, die Verdrängung wird gestoppt... Wir müssen also nur das Koordinatensystem ändern. [KS]

Z

ZENTRALITÄT



Wenn in Clichy-sous-Bois die Autos brennen, geht es nicht nur um rassistische Polizeigewalt und prekäre Lebensverhältnisse. Ein großer Teil der Bewohner*innen des im Osten von Paris gelegenen Banlieue ist sowohl ausgeschlossen von Arbeit, Einkommen und guter Bildung, als auch abgeschnitten vom urbanen Leben der Pariser Innenstadt, von ihrer Infrastruktur und von den Begegnungs- und Möglichkeitsräumen des Zentrums. Der Philosoph und Soziologe Henri Lefebvre erkannte im urbanen Raum ein positives, kreatives Potential und formulierte ein Recht auf Zentralität als den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums und des Wissens. Karl Marx böses Wort von der „Idiotie des Landlebens" bezog sich zwar historisch auf die konservative, katholische Landbevölkerung im Frankreich des 19. Jahrhunderts, doch hat es im Sinne von Lefebvres Definition von Zentralität auch heute noch seine Berechtigung. [RM]

IMPRESSUM

Herausgeber: multitude e.V. | Zeiseweg 9, 22765 Hamburg

E-Mail: info@comun-magazin.org | **Website:** comun-magazin.org

Redaktion (V.i.S.d.P., Anschrift s.o.): Johanna Betz, Rainer Midlaszewski und Kristin Schwierz

Redaktionelle Mitarbeit: Lisa Vollmer und Martin Krämer

Korrektorat: Alexandra Brundiers, Jörg „Otto" Kohlscheen, Johanna Tönsing, Cosima Zita Seichter, Torben Leopold, Steffen Jörg, Lotte Laloire und Katharina Müller

Gestaltung: Rainer Midlaszewski | www.rm-grafikdesign.de

Autor*innen: Tobias Bernet, Stefan Thimmel, Violetta Bock, Niels Boeing, E.N. Freshinski (Nina Fraeser & Eva Kuschinski), Oliver Emde, Rebecca Sirsch, Michael Heldt, Eberhard Jungfer, Felix, Martin Krämer, Janika Kuge, Rainer Midlaszewski, Martin Reiter, Tina Röthig, Kristin Schwierz, Stadt für alle – Wem gehört die AGB? (Frankfurt a.M.), Stadt von Unten (Berlin), Max Söllner, Ulf Treger, Jakob Wirth, Kuno Zscharnack, Hannes Strobel

Illustrationen & Collagen: Grafik Kollektiv »Internationale Irrationale für kulturelle Belästigung« (S. 4, 6–8, 18–19), Rainer Midlaszewski (S. 9–16, 44–45), Vera Keitmeier/Mumpitzhausen Illustration (S. 28), Milena Prekodravac (Titel & S. 54)

Fotos: Barcelona en Comú (S. 20–21), Nicole Baster @Unsplash (S. 27), Bizim Kiez (S. 42), Mercedes Carballo @Unsplash (Titel), Margit Czenki (S. 34), European Action Coalition (22–24), Brandi Ibrao @Unsplash (S. 25), Rainer Midlaszewski (S. 47, 56), Katie Moum @Unsplash (S. 26), Kristin Schwierz (S. 30), Gianni Seufert (S. 39–41), SoWo Leipzig (S. 32), Stadt für alle – Wem gehört die AGB (S. 36–38), Martin Widenka @Unsplash (S. 36–38), Jakob Wirth (S. 39–41)

Fotos & Illustrationen „A-Z Recht auf Stadt" (S. 49–54): Rainer Midlaszewski mit Material u.a. von The Noun Project und Unsplash

Druck: S+G Druck GmbH & Co. KG (Ahorn), auf Enviro Top (Recyclingpapier aus 100% Altpapier, CO2 neutral hergestellt)

Gefördert durch: Rosa Luxemburg Stiftung und Studienforum Humangeographie der Uni Frankfurt a. M.



Spender*innen: Anne V., Armin K., Hafengruppe Hamburg, Lea C., Lisa V., Recht auf Stadt Hamburg, Recht auf Stadt Ruhr, Sebastian S., Sara S.P., Stadt für alle – Wem gehört die AGB Frankfurt, Ulrike B.

SPENDEN FÜR DAS MAGAZIN

Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck **„Spende Recht auf Stadt-Magazin"** an: multitude e.V., GLS Bank **DE72 4306 0967 1162 4935 00**



WWW.COMUN-MAGAZIN.ORG